

ZUKUNFTS GERECHT

Geschäftsbericht
ver.di Hessen

2015-2019



ver.di

entscheidet



Geschäftsbericht ver.di Hessen

zur 5. ordentlichen Landesbezirkskonferenz
8. und 9. März 2019

Lufthansa Training & Conference Center Seeheim
Seeheim-Jugenheim

IMPRESSUM

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
Landesbezirksverwaltung Hessen
Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77
60329 Frankfurt

Redaktion:
Ute Fritzel

Presserechtlich verantwortlich:
Jürgen Bothner

Bildnachweise:
S. 7 fotolia/Aliaksei, Seite 20 Kröll/privat,
S. 23 Kappe/privat, S. 30 Peter Jülich
(Bild „Zeitungen“), S. 30 Ute Fritzel (sonstige),
S. 68/69 Stephan Morgenstern
Ansonsten: ver.di Fototeam Hessen

Lektorat:
Katharina Möller

Grafik:
Elke Böhm



entscheidet

EINS | Landesbezirksvorstand / Landesbezirksverwaltung



Aus der Arbeit des Landesbezirksvorstands

- 12 Aktivitäten im Berichtszeitraum

Aus der Arbeit der Landesbezirksverwaltung

- 20 Personal
22 Personalentwicklung, Aus- und Weiterbildung
23 Finanzen
24 Informations- und Kommunikationstechnologie
26 Landesrechtsschutz Hessen
28 Tarifkoordination öffentlicher Dienst
30 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
32 Hessenseite publik
34 Frauen- und Gleichstellungspolitik
36 Landesvertrauensleuteausschuss LVLA
37 Sozialpolitik – Selbstverwaltung
38 Landesarbeitskreis Behindertenpolitik
39 Lohnsteuerservice

ZWEI | Bezirke



- 42 Bezirk Nordhessen
44 Bezirk Mittelhessen
46 Bezirk MainKinzig-Osthessen
48 Bezirk Frankfurt am Main und Region
50 Bezirk Wiesbaden
52 Bezirk Südhessen

DREI | Landesbezirksfachbereiche



- 56 Fachbereich 01 – Finanzdienstleistungen
58 Fachbereich 02 – Ver- und Entsorgung
59 Fachbereich 03 – Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
61 Fachbereich 04 – Sozialversicherung
62 Fachbereich 05 – Bildung, Wissenschaft und Forschung
64 Fachbereich 06 – Bund und Land
66 Fachbereich 07 – Gemeinden
68 Fachbereich 08 – Medien, Kunst und Industrie
70 Fachbereich 09 – Telekommunikation/ Informationstechnologie
72 Fachbereich 10 – Postdienste, Speditionen und Logistik
74 Fachbereich 11 – Verkehr
76 Fachbereich 12 – Handel
78 Fachbereich 13 – Besondere Dienstleistungen

VIERT | Gruppen



- 82 Jugend
84 Senior*innen
86 Landesbezirksbeamt*innenausschuss
88 Landeskommission Selbstständige LKS
89 Landeserwerbslosenausschuss
90 Migrationsausschuss

FÜNF | Zahlen, Daten, Fakten



- 94 Zusammensetzung des Landesbezirksvorstands – Stand Februar 2018
102 Erledigungsvermerke zu den Beschlüssen der 4. Landesbezirkskonferenz in Seeheim-Jugenheim 2015 und der außerordentlichen Landesbezirkskonferenz 2016
📖 Mitglieder- und Beitragseinnahmeentwicklung – siehe Sonderdruck
📖 Finanz- und Vermögensbericht – siehe Sonderdruck
📖 Revisionsbericht – siehe Sonderdruck
110 Brief „Wilhelm-Leuschner-Medaille“



Gendergerechte Sprache in ver.di

In ver.di wird als gendergerechte Schreibweise entweder eine jeweils geschlechtsneutrale Formulierung oder einheitlich das sogenannte Gendersternchen (Kolleg*innen) verwendet.

Dies hat der Bundesvorstand im November 2018 zur Vorgabe gemacht und damit zwei Bundeskongressbeschlüsse von 2015 (R 003 und R 005) umgesetzt. Die Wahl fiel auf das Gendersternchen, weil es nach Einschätzung des Bundesvorstands in der Organisation am weitesten verbreitet ist und amtlicherseits vom Rat für deutsche Rechtschreibung diesbezüglich keine Empfehlung erfolgt ist.



Gedenken

Weint und lacht, denkt an mich:
Warum soll ich nicht mehr in euren
Gedanken sein, nur weil ich nicht
mehr in eurem Blickfeld bin?
Ich bin nicht weit weg.
Ich bin nur auf der anderen Seite
des Weges.

Charles Péguy

Wir gedenken aller Mitglieder der ver.di Hessen,
die in den Jahren 2015 bis 2019
durch den Tod aus unserer Mitte gerissen wurden.

Ihr Andenken werden wir in Ehren halten.

Vorwort

Die Welt hat sich weitergedreht – neue Themen sind aktuell oder dringlich. Branchen haben sich mitunter völlig verändert und die Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten sind ebenfalls völlig andere; auch gesellschaftspolitisch sind andere Themen anzupacken als noch vor vier Jahren.

Mit dem vorliegenden Geschäftsbericht zeigt ver.di Hessen, dass wir mit der Zeit gegangen sind und unserer Linie, uns aktiv einzubringen, treu geblieben sind. Und dies nicht nur, wenn es um bessere Arbeitsbedingungen geht, sondern darüber hinaus immer dann, wenn eine Stimme zu sozialer Gerechtigkeit gefragt ist oder wenn es demokratische Rechte anzumahnen und zu verteidigen gilt. ver.di Hessen hat sich auch in den vergangenen vier Jahren wieder landespolitisch zu Wort gemeldet. Dabei kam es ver.di Hessen besonders darauf an, gestaltend Einfluss zu nehmen – als Tarifpartei und auf der politischen Ebene.

Weit über die Zusammenarbeit im DGB hinaus hat sich ver.di Hessen fest in vielfältige Bündnisse eingebracht. Gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen bildet ver.di eine breite Bewegung von unten, in sozialen, kirchlichen, bürgerrechtlichen und anderen Konstellationen. Unermüdlich streiten wir für die unverzichtbaren Grundwerte und Grundrechte und wir stellen uns vehement gegen jede Form der Diskriminierung, gegen Rassismus und Nationalismus.

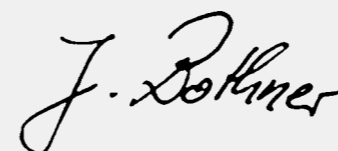
Gemeinsam setzen wir in ver.di Hessen unsere Ideen von sozialer Gerechtigkeit und von einer sozialen Gesellschaft den mitunter menschenverachtenden und arbeitnehmerfeindlichen Vorstellungen von Politik und Wirtschaft entgegen. Wir haben uns stark gemacht für die Beschäftigten

ZUKUNFTS GERECHT

und für die sozial Schwächeren, ganz gleich wo, ob in den Betrieben, in der Öffentlichkeit, in der Politik oder auf der Straße. Für unsere Mitglieder führten wir etliche erfolgreiche Tarifverhandlungen. Freilich wurde uns dieser Erfolg von den Arbeitgebern nicht in den Schoß gelegt. Es waren dazu die bis dato längsten und umfangreichsten Arbeitskämpfmaßnahmen in der jungen ver.di-Geschichte notwendig.

Einheit und Solidarität machen uns handlungsfähig. Das große, nahezu alle Branchen und Bereiche umfassende Thema in ver.di Hessen ist die Daseinsfürsorge. Wir ließen keine Gelegenheit aus, massive Investitionen in Infrastruktur, Gesundheit, Pflege, Bildung, Mobilität, erneuerbare Energien und Wohnraum einzufordern. Hier zeigte ver.di Stärke durch Gemeinsamkeit, insbesondere dann, wenn fachbereichsübergreifend Aktivitäten entfaltet wurden. Gemeinsam kämpften wir auch dagegen, dass Frauen immer noch weniger als Männer verdienen und soziale Dienstleistungsarbeit immer noch schlechter bezahlt wird als Industriearbeit.

Der vorliegende Geschäftsbericht bietet nicht nur einen umfassenden Überblick über unsere gewerkschaftspolitischen Erfolge seit der 4. ordentlichen Landesbezirkskonferenz, sondern er markiert auch unsere kommenden großen Zukunftsaufgaben. Wenn wir bei deren Bewältigung erfolgreich sein wollen, müssen wir handlungsmächtig bleiben und unsere Handlungsfähigkeit auf allen Ebenen verbessern. Nur geeint als eine ver.di, als mitgliederstarke und mitgliedernahe Gewerkschaft werden wir erfolgreich sein. ♦



Jürgen Bothner
Landesbezirksleiter



entscheidet



7

EINS | Landesbezirksvorstand / Landesbezirksverwaltung



entscheidet



Jürgen Bothner,
Landesbezirksleiter



Aktivitäten im Berichtszeitraum

Von Jürgen Bothner

Im Folgenden eine Übersicht unserer gewerkschaftlichen Aktionen im Berichtszeitraum. Sie zeigen die große Themenvielfalt und das breite Engagement von ver.di über rein betrieblich-gewerkschaftliches Handeln hinaus.

Öffentliche Äußerungen des Landesbezirksvorstands

Im Berichtszeitraum hat sich der Landesbezirksvorstand verschiedentlich öffentlich zu Wort gemeldet. So sprach er sich 2015 gegen Eingriffe ins Streikrecht aus, als das Landesarbeitsgericht einen Streik der Gewerkschaft Cockpit als rechtswidrig verurteilte.

Im Herbst 2017 entzündete sich breite Kritik an dem Plan der Landesregierung, den früheren Ministerpräsidenten Roland Koch mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille, der höchsten Auszeichnung des Landes Hessen, zu ehren. Der Landesbezirksvorstand schloss sich der Kritik an und warb für die Protestveranstaltung vor dem Wiesbadener Kurhaus, in dem der Preis verliehen wurde. Er beauftragte Landesbezirksleiter Bothner, in einem gemeinsamen Schreiben mit IG Metall und GEW gegen die Verleihung zu protestieren. In dem Schreiben heißt es: „Wir können keineswegs die Auffassung vertreten, Roland Koch habe sich diese höchste Ehrung des Landes Hessen verdient.“ Jürgen Bothner ging in der ver.di-Pressemitteilung noch etwas weiter: „Die Wilhelm-Leuschner-Medaille trägt den Namen eines ausgewiesenen antifaschistischen Gewerkschafters, der stets für die Rechte von Arbeitern eintrat und die Grundlage für unsere Nachkriegsgewerkschaften schuf. Roland Koch hat mit alledem rein gar nichts zu tun. Es ist ein Schlag ins Gesicht jedes engagierten Gewerkschafters, wenn er diese Auszeichnung bekommt.“

Januar 2018 verabschiedete das Gremium eine Resolution zur drohenden Schließung der Helios Klinik in Bad Schwalbach. Das ehemalige Kreiskrankenhaus leistet nach Überzeugung des Landesbezirksvorstands einen wesentlichen Beitrag zur medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung und somit zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Gesundheit darf nicht den Profitinteressen von Gesundheitskonzernen geopfert werden.

Der Landesbezirksvorstand äußerte sich auch besorgt über die zunehmende Behinderung von Betriebsrätsmitgliedern. Mehrfach forderte er Firmen wie i-sec und travelex am Frankfurter Flughafen auf, sich an das Betriebsverfassungsgesetz zu halten. Im Fall von Ryanair wurde sogar das deutsche Arbeitsrecht angemahnt, weil die Fluggesellschaft sich nicht an die gesetzlichen Vorschriften hält.

Öffentlich ist wesentlich

Die Qualität öffentlicher Dienstleistungen bedarf nicht nur ausreichender materieller Ressourcen, sie lebt in erster Linie von gut qualifizierten, gut ausgebildeten und motivierten Mitarbeiter*innen. Das heißt, dass den Beschäftigten beim Land und in den Kommunen Chancen zur weiteren Entwicklung ihrer Qualifikation zustehen und dass sie im Tarifsystem des öffentlichen Dienstes angemessen bezahlt werden müssen. Darüber hinaus ist die Zahl der Ausbildungsplätze dringend zu steigern. Das Durchschnittsalter in vielen öffentlichen Bereichen ist sehr hoch und der hohe Standard der Dienstleistungen droht verloren zu gehen, wenn nicht über Ausbildung rechtzeitig der benötigte Nachwuchs sichergestellt wird.

Schuldenbremsen im Bund und in der hessischen Verfassung verbieten seit 2016 beziehungsweise von 2020 an die Neuverschuldung der jeweiligen Haushalte. Die Folge der Beschlüsse ist rigides Kürzen bereits Jahre im Voraus. In Hessen wird die Schuldenbremse für fast alle Sparmaßnahmen als Argument verwendet. Wie von vornherein erwartet brachte der kommunale Schutzschirm der CDU-Landesregierung keine Besserung der katastrophalen Haushaltssituation der Kommunen.

Die Finanzentwicklung der öffentlichen Haushalte bleibt weiter eine besondere Herausforderung für ver.di. So haben die seit Jahren erheblich gekürzten Landeszuweisungen zu chronischer Finanzknappheit der Landkreise, Städte und Gemeinden geführt. Die Folgen für die Beschäftigten sind Arbeitsverdichtung bei gleichzeitig nicht angemessen steigendem Lohn.

ver.di setzt sich auch weiterhin ein für den Stopp des Personalabbaus beim Land Hessen, in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), der Hessen als einziges Land noch nicht wieder beigetreten ist, und für die Entwicklung eines Konzeptes, das eine flächendeckende Daseinsvorsorge und -gestaltung wiederherstellt, die den Herausforderungen einer modernen Gesellschaft angemessen ist.

Darüber hinaus setzt sich ver.di weiter ein für Transparenz in allen Angelegenheiten, die öffentliche Daseinsvorsorge und -gestaltung betreffen und für das verbindliche Vorschreiben von wirkungsvollen Verfahren zur Bürger*innenbeteiligung.

ver.di fordert von der Landesregierung, ihren eigenen Gestaltungsspielraum und ihren bundespolitischen Einfluss für eine gerechte Steuerpolitik zu nutzen und die dringend notwendige Reform für eine sichere und den Aufgaben folgende Gemeindefinanzierung voranzubringen.

Veranstaltungsreihe „Vorsorgende Kommune“

Kommunalpolitiker*innen und Gewerkschafter*innen stärker ins Gespräch zu bringen, das war der leitende Gedanke der Veranstaltungsreihe „Vorsorgende Kommune“. ver.di-Funktionsträger*innen sollten gemeinsam mit Kommunalpolitiker*innen gewerkschaftliche Themen politisch diskutieren und idealerweise gemeinsame Positionen erarbeiten. Die Kommune ist zentraler inhaltlicher Bereich für ver.di. Hier findet die öffentliche Daseinsvorsorge statt: vom Wasser über Strom, Müll, Bus- und Bahnverkehr, Kinderbetreuung und Bildung bis hin zu Gesundheit und zum Wohnungsbau. Die Kommune ist Organisationsbereich von ver.di, unsere Mitglieder sind als Einwohner*innen auch unmittelbar betroffen.

Daseinsvorsorge als staatlich finanzierte Leistung an der Gesellschaft in vorzüglicher Weise zu erhalten und sicherzustellen ist eine gewerkschaftspolitische Grundposition von ver.di. Deshalb wurden die genannten Themenbereiche als Diskussionsgegenstände gewählt.

Dazu wurden sechs einzelne Veranstaltungen konzipiert, in denen jeweils eins der Themen vertieft werden sollte unter gewerkschaftlichen und kommunalpolitischen Aspekten. Die Reihe zog durch hessische Städte. Für die Vorträge konnten hochkarätige Referent*innen gewonnen werden.

Das Interesse an der Veranstaltungsreihe entsprach leider nicht den Erwartungen. Einzelne Vorträge wie der zum ÖPNV waren gut besucht. Insgesamt wurde jedoch das Anliegen, sich zwischen Gewerkschafter*innen und Kommunalpolitiker*innen verschiedener Parteien intensiv auszutauschen und somit gewerkschaftliche und kommunalpolitische Ansätze einander näherzubringen, nicht erreicht. Weder von gewerkschaftlicher noch von kommunalpolitischer Seite war die Teilnahme sehr groß.

Erste hessische Betriebsrät*innenkonferenz 2018

Am 11. Juni 2018 fand im Frankfurter Gewerkschaftshaus die erste hessische Betriebsrät*innenkonferenz statt. Es war eine Konferenz ausschließlich für den Organisationsbereich von ver.di, die zeitlich perfekt passte, da kurz zuvor die Betriebsratswahlen abgeschlossen worden waren. Die Idee zur Konferenz kam von ver.di Bildung und Beratung Hessen (ver.di b&B). Die Kolleg*innen übernahmen auch die Organisation und führten die Konferenz durch. ver.di unterstützte finanziell und organisatorisch, war mit Gewerkschaftssekretär*innen, Fachbereichsleiter*innen und Verwaltungsangestellten vor Ort. Das Fototeam fotografierte. Die Konferenz war restlos ausgebucht und trotz Sommerhitze in den Räumen war die Beteiligung bis in den Abend hinein rege.

Mitgliederentwicklung

ver.di lebt als Organisation von und mit ihren Mitgliedern. Neue Mitglieder zu gewinnen, sie in der Organisation zu halten und Austritte zu verhindern, ist hinsichtlich der Finanz- und Kampfkraft von existenzieller Bedeutung. Für ver.di ist Gewerkschaftsarbeit erfolgreich, wenn sie zu einer positiven Mitgliederentwicklung führt.

Im Jahr 2015 gelang es ver.di Hessen zum dritten Mal nach 2008 und 2013 zum Jahresende einen positiven Saldo auszuweisen. Seitdem sind wir in ver.di Hessen nicht mehr erfolgreich. Zwischen dem 31. November 2014 und dem 31. Oktober 2018 verringerte sich die Mitgliederzahl in ver.di Hessen von 166.553 auf 161.052 Mitglieder. Das entspricht einem Minus von 4,4 Prozent.



Die Anzahl der erwerbstätigen Mitglieder sank zwar im vorgenannten Zeitraum von 128.979 auf 125.048, der Anteil an der Gesamtmitgliederzahl erhöhte sich jedoch leicht von 77,40 auf 77,64 Prozent.

Der Anteil der Frauen in ver.di Hessen erhöhte sich in dem vorgenannten Zeitraum von 49,28 auf 50,68 Prozent, obgleich die reale Zahl von 82.067 auf 81.617 sank.

Mitgliederwerbung

Bei der Landesbezirkskonferenz 2015 entspann sich eine breite Debatte zum Thema Mitgliederwerbung. Ausgangspunkt war zum einen der Wunsch, stärker und vielfältiger in den Betrieben gewerkschaftlich präsent zu sein und so Mitglieder zu werben, zum anderen war es das Straßenwerbungsprojekt des Bundesvorstands. Die Landesbezirkskonferenz forderte den Bundesvorstand per Beschluss auf, Straßenwerbung nicht weiter zu verfolgen. Stattdessen solle die betriebliche Ansprache gestärkt werden.

Der Landesbezirksvorstand nahm sich im Nachgang zur Konferenz das Thema Mitgliederwerbung immer wieder vor, hörte Vorträge dazu, schaute sich gute Beispiele aus anderen Landesbezirken an. So trug der Landesbezirksleiter Rheinland-Pfalz-Saarland, Michael Blug, das Konzept seines Landesbezirks vor. Dort wurde ein Ansprachemodell entwickelt, das sich am Satz „ver.di lebt im Betrieb“ orientiert. Es heißt 11+22 (11 = erste Ansprache in einer Woche, 22 = zweite Ansprache in zwei Wochen). Der Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland hat damit gute Erfolge erzielt. Deshalb wurde im Landesbezirk Hessen auch eine Arbeitsgruppe 11 + 22 gegründet. Auf deren Vorschlag hin werden seitdem im Landesbezirksvorstand in loser Folge unterschiedliche, bereits vorhandene Ansprachekonzepte vorgestellt.

Im November 2017 berichtete Bernd Meffert aus seiner Dienststelle, der Verkehrsgesellschaft Wiesbaden. Dort wird die Mitgliederwerbung in Kombination mit einer Mitgliedschaft in der GUW betrieben. So werden gute Erfolge erzielt.

Im September 2018 berichtete die Jugend Nordhessen über ihr Ansprachemodell im Klinikum Kassel. Sie konnte damit die Mitgliederzahl deutlich steigern.

Außerdem wurde eine Gruppe „Mitgliederwerbung im Landesbezirk Hessen“ im Mitgliedernetz eingerichtet. Dort kann in geschützter Atmosphäre diskutiert werden. Die bereits gehaltenen Vorträge stehen dort zum Abruf bereit.

Wahlen

Politik setzt wichtige Rahmenbedingungen für die betriebliche Arbeit von Gewerkschaften. Deshalb interessiert sich ver.di für politische Inhalte und politisches Personal. Im Berichtszeitraum wurde dreimal gewählt, Kommunalwahlen in Hessen 2016, die Bundestagswahl 2017 und die hessische Landtagswahl 2018.

In Zusammenarbeit mit den anderen DGB-Gewerkschaften misst ver.di die Parteien und Politiker*innen daran, welche Positionen sie zu Demokratie und zu gewerkschaftlichen Inhalten und Werten haben, wie sie in der ver.di-Grundsatzklärung 2010 formuliert sind: „Unsere Werte Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität leiten unser Handeln. Daran sollen die einzelnen Mitglieder und Wähler ermessen, welche Partei am besten passt. ver.di empfiehlt nicht die Wahl von bestimmten Parteien, sondern ruft zum Wählengehen auf.“ Darüber hinaus beteiligte sich ver.di an der DGB-Initiative zur Bundestagswahl sowie an der Kampagne des DGB Hessen-Thüringen zur Landtagswahl.



Umgang mit der AfD

Der Landesbezirksvorstand beschäftigte sich seit Spätsommer 2016 mit der selbst ernannten Alternative für Deutschland, AfD. 2016 glaubten manche noch, die AfD sei eine vorübergehende Erscheinung, um die etablierten Parteien abzustrafen. Bis zur Bundestagswahl im September 2017 wurde die Partei in Deutschland durch ihre populistische, ausländerfeindliche Politik immer beliebter, sodass man befürchten musste, sie werde in den Bundestag einziehen, was sich dann auch bewahrheitete. Die AfD ist heute drittstärkste Kraft im Bundestag.

ver.di setzt sich breit mit dem Gedankengut und der populistischen Demagogie der AfD auseinander. Kollege Splanemann vom Landesbezirk Berlin-Brandenburg referierte im Landesbezirksvorstand (siehe unten). In der Organisation wurden Analysen verteilt und ein Buch vom Recherchenetzwerk Correctiv. Außerdem unterstützt ver.di das Netz-

werk „Aufstehen gegen Rassismus“, das sich intensiv mit der AfD beschäftigt. Anders als bei anderen DGB-Gewerkschaften zeichnete sich bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 2018 im ver.di-Organisationsbereich nicht ab, dass AfD-Vertreter*innen in die Arbeitnehmer*innengremien gewählt worden sind.

Das Auftreten der AfD, die Äußerungen und Aktionen der Parteimitglieder zeigten immer stärker rechtsgerichtete, zum Teil menschenverachtende Züge (zum Beispiel die AfD-Fraktion Hochtaunuskreis am 29. August 2018 auf Facebook: „Bei uns bekannten Revolutionen wurden irgendwann die Funkhäuser sowie die Presseverlage gestürmt und die Mitarbeiter auf die Straße gezerrt.“). So wurde es notwendig, die traditionell gepflegte Neutralität gegenüber Parteien zu verlassen.

Der DGB hat auf seinem Bundeskongress den Beschluss gefasst, auf keiner Ebene mit der AfD samenzuarbeiten, ihre Vertreter*innen auch nicht zu Veranstaltungen einzuladen. ver.di Hessen bezog bis zur Landtagswahl 2018 die Position, man rede nur mit Parteien, die auch im Parlament vertreten seien. Die AfD war bis dahin noch nicht im Hessischen Landtag. Im Wahlkampf sprach sich der Landesbezirksvorstand gegen die AfD aus. Man könne nicht empfehlen, sie zu wählen. Sie stimme nicht mit den Grundüberzeugungen und Werten von ver.di überein. Die AfD erhielt bei der Wahl 13 Prozent der abgegebenen Stimmen. ver.di Hessen wird sich in den eigenen Gremien damit befassen, wie weiter vorzugehen ist. Bei Redaktionsschluss befand sich eine Arbeitsgruppe in Gründung. Auch innerhalb des DGB läuft eine Diskussion über das weitere Vorgehen.

Lohnsteuerservice

Der Lohnsteuerservice Hessen wurde grundlegend umstrukturiert. Beim Bundeskongress 2015 war beschlossen worden, dass zur Stärkung des hervorragenden Angebots des ver.di-Lohnsteuerservices künftig eine Tätigkeit sowohl bei Lohnsteuerhilfevereinen als auch beim Lohnsteuerservice von ver.di nicht mehr zu vereinbaren sind. Es ist auszuschließen, dass Ehrenamtliche, die in einem Lohnsteuerhilfeverein tätig sind, gleichzeitig Berater*innen im ver.di-Lohnsteuerservice sind (Anträge O 0016 und O 0017). Zur Umsetzung der Beschlüsse verlangte ver.di Hessen, die ausschließliche Tätigkeit für ver.di per Unterschrift zu bestätigen. Die Umsetzung der Beschlüsse führte

in Hessen zu Konflikten, da zwei führende Mitarbeiter*innen der langjährigen Lohnsteuerbeauftragten in beiden Organisationen tätig waren und sich durch den Beschluss ungerecht behandelt fühlten. In der Folge traten einige der Kolleg*innen von ihrer Tätigkeit zurück. Der Landesbezirk setzte mit Luthfa Jungmann eine hauptamtliche Gewerkschaftssekretärin ein, die den Lohnsteuerservice seitdem verantwortlich organisiert.

Im Jahr 2016 wurde zunächst eine Lohnsteuerhilfetrustensleute-Vollversammlung abgehalten, dann bezirkliche Lohnsteuerbeauftragte gewählt, die wiederum aus ihrer Mitte zwei landesbezirkliche Lohnsteuerbeauftragte bestimmten.

Sie und die übrigen 115 Lohnsteuerbeauftragten arbeiten auf der Grundlage einer veränderten Lohnsteuerrichtlinie, die der Gewerkschaftsrat 2016 beschlossen hat. Dies machen sie mit viel Engagement und sehr erfolgreich für die Mitglieder.

Der Landesbezirksvorstand hat sich regelmäßig mit dem Lohnsteuerservice befasst und dankt den Kolleginnen und Kollegen für ihr jahrzehntelanges Engagement im Dienste der Steuergerechtigkeit für die Beschäftigten.

Gesichtsverschleierung und Tarifverhandlungen

Bei den Tarifverhandlungen mit dem Land Hessen wurde der Passus Gesichtsverschleierung aufgenommen. Sämtliche verhandelnden Gewerkschaften stimmten zu. In § 3, Satz 3 des TV-H heißt es nunmehr: „Sie dürfen ihr Gesicht bei Ausübung des Dienstes oder bei einer Tätigkeit mit unmittelbarem Dienstbezug nicht verhüllen, es sei denn, dienstliche oder gesundheitliche Gründe erfordern dies.“ Dies hat Unverständnis und in der Folge eine breite Debatte innerhalb des Landesbezirks Hessen über die Werte von ver.di im Zusammenhang mit den tarifpolitischen Grundsätzen ausgelöst. Die Kritiker*innen sehen darin eine starke Diskriminierung von muslimischen Frauen und betrachten den Satz als eine rechtspopulistische Phrase, die zudem im deutschen öffentlichen Dienst nicht nötig sei, da kaum verhüllte Mitarbeiterinnen vorkommen. Die einzelnen Fachbereiche und Fachgruppen meldeten sich mit Protestanträgen wie „Ressentiments und Geschmacksfragen sind keine Tarifangelegenheit!“. Der Landesbezirksvorstand beschloss nach ausführlicher Diskussion: „In Zukunft muss gelten: keine Tarifierung von Ressentiments oder weltanschaulichen Fragen“. Dieser Antrag wurde dem Gewerkschaftsrat, dem Bundesvorstand und den anderen Landesbezirksvorständen zugeleitet. Ein Antrag diesen Inhalts ist bei den Organisationswahlen derzeit auf vielen Ebenen in der Diskussion.

Es fand außerdem ein Vortrag mit Diskussion mit dem Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler statt, in dem die juristischen Aspekte eines Gesichtsverschleierungsverbots und die Frage, ob dies eine Diskriminierung darstelle, grundlegender besprochen wurden.

Gerechtigkeit und Umverteilung

Auch in den vergangenen vier Jahren hat sich ver.di Hessen wieder gemäß ihres Leitmotivs „Gerecht geht anders“ gegen soziale Ungerechtigkeit gewendet. Nachdem der Mindestlohn durchgesetzt ist, rückte der Fokus stärker auf Rente und Altersarmut. Der Versuch, ein hessisches Bündnis gegen Altersarmut zu gründen, scheiterte an mangelnder Resonanz. So mochten verschiedene kirchliche Akteure sich mit Blick auf bevorstehende Wahlen nicht beteiligen, der DGB Hessen-Thüringen wollte das Thema im Bündnis soziale Gerechtigkeit untergebracht sehen, wo es zwar nicht ganz so stark beleuchtet würde, aber auf einer breiteren Basis stünde.

An der DGB-Rentenkampagne beteiligte sich ver.di thematisch ausführlich mit eigenen Vorträgen, Folien, Broschüren und regelmäßigen inhaltlichen Beiträgen.

Am 20. März 2017 nahm ver.di an der Veranstaltung des DGB Hessen-Thüringen mit dem Titel „Kurswechsel: Die gesetzliche Rente stärken!“ teil.

Gerechtigkeit einzufordern gilt auch für die Welthandelsbeziehungen. ver.di Hessen hielt 5. Oktober 2015 eine TTIP-Veranstaltung im Frankfurter Südbahnhof mit Abgeordneten des Europaparlaments und des Bundestags ab. Am darauffolgenden Samstag, den 10. Oktober 2015 beteiligte ver.di Hessen sich an der Großdemonstration in Berlin.

Bündnis für den Erhalt des LWV

Im Sommer 2017 schloss sich ver.di mit vielen Nutzerverbänden des Landeswohlfahrtsverbandes zu einem Bündnis zusammen, um die Stimme zu erheben für dessen Erhalt.

Der Hintergrund: Im Zuge der Einführung des neu gefassten Bundesteilhabegesetzes müssen die Länder Träger neu bestimmen, die für die Durchführung der Eingliederungshilfe zuständig sein sollen. Der Hessische Städte- und Gemeindetag, so war an ver.di herangetragen worden, wolle nunmehr dem Landeswohlfahrtsverband die Aufgaben entziehen und sie ab 2020 den Kommunen übertragen. Dies hätte für den derzeit maßgeblichen Leistungsträger der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, den Landeswohlfahrtsverband Hessen, das Aus bedeutet. Er war seit seiner Gründung immer wieder infrage gestellt worden – nun ein weiteres Mal. ver.di sah hier die beruflichen Interessen vieler Mitglieder berührt. Das Bündnis mit den Behindertenverbänden wurde beschlossen, eine Pressekonferenz geplant. Dort wurde eine gemeinsame Erklärung zur zukünftigen Ausrichtung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen abgegeben. Diese öffentliche Positionierung hat sicher dazu beigetragen, dass wahrscheinlich das Lebensabschnittsmodell kommen wird, das auch von unserem Bündnis favorisiert wird. Dabei werden die Zuständigkeiten nach Lebensabschnitten geregelt: von der Geburt bis zur Beendigung der Schulausbildung bei den Landkreisen und kreisfreien Städten, dann anschließend beim Landeswohlfahrtsverband.

Literaturpreis

Im vergangenen Berichtszeitraum wurde der Horst-Bingel-Preis, an dem ver.di finanziell beteiligt ist, zweimal verliehen. Im Februar 2019 fand die dritte Verleihung statt. Die Preisträgerin heißt Ulrike Almut Sandig und wurde für ihr lyrisches Werk ausgezeichnet. Für ver.di nahmen Jürgen Bothner und Mara Pfeiffer vom VS Hessen als Jurorin und Juror an der Auszeichnungsentscheidung teil.

2016 erhielt Gila Lustiger den Preis für ihren Essay „Erschütterung“, bei dem es um die Attentate im November 2015 in Frankreich geht. Preisträgerin im Jahr 2014 war die Lyrikerin Nadja Küchenmeister.

ver.di bestreitet die Hälfte der Kosten des Preises, der mit 8.000 Euro dotiert ist und alle zwei Jahre vergeben wird. Die Beteiligung ver.dis kam auf Anregung des hessischen Landesverbands des Verbands deutscher Schriftsteller VS in ver.di zustande. 2014 fasste der Landesbezirksvorstand den Beschluss, den Horst-Bingel-Literaturpreis zur Hälfte – mit zutragen. Die andere Hälfte kommt von der Bingelstiftung. Der Schriftsteller Horst Bingel lebte lange in Frankfurt. Er war in den 1970er-Jahren hessischer Landesvorsitzender des VS und auch VS-Bundesvorsitzender. Horst Bingel setzte sich stets dafür ein, einem breiten Publikum den Zugang zu Literatur zu ermöglichen.

Schwerpunkthemen der Landesbezirksvorstandssitzungen

Von 2015 bis 2019 setzte der Landesbezirksvorstand seine Tradition der regelmäßigen Schwerpunkthemen fort. Dazu wurden wieder Referent*innen eingeladen. Das Ziel: fachbereichs- und ebenenübergreifende Informationen, Ideen und Impulse für die politische Arbeit aller Untergliederungen in ver.di Hessen zu geben.

Einige der Themen und Referenten von 2015 bis 2018:

„Kommunal Finanzen“

Dr. Kai Eicker-Wolf vom DGB Hessen-Thüringen zum Thema „Kommunen in Finanznot“ über die Situation der öffentlichen Haushalte.

„Digitalisierung der Arbeitswelt – Chancen, Risiken und Herausforderungen“

Karl Heinz (Charly) Brandl, Bereichsleiter Innovation und Gute Arbeit bei der ver.di-Bundesverwaltung, berichtete, wie ver.di die Entwicklungen aus kritischer Gewerkschaftsperspektive begleitet.

„Marburger Konzept der Flüchtlingserstaufnahme“

Johannes Maaser, Angestellter bei der Stadt Marburg, über die Herausforderungen der Flüchtlingserstaufnahme anhand des „Marburger Modells“ (spezielle Willkommensstruktur und -kultur).



„Verändert die AfD Deutschland?“

Kollege Dr. Andreas Splanemann, zuständig für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Landesbezirk Berlin-Brandenburg, vermittelte, wie durch die aktuellen Wahlerfolge der AfD die politische Landschaft der Bundesrepublik verändert wird. Erschreckend: der hohe Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter den AfD-Wählern.

„Mitbestimmung im digitalen Büro“

Setareh Radmanesch, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin, über die digitale Transformation im Unternehmen, von der mittlerweile sehr viele Menschen betroffen sind; Tendenz steigend, auch bei hochqualifizierten Kräften.

Sonntagsschutz

Erhalt des arbeitsfreien Sonntags: Es ist mehr als oberflächliches Kopfnicken, dass in vielen Branchen sonntags nicht auch noch das Sozialprodukt gesteigert werden muss. In der „Allianz für den freien Sonntag“, die in Hessen und bundesweit von ver.di mitgegründet wurde, wird bei Diskussionen immer wieder die vielfältige Bedeutung dieses besonderen Tages als Freizeit unterstrichen: Erholung und Nichtstun, Besinnung und Gläubigkeit, aber auch selbstbestimmtes und im besten Sinne „eigennütziges“ Handeln sollen den Sonntag prägen.

ver.di unterstützt die politische und juristische Auseinandersetzung gegen verkaufsoffene Sonntage. Im Laufe von Jahren wurde dadurch in Hessen eine „Regelungsdichte“ erreicht, die kaum Spielraum für „illegale“ Sonntagsöffnungen lässt. Das Verwaltungsgericht Frankfurt erwies sich dabei als besonders hartnäckig. Erst nach höchstrichterlichen Entscheidungen und einer förmlichen Rüge seiner Urteile durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof „kippte“ es das Begehren des Handels, Veranstaltungen wie Internationale Automobil-Ausstellung, Buchmesse, Museumsuferfest und sogenannte „Stadtteilstädte“ für sonntägliche Ladenöffnungen zu missbrauchen.

Gleiches erfuhr die Hessische Landesregierung mit ihrer „Bedarfsgewerbeordnung“ aus dem Jahr 2011. Sie erlebte ihre Niederlage drei Jahre später vor dem Bundesverwaltungsgericht, weil Evangelische Kirche und ver.di dafür sorgten, dass sonntags Videotheken, öffentliche Bibliotheken, Lotto- und Totogesellschaften geschlossen bleiben müssen, wie auch alle Dienstleistungen zur Entgegennahme von Aufträgen, die Auskunftserteilung und die Beratung per Telekommunikation zu unterbleiben haben. Dieser Erfolg „verfeinerte“ nicht bloß die Rechtsprechung, er zeigte ebenso auf, dass der Sonntagsschutz in weniger „populären“, weil medial wie politisch nicht ganz so stark fokussierten Bereichen wie den verkaufsoffenen Sonntagen offensiv betrieben werden kann und muss.

Die Erfolge bestärken uns: Die „Allianz für den freien Sonntag“ ist keine bündnispolitische „Eintagsfliege“, sondern legt dauerhaft den Finger in jene Wunde gesellschaftlicher Entwicklung, die beim Aushöhlen des arbeitsfreien Sonntags in Industrie und Handel beginnt und – wenn wir nicht aufpassen – uns über kurz oder lang die Forderung nach sonntäglichen Dienstleistungsstunden überall beschern kann. Deshalb haben wir uns zusammen mit den evangelischen und katholischen Kirchen auch 2018 gegen ein „Aufweichen“ des hessischen Ladenöffnungsgesetzes ausgesprochen. ♦



Cornelia Kröll,
stellvertretende Landesbezirksleiterin

Personal

Von Cornelia Kröll

Personelle Entwicklung

ver.di wächst weiter: Zu Beginn des Berichtszeitraumes am 1. April 2014 waren 199 Kolleg*innen, und im Dezember 2018 210 Kolleg*innen in ver.di Hessen beschäftigt.

Entwicklung der Zahl der aktiven Beschäftigten in Hessen insgesamt¹:

BESCHÄFTIGTE AM	1. April 2014		31. Dezember 2018	
FRAUEN	136	= 68%	136	= 65%
MÄNNER	63	= 32%	74	= 35%
BESCHÄFTIGTE GESAMT	199		210	
DAVON GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR*INNEN	107		124	
DAVON MITARBEITER*INNEN IM SEKRETARIAT	92		86	

¹ nicht berücksichtigt: gewerbliche Angestellte

Wir haben insgesamt im Berichtszeitraum 36 Kolleg*innen verabschiedet und 51 Kolleg*innen neu in ver.di Hessen begrüßt.

Innerhalb des abgelaufenen Berichtszeitraumes hat sich die Zahl der Gewerkschaftssekretär*innen weiter spürbar erhöht. Die geringere Beschäftigtenzahl im Sekretariatsbereich ergibt sich insbesondere durch Stundenerhöhungen teilzeitbeschäftigter Kolleg*innen. Nach wie vor ist die überwiegende Zahl der weiblichen Beschäftigten im Sekretariatsbereich tätig.

Bei vielen Stellenbesetzungsverfahren mussten wir die Erfahrung machen, dass traditionelle Nachwuchswege in ver.di nicht mehr oder nicht immer zur Verfügung stehen und wir noch keine geeigneten Alternativen finden

konnten. An einigen Stellen zeigten sich große Nachwuchsprobleme. So konnten frei werdende Stellen in einigen Fachbereichen erst nach mehrfacher Ausschreibung und längerer Vakanz mit geeigneten Bewerber*innen besetzt werden. Selbst bei der Besetzung von Mitarbeiter*innenstellen waren mehrfache Verlängerungen der Ausschreibungsfristen notwendig, bis sich geeignete Bewerber*innen fanden.

Stellenplanung/Personalkostenentwicklung

Nach wie vor haben wir in Hessen eine Vereinbarung zur Verteilung der Ebenenbudgets sowie der gemeinsamen Finanzierung einiger Gemeinschaftsaufgaben. Hierzu zählen unter anderem die Jugendsekretär*innen in Einarbeitung. Innerhalb des Berichtszeitraumes wurden vier Stellen geschaffen und die Jugendsekretär*innen in Einarbeitung auf der Grundlage einer Gesamtbetriebsvereinbarung über einen Einarbeitungszeitraum von 18 Monaten in unterschiedlichen Einsatzbereichen und auf Seminaren qualifiziert und auf ihre Tätigkeit vorbereitet.

Die Stellenplanung in Hessen erfolgt auf der Grundlage einer EDV-gestützten Software, die ständig über die Bundesebene weiterentwickelt wird. Wir erhalten vom Personalcontrolling darüber hinaus unterjährig detaillierte Auswertungen zur Entwicklung der Personalkosten und der -budgets. Auf Grundlage dieser standardisierten Unterlagen können wir die Bewirtschaftung unserer Stellenpläne vornehmen und auch abschätzen, wann Vertretungen oder Nachbesetzungen finanziell annehmbar vorgenommen oder vollzogen werden können. Das jährliche Planungsgespräch mit der Bundesebene unterstützt die jährliche Planung und legitimiert die Umsetzung.

Arbeitsschutz/-sicherheit

Die Arbeit des Arbeitssicherheitsausschusses ASA in Hessen wurde weiterentwickelt. Hier versammeln sich regelmäßig die Arbeitsschutzfachleute aus Hessen und die zuständige Fachkraft für Arbeitssicherheit der Bundesebene sowie eine Vertreterin des Betriebsärztlichen Dienstes BAD zum Informationsaustausch und zur Zusammenarbeit. Dazu gehören zum Beispiel die Analyse des Unfallgeschehens im Betrieb, die Auswertung von Arbeitsplatzbegehungen und Gefährdungsbeurteilungen sowie die Koordinierung von Maßnahmen im Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Zuletzt befasste sich der ASA mit den Ergebnissen einer Umfrage bei den Beschäftigten zur psychischen Gefährdungsbeurteilung und daraus resultierenden Maßnahmen, die in Gesundheitswerkstätten einflossen und dort von Beschäftigten bearbeitet wurden.

Der psychischen Gefährdungsbeurteilung war die Durchführung der physischen Gefährdungsbeurteilung vorausgegangen. Hierzu wurde eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die die Ermittlung von Gefährdungen an den Arbeitsplätzen der Beschäftigten sowie die Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten regelt.

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) ist mittlerweile in Hessen gut etabliert und wird von den Beschäftigten positiv angenommen. Das BEM wird Beschäftigten angeboten, die innerhalb von 12 Monaten mehr als 30 Arbeitstage zusammenhängend oder wiederholt arbeitsunfähig erkrankt waren. ♦

Personalentwicklung, Aus- und Weiterbildung

Von Cornelia Kröll

Die Beschäftigten der ver.di haben in der Regel andere Berufe gelernt, bevor sie hauptamtlich tätig werden. Was sie für die Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär*in qualifiziert, ist vorwiegend ihr betriebliches, ehrenamtlich gewerkschaftliches oder gesellschaftliches Engagement. Damit alle ver.di-Beschäftigten schnell die an sie gestellten anspruchsvollen Erwartungen erfüllen können, sind Qualifizierungen erforderlich. Die Qualifizierung neu eingestellter Gewerkschaftssekretär*innen erfolgt über das Programm Jugendsekretär*innen in Einarbeitung und das Angebot für Neueingestellte im internen Seminarprogramm „weiter.bilden“. Ergänzt wird das Angebot für spezifische Qualifizierungsbedarfe durch die Anbieter ver.di b + b, BTQ oder ver.di Bildungswerk. Die Mitarbeiter*innen im Sekretariat erhalten ihre Qualifizierung ebenfalls über das Seminarprogramm „weiter.bilden“.

Im Berichtszeitraum haben wir von den hessischen Beschäftigten über 350 Anmeldungen zu Seminaren erhalten. Darüber hinaus haben wir in Hessen weitere Seminare durchgeführt, zum Beispiel für Führungskräfte das Seminar zu einer Gesamtbetriebsvereinbarung Sucht und eine Seminarreihe zum verbindlichen Führen. Fachspezifische Seminare wie zum Arbeitskampfrecht, zur Durchführung von Betriebsratswahlen, aber auch zum Mindestlohn-gesetz oder zu den Vertragsarten für ein duales Studium waren Themen von Seminaren auf Landesebene für Gewerkschaftssekretär*innen. Für die Mitarbeiter*innen wurden Seminare zum Thema Telefontraining und Schulungen zur Vorbereitung der Organisationswahlen durchgeführt.

Die Rahmenbedingungen der Gewerkschaftsarbeit verändern sich ständig und werden in vielen Feldern komplexer und komplizierter. Eine kontinuierliche Weiterbildung ist für jede*n ver.di-Beschäftigten die Grundlage, mit diesen Veränderungen für die Gewerkschaft angemessen umgehen zu können. Das ver.di-interne Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten ist breit gefächert und bietet differenzierte Unterstützung mit verschiedensten Inhalten.

In Gesprächen der Führungskräfte mit den Beschäftigten, zum Beispiel im Rahmen der strukturierten Mitarbeitergespräche in Zusammenarbeit mit der Personalabteilung, werden die individuellen Qualifizierungsbedarfe ermittelt und entsprechende Angebote unterbreitet. ♦



entscheidet



Angelika Kappe,
stellvertretende Landesbezirksleiterin

Finanzen

Von Angelika Kappe

Die Haushaltsjahre 2015 bis 2018 waren geprägt von Maßnahmen zur Stärkung des Streikfonds. Die Zuspitzung in Tarifaueinandersetzungen veranlasste den Gewerkschaftsrat bereits im November 2015, einstimmig die Erhöhung des Streikfonds zu beschließen. Im Haushaltsjahr 2015 wurden 75 Prozent der nicht verbrauchten Mittel in der Gesamtorganisation dem Streikfonds zugeführt. In den Jahren 2016 bis 2019 wurden die Sachkostenbudgets eingefroren, und zwar auf Basis der Budgetplanung 2015 minus 3 Prozent. Die Mehreinnahmen wurden dem Streikfonds zugeführt.

Die Steuerungsgruppe Budgetierungsrichtlinie nahm im Jahr 2016 ihre Arbeit auf und entwickelte eine neue Budgetierungsrichtlinie, die die vorgenannten temporären Maßnahmen zur Stärkung des Streikfonds in veränderte, dauerhaft tragfähige Budgetsätze überführt. Aus dem Landesbezirk Hessen arbeiteten Kollege Björn Wolf (Gewerkschaftsrat GR) und Kollege Bernhard Schiederig (für die Landesfachbereichsleiter*innen) in der Steuerungsgruppe mit. Begleitet wurden sie von der in Hessen auf Beschluss des Landesbezirksvorstands gebildeten Arbeitsgruppe Budgetierung. Nach der ersten Darstellung der möglichen Auswirkungen der Veränderungen in der Budgetierungsrichtlinie wurden die Diskussionsergebnisse – zum Beispiel die unveränderte Beibehaltung des Aktions- und Kampagnenfonds – auf den Weg gebracht.

Mit Beschluss des GR vom 29./30. November 2017 wurde in der Budgetierungsrichtlinie die Möglichkeit der Rücklagenbildung für die Finanzierung des Rollout-Prozesses (ein Diskussionsergebnis unserer Arbeitsgruppe) im Rahmen des Projekts „Perspektive – ver.di wächst!“ geschaffen und die Finanzierung der ver.di-Zentren sowie der Teams Beratung und Recht in der Budgetierungsrichtlinie umgesetzt. Die Anhebung des Streikfonds von 8 Prozent auf 10,5 Prozent führte zu weiteren Änderungen in der Budgetierungsrichtlinie, die vom GR im November 2018 beschlossen wurden und ab dem Haushaltsjahr 2020 greifen.

Die Buchhaltungsservicegesellschaft der ver.di mbH BSG wurde auf Beschluss des Gewerkschaftsrates vom 10.4.2014 auf- bzw. ausgebaut. Der Umsetzungsbeschluss zu „Perspektive – ver.di wächst!“ sieht vor, dass vor Ort frei werdende Stellen in der Finanzbuchhaltung nicht mehr besetzt werden. Neue Buchhaltungskräfte werden nur noch in der BSG eingestellt. Dieser Beschluss führte dazu, dass im Landesbezirk LBZ Hessen drei Bezirke und der Landesbezirk zur BSG wechseln mussten und zwar der ver.di-Bezirk Nordhessen ab 1.2.2015, der LBZ Hessen ab 1.5.2017, der ver.di-Bezirk Südhessen ab 13.2.2018 und der ver.di-Bezirk Frankfurt am Main und Region ab 9.4.2018. Die fachliche Steuerung der BSG erfolgt durch die Runde der Bundes- und Landesfinanzer*innen, daher wurde diese Umstellung vom Bereich Finanzen in ver.di Hessen kritisch begleitet. ♦



entscheidet

Informations- und Kommunikationstechnologie

Von Birgit Jakob-Wegener

Im Berichtszeitraum wurde das Projekt DRIVE (De- und zentrale Modernisierung der IT-Infrastruktur in ver.di) weiter umgesetzt. Die Sicherheit des ver.di-Netzes wurde weiter ausgebaut. Server- und Clienthardware mussten erneuert werden.

In Hessen wurden alle PCs und Notebooks (zirka 230) auf das neue Betriebssystem Windows 8.1 umgestellt. Ebenso wurden alle Benutzerprofile migriert.

Im Jahr 2016 wurden weiterhin bundesweit alle PCs und Notebooks auf die neue Officeversion „Office 2016“ umgestellt. Hessen war der erste Landesbezirk, der diese Aufgabe erfolgreich umgesetzt hat.

Für die Landesbezirksverwaltung und den Bezirk Frankfurt am Main und Region musste im Jahr 2016 eine neue Telefonanlage angeschafft werden. Die alte Anlage war außerhalb der Garantie und Ersatzteile gab es nicht mehr. Die Administration der neuen Telefonanlage erfolgt in Eigenregie.

Im Berichtszeitraum fusionierten der Bezirk Hanau und der Bezirk Fulda zum neuen ver.di-Bezirk MainKinzig-Osthessen. Die Fusion musste auch technisch umgesetzt werden. Hier wurde zum Beispiel eine gemeinsame Dateiablage mit neuen Berechtigungsgruppen eingerichtet.

Im Jahr 2018 feierte das länderübergreifende Team LÜT Süd-Ost, bestehend aus den Landesbezirken Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und SAT (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) 10-jähriges Bestehen. Die Zusammenarbeit wird als sehr positiv bewertet. Der Aufgabenbereich des Teams LÜT Süd-Ost umfasst:

- Betreuung/Hotline für zirka 1000 User aus den oben genannten Landesbezirken,
- Administration der Server in ver.di Landesbezirken,
- Kommunikation zwischen den Bezirken, Landesbezirken und der Bundesverwaltung,
- Einrichtung von Hardware (Drucker, Scanner, Kopierer etc.),
- Installation von Notebooks und PCs.

Ausblick für 2019/2020

Vorbereitungsarbeiten für das Rollout für „Perspektive - ver.di wächst!“:

- Abgleichen der AD-User (Active-Directory) mit dem MIBS-User,
- Zuweisung der erforderlichen Zugriffsberechtigungen für die neue Software MBM (Mitgliederbeziehungsmanagement),
- Erstellung von funktionalen Postfächern,
- Einrichtung von Scannern für die Digitalisierung der Mitgliederpost – Hardwarebeschaffung und Aufbau für das neue ver.di-Zentrum. ◆



Landesrechtsschutz Hessen

Von Peter Klenter

Die Aufstellung des bezirklichen Rechtsschutzes mit ver.di-Rechtssekretär*innen am Standort jedes hessischen Arbeitsgerichts ist im Berichtszeitraums unverändert und wird es voraussichtlich auch nach der Neugestaltung der individuellen Beratung und Rechtsvertretung bleiben. Die personelle Zusammensetzung wurde weiterentwickelt: für die Bezirke Frankfurt am Main und Region sowie Südhessen konnten neue Sekretär*innen gewonnen werden, die das bewährte Team verstärken. In der Leitung schied Ende 2016 Thomas Hess aus, der Verfasser dieses Textes trat seine Nachfolge an.

Die inhaltliche Arbeit des Landesrechtsschutzes war neben der Reorganisation der Zusammenarbeit des Teams der hessischen Rechtssekretär*innen, der Stärkung des Austauschs zwischen den drei hessischen Arbeitseinheiten der DGB Rechtsschutz GmbH sowie der Vorbereitung auf die Neugestaltung der individuellen Beratung und Rechtsvertretung bestimmt durch die Prozessführung nicht nur am Hessischen Landesarbeitsgericht LAG. Wegen der gewerkschaftspolitischen Bedeutung vieler Verfahren wurde die Vertretung vor dem Hessischen LAG seit 2017 weit überwiegend durch den ver.di-Landesrechtsschutz erbracht.

Im Zentrum standen neben wichtigen Kündigungsschutz- und Zustimmungsersetzungsverfahren hauptsächlich tarifliche Auseinandersetzungen infolge der Einführung des TVöD und Eingruppierungsverfahren im öffentlichen Dienst, in der Papierindustrie und im Einzelhandel.

Im Zusammenhang mit den Betriebsratswahlen 2018 haben bezirklicher Rechtsschutz und Landesrechtsschutz umfangreiche Beratungs- und Unterstützungsleistungen erbracht und mehrfach für Gewerkschaftssekretär*innen Zutrittsrechte zu Betrieben durchgesetzt. Der Landesrechtsschutz ist Vertreter in mehreren Anfechtungsverfahren gegen Aufsichtsratswahlen, bei denen ver.di-Mitglieder gewählt worden sind.

Durch eine besondere Konstellation wurde der Landesrechtsschutz sehr umfangreich in die Wahl der Schwerbehindertenvertretungen SBV 2018 involviert. In einem bundesweit tätigen Unternehmen sollte eine einzige



SBV gewählt werden. ver.di-Mitglieder hatten jedoch eine eigenständige Wahl für einen Betrieb des Unternehmens initiiert. Der Arbeitgeber wollte diese Wahl abbrechen lassen; umgekehrt wollten die ver.dianer*innen die zentrale Wahl abbrechen lassen, um eine dezentrale Vertretungsstruktur zu ermöglichen. Das Hessische Landesarbeitsgericht hat die wechselseitig eingereichten Anträge auf Erlass einstweiliger Anordnung zum Abbruch der jeweils anderen Wahl beide abgewiesen (Hess. LAG v. 02.07.2018 – 16 TaBVGa 135/18 und 137/18) und entschieden, dass der Arbeitgeber es hinnehmen muss, wenn wegen unterschiedlicher Auffassungen über den Betriebsbegriff mehrere SBV-Wahlen nebeneinander stattfinden. Es sei später im Wege der Wahlanfechtung zu entscheiden, welcher Betriebsbegriff der richtige sei und welche Wahl Bestand habe.

Es lag in der Natur der Sache, dass eine solche Auseinandersetzung neben der Unterstützung und rechtlichen Begleitung der örtlichen Wahl eine Vielzahl von Folgeverfahren auslösen würde. So war es auch. Unter anderem musste arbeitsgerichtlich geklärt werden, dass der Wahlvorstand für die örtliche Wahl Anspruch auf eine selbst ausgewählte Wahlvorstandsschulung hat und es ihm unzumutbar ist, eine vom Arbeitgeber angebotene Schulung anzunehmen (Hess. LAG v. 20.08.2018 – 16 TaBVGa 159/18). Mittlerweile sind die Wahlen beider SBV abgeschlossen und wechselseitig durch den Arbeitgeber und durch uns Wahlanfechtungen beim Arbeitsgericht ArbG Frankfurt am Main eingereicht. Letztendlich wird das Bundesarbeitsgericht BAG zu entscheiden haben, ob es seine Auffassung aufrechterhält, die Struktur der SBV folge der Struktur der Betriebsräte (BAG v. 10.11.2004 – 7 ABR 17/04) oder lasse aus sachlichen Gründen und zur Wahrnehmung der besonderen Aufgaben einer SBV auch Abweichungen zu.

Eine zweite intensive Auseinandersetzung fand um die ver.di-Streiks bei Amazon in Bad Hersfeld statt. Hier wollte Amazon ver.di untersagen lassen, Streikaktionen vor dem Werkstor durchzuführen, bei denen die einfahrenden Lkw-Fahrer von Streikenden angesprochen und dadurch deren Weiterfahrt verzögert wurde. Amazon hatte äußerst emotional argumentiert, ver.di hätte durch seine Streikaktion die einzige Rettungszufahrt blockiert und damit nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Kinder einer Kindertagesstätte gefährdet. Sowohl das Arbeitsgericht Fulda (Urteil v. 18.07.2017 – 3 Ga 4/17) als auch das hessische Landesarbeitsgericht (Urteil v. 16.10.2017 – 16 SaGa 1175/17) wiesen den Antrag von Amazon auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen ver.di ab. Amazon machte dann das Hauptsacheverfahren am Arbeitsgericht Berlin anhängig. Auch dort haben wir vertreten und gewonnen (Urteil v. 09.05.2018 – 29 Ca 12686/17). Amazon legte gegen dieses Urteil keine Berufung mehr ein. Mittlerweile hat das BAG durch Urteile v. 20.11.2018 – 1 AZR 12/17 und 1 AZR 189/17 geklärt, dass Arbeitgeber zur Ausübung des Grundrechts auf Streik auch „eine kurzzeitige, situative Beeinträchtigung ihres Besitzes hinzunehmen haben. Angesichts der örtlichen Verhältnisse kann die Gewerkschaft nur auf dem Firmenparkplatz vor dem Haupteingang mit den zum Streik aufgerufenen Arbeitnehmern kommunizieren und im Gespräch versuchen, auf Arbeitswillige einzuwirken.“ (BAG Pressemitteilung v. 20.11.2018). ♦





Tarifkoordination öffentlicher Dienst

Von Jens Ahäuser



Nach Jahren tarifpolitischer Zurückhaltung zeichnet sich die Tarifpolitik für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Jahren 2014 bis 2018 durch Abschlüsse oberhalb des „verteilungsneutralen Spielraums“ und damit durch Reallohngeinne aus. Dies geht mit guter wirtschaftlicher Gesamtentwicklung und damit steigenden Steuereinnahmen einher. Dabei ist der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst TVöD nach wie vor „Leitwährung“.

2014 endete die Tarifrunde Bund/Verband der kommunalen Arbeitgeber VKA mit einer Entgelterhöhung von 3 Prozent, mindestens aber um 90 Euro (im zweiten Jahr plus 2,4 Prozent). Dies spiegelt die andauernde Debatte in der Mitgliedschaft über die „richtige“ Forderungsfindung hinsichtlich der stärkeren Anhebung der niedrigeren Entgeltgruppen wider. Außerdem wurde der Anspruch auf Erholungsurlaub (weg vom Lebensaltersprinzip) für alle Beschäftigten auf 30 Tage jährlich angeglichen.

Für den Bereich der hessischen Landesbeschäftigten hat sich die tarifpolitische Situation in den Jahren 2014 bis 2018 nicht verändert. Nach wie vor verweigert die schwarz-grüne Landesregierung den Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder TdL. Durch Tarifabschlüsse, die punktuell positive Abweichungen gegenüber den TdL-Abschlüssen darstellen wird das Land für den Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft – aus seiner Sicht – allerdings nicht belohnt. Im Tarifabschluss 2015 zeigte sich das dadurch, dass wir im zweiten Jahr der Laufzeit einen Mindestbetrag in Höhe von 80 Euro verhandeln konnten (1.3.2015 = + 2,0 Prozent; 1.4.2016 = + 2,4 Prozent, mindestens 80 Euro). Was für Tarifbeschäftigte positiv wirkte, wurde allerdings für die Beamt*innen des Landes und der Kommunen nicht umgesetzt. Breite Proteste resultierten aus der von der Landesregierung verordneten Nullnummer.

2015 fand die zweite Tarifaueinandersetzung für den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes statt. Nach wochenlangen, durch eine breite Beteiligung getragenen Streiks, der Schlichtung, der Ablehnung des Schlichtungsergebnisses durch die Mitgliedschaft und nach weiteren Verhandlungen erzielten wir eine Verbesserung der Eingruppierung im Erziehungs- und handwerklichen Erziehungsdienst. Eine „Entlastung“, wie viele der Beteiligten sich das vorgestellt hatten, und eine Verbesserung für den sozialpädagogischen Bereich konnte noch



entscheidet



nicht erreicht werden. Die Auseinandersetzung offenbarte Probleme bezüglich der Streikwirkung und damit der Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den öffentlichen Arbeitgebern sowie der weit auseinandergehenden Organisationsgrade innerhalb den Trägerschaften von Sozial- und Erziehungseinrichtungen.

Die Bund/VKA-Tarifrunde 2016 wurde durch die Themen Erhalt der Zusatzversorgung und neue Entgeltordnung bestimmt. Trotz massiver Drohungen durch die Arbeitgeber konnten wir verhindern, dass die Leistungen der betrieblichen Altersvorsorge verschlechtert wurden. Durch gleiche Zuzahlungen (0,4 Prozent) von Beschäftigten und Arbeitgebern wurde das bisherige System erhalten und für die nächsten 10 Jahre festgeschrieben.

Die seit der Einführung des TVöD 2005 ausstehende Entgeltordnung für den TVöD-VKA brachte Verbesserungen in verschiedenen Bereichen, insbesondere dahin gehend, dass Neubeschäftigte keine Schleifen über Bewährungsaufstiege drehen müssen, im Gesundheitsbereich, in der Ergänzung durch die Entgeltgruppen 4 und 7 sowie durch verbesserte Eingruppierungen in verschiedenen Tätigkeitsbereichen.

Eine breite tarifpolitische Debatte ergab sich aus dem Tarifergebnis der Tarif- und Besoldungsrunde 2017 mit dem Land Hessen. Das positive Ergebnis, 2,0 Prozent – mindestens 75 Euro 2017 – und 2,2 Prozent für 2018, der zukünftig „stufengleiche Aufstieg“ bei Höhergruppierungen sowie die Einführung eines Landestickets zur kostenfreien Benutzung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs ÖPNV trat durch den Tarifvertrags-Passus zum „Gesichtshüllungsverbot“ in den Hintergrund. In der Folge standen Beschlüsse des Landesbezirksvorstandes und Anträge an den Bundeskongress.

Bei der Tarifrunde Bund/VKA 2018 einigten sich die Vertragsparteien auf wesentliche Änderungen in der Entgelttabelle. Die Werte der ersten Stufe aller Entgeltgruppen wurde abgeschafft und durchschnittlich wurden die Entgelte (wenn auch individuell sehr unterschiedlich) um 7,0 Prozent über eine Laufzeit von 30 Monaten angehoben. Für Auszubildende wurde der Jahresurlaub auf 30 Tage erhöht und vereinbart, dass zukünftig betrieblich-schulische Ausbildungsverhältnisse erstmals tariflich vergütet werden sollen. Für den Bereich des Bundes wurde (wie vorher schon bei den Kommunen) die Entgeltgruppe 9c eingeführt. ♦



entscheidet



Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Von Ute Fritzel

Zu den Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gehört die Herausgabe von Pressemitteilungen in sämtliche Kanäle, das Bestücken des Internets, von Facebook und twitter, die strategische Beratung von ver.di-internen Akteur*innen (Fachbereiche, Bezirke, Gewerkschaftssekretär*innen) in Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, das Vermitteln von Gesprächspartner*innen bei Medienanfragen, Kontaktpflege zu den Medien, die Sommertouren des Landesbezirksleiters, die Betreuung von Streikaktionen, die Kontaktpflege zum Fototeam, das Beantworten von Beschwerdeschreiben an die Gewerkschaft, Kontaktpflege in die Landeshauptstadt, sowie das Durchführen von Pressekonferenzen.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist eine Schnittstelle zwischen ver.di und den Medien. Anfragen von Fernsehsendern, Nachrichtenagenturen, Zeitungen, Zeitschriften, Radiostationen und Internetmedien kommen in der Regel hier an. Es gilt dann, die Anliegen zu klären und herauszufinden, ob in ver.di die richtigen Ansprechpartner*innen gefunden werden können. Dabei ist Transferleistung in beide Richtungen gefragt. Im Berichtszeitraum war das Organisieren von Zeitungs- und Hörfunkinterviews gut möglich. Für Fernsehanstalten wie das ZDF oder die politischen Magazine der ARD konnte von ver.di Hessen keine einzige Interviewanfrage bedient werden. Die aktuelle Berichterstattung bei Streiks funktioniert dagegen gut.

Die Pressestelle verschickt die Pressemeldungen der Fachbereiche auf Landesebene. Sie gehen in der Regel an zirka 500 Adressen. Gut 200 davon sind sämtliche Beschäftigte von ver.di Hessen. Für regionale, lokale oder themenbezogene Anlässe gibt es weitere Verteiler. Die Verteileradressen werden zeitnah gepflegt, auch für die Bezirke, wenn sie es wünschen. Das Versenden der Pressemitteilungen beinhaltet, sie auf der ver.di-Internetseite zu platzieren sowie auf Facebook. Im Internet stellen wir die vollständige Pressemitteilung (ohne redaktionelle Kontaktdaten) zur Verfügung. Für Facebook und twitter gibt es jeweils dem Medium angepasste Formulierungen der Inhalte.

Wenn von Bezirken oder Bezirksfachbereichen gewünscht, berät die Pressestelle sie bei den Pressemeldungen in sämtlichen Produktionsstadien und bei weiteren Angelegenheiten, die die Öffentlichkeitsarbeit betreffen.

Zusammenarbeit erfolgt außer im Landesbezirk Hessen quer durch die Organisation. So sind Landessprecher*innen und Bundespressestelle eng vernetzt, stimmen sich inhaltlich ab und arbeiten bei Bedarf Hand in Hand. Kontakt besteht auch in einige Bundesfachbereiche.

Dies gilt gleichermaßen für das Internet, das technisch zentral von Berlin aus betreut wird. Die Pressestelle bestückt die Landesbezirksseite, die Seiten für einige Landesfachbereiche, Gruppen und Bezirke. Auf Facebook gibt es eine Seite und eine Gruppe ver.di Hessen, die von der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit administriert werden.

Die Seite gibt in lockerer, knapper Sprache sehr aktuelle Informationen der Aktivitäten von ver.di Hessen, in der Gruppe darf jede*r Inhalte in die timeline posten, hier ist Austausch angesagt. Twitter ist etwas persönlicher angelegt, hier schreibt die Pressesprecherin zu ver.di-Themen. Die Pressestelle ist Kontaktperson für das Fototeam. Sie plant, organisiert und betreut die Sommertouren des Landesbezirksleiters durch die Betriebe im Organisationsbereich von ver.di Hessen.

Das Beantworten von Beschwerdebriefen, etwa bei Streiks und organisationspolitischen Konflikten erfolgt häufig in der Pressestelle. Seit 2018 betreut die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Hessenseite der Mitgliederzeitschrift publik redaktionell. Dies beinhaltet Planung, Recherche und Schreiben der Texte.

Im Sommer 2017 hatte ein studentischer Praktikant drei Monate lang Gelegenheit, die Arbeit einer gewerkschaftlichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeitsabteilung bei ver.di Hessen kennenzulernen. ♦



Hessenseite publik

Von Renate Bastian

16 Jahre Hessenseite - alte und neue Aufgaben

Die Gründung von ver.di im Frühjahr 2001 war ein Akt der Vernunft. Kompetenzen und Kräfte von Einzelgewerkschaften sollten gebündelt, neue Antworten auf Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft gefunden werden. Vom Druckbetrieb bis zum Einzelhandel, von Studierenden bis zu Künstler*innen, von der Angestellten im öffentlichen Dienst bis zum Bäcker reichte die Spanne. Und ebenso unterschiedlich waren die gewerkschaftlichen Kulturen. Da brodelten dann häufig die Gefühle.

Als Medium, um sich besser kennenzulernen, Standorte und Beweggründe zu verstehen, wurde ein Jahr später auf Landesebene die Hessenseite in ver.di publik geschaffen. Betriebsreportagen und Berichte von Aktionen, von guten Ideen nahmen einen großen Raum ein. Unvergesslich der Besuch in der Nachtschicht bei der Internationalen Niederlassung Post am Frankfurter Flughafen. Der Vorsitzende der Vertrauensleute empfängt an der Sicherheitskontrolle, beschreibt die Betriebsabläufe, führt an Arbeitsplätze und zu einer kleinen Feier in der „Mittagspause“ so gegen 23 Uhr. In diesem ganz eigenen nächtlichen Milieu kennt er jede Arbeitsfuge, weiß um jedes Problem, sinnt auf Abhilfe, berät sich mit den Kolleg*innen, mit der Gewerkschaft und dem Betriebsrat.

Ein anderes Mal: Gespräch mit einem Betriebsrat und Vertrauensmann am Höchster Klinikum. Wie umgehen mit Arbeitskämpfen in diesem Bereich? Dann wieder bei den Fernfahrern – wie können sich diese „Asphaltcowboys“ vernetzen? Vertrauensfrauen im öffentlichen Dienst in Kassel – wie behaupten sie sich gegenüber dem Arbeitgeber und nicht selten auch gegenüber dem Kollegen? Aus Osthessen kommt ein energischer Vorstoß zu den Organisationswahlen. Und immer wieder Wiesbaden mit Streiks und Demonstrationen, wenn es zum Beispiel gegen die „Aktion düstere Zukunft“ geht, wie die Angestellten und Beamt*innen die Sparpläne der Landesregierung nennen. In den letzten Jahren wird wie im Gesundheitswesen und der Erziehung verstärkt Respekt vor der Arbeitsleistung eingefordert – in der Bezahlung und in den Arbeitsbedingungen.

Das Herz der Gewerkschaft schlägt im Betrieb, an den Arbeitsplätzen. Wer „draußen“, im gesellschaftlichen Alltag, spricht darüber? Wann wird ernst genommen, welchen Stress eine Kassiererin hat? Wie sich Sonntags- oder Schichtarbeit auswirken? Warum Arbeitszeitverkürzung eine gesellschaftliche Aufgabe ist? Tarifflicht – hat das was mit Grenzen zu tun? Dies sind Themen vorwiegend in den Nischen von Studien oder nächtlichen Reportagen in Fernsehen und im Radio. Auch das ist Aufgabe einer gewerkschaftlichen Zeitung, nämlich Gegenöffentlichkeit



entscheidet

herzustellen gegen die Verniedlichungen und Herabsetzungen der Themen aus der Arbeitswelt. Eine Welt, über die geschwiegen wird, obwohl sie das Leben der Mehrheit bestimmt. Eine Welt, die erfordert, dass man sich laut vernehmlich macht, mit Streiks und Demonstrationen auf die Straße geht, Verbesserungen erkämpft und nicht stehen bleibt. Und so kann sich aus Gegenöffentlichkeit Gegenmacht entwickeln. Dies zu verdeutlichen, ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Medien. Es mitzuerleben und darüber zu schreiben, ist prägend für eine gewerkschaftliche Journalistin.

Die Hessenseite schafft durch Information auch Solidarität innerhalb der Organisation. In der vergangenen Zeitspanne haben sich die Formen der Kommunikation sehr verändert. Eine Zeitung wird fast zu Old School, ist langsam, verlangt Konzentration. Gar nicht lange nachdenken, mit wenigen Buchstaben zwitschern, was einem so durch den Kopf schwirrt – diesem Trend kann man sich kaum entziehen. Kann eine ver.di-Hessenseite da noch aktuell sein? Schnelle Informationen und kurze Hinweise sind unerlässlich, um im medialen Mainstream nicht unterzugehen; sie haben zudem einen großen Verbreitungsgrad. Auch ver.di Hessen informiert online. Die Schnelligkeit kann aber die Recherche oder die differenzierte Argumentation nicht immer wettmachen.

Gewerkschaftliche Forderungen und Aktionen brauchen nach wie vor gründliche Informationen. Und gewinnen als Gegenöffentlichkeit heute neue Bedeutung. Die Hessenseite als Teil der ver.di-Zeitung publik greift sie auf und mobilisiert auch aktuell zu eigenen Aktivitäten und Solidarität. Zudem markiert sie die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen.

Immer mal wieder innehalten, sich zurücklehnen und nachdenken, auch kontrovers debattieren, neu formulieren und weiterkämpfen – mit der Hessenseite publik konnte ich das rund 15 Jahre üben. Seit Januar 2018 wird sie von Ute Fritzel mit eigenen Akzenten erstellt. In der Bildinformation bietet das hessische Foto-team nach wie vor große Unterstützung. Ich selbst möchte mich herzlich für die solidarische Zusammenarbeit bedanken. ♦



entscheidet

Frauen- und Gleichstellungspolitik

Von Juliane Elpelt

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben ist für die Frauen- und Gleichstellungspolitik in ver.di ein wichtiger Punkt, den wir weiter vorantreiben möchten. Denn ob es um Frauen in Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung oder um die Zahl der Frauen in den Parlamenten geht: Frauen sind in verschiedenen gesellschaftlichen, betrieblichen und politischen Positionen immer noch deutlich unterrepräsentiert. Das zeigt der 3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland des Bundesministeriums für Familie, Senior*innen, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2017. Er gibt ein umfassendes Bild über regionale Unterschiede in der Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau.

Die Bedeutung von frauenpolitischen und geschlechtergerechten Themen wird nicht nur in ver.di immer wichtiger. Antifeministische Strömungen in der Politik gibt es inzwischen nicht nur durch eine Partei wie die AfD in Deutschland, sondern sie ziehen europaweit ihre Kreise. Wir stehen im Jahr 2019 vor der großen Herausforderung, gleichzeitig weiter an der Gleichstellung der Geschlechter arbeiten und für sie kämpfen zu müssen und darüber hinaus bereits erworbene Rechte wieder verteidigen zu müssen. Die antifeministischen Ziele der Partei AfD sind erschreckend: die Abschaffung von Gender Studien, finanzielle Kürzungen für Alleinerziehende mit dem Ziel, wieder stärker zum traditionellen Familienbild zurückzukehren, sind nur einige davon. Inzwischen ist die AfD in jedem Landesparlament und im Bundestag vertreten. Das Frauenbild der AfD ist als Bedrohung für Frauenrechte in Deutschland zu verstehen. Dem werden wir entschieden entgegenzutreten. Mit diesem und weiteren Themen hat sich die Frauen- und Gleichstellungspolitik in den letzten vier Jahren intensiv auseinandergesetzt.

Die ver.di-Frauen Hessen haben sich an Solidaritätsaktionen mit den angeklagten Ärzt*innen gegen den §219a StGB (Werbung für Schwangerschaftsabbruch) beteiligt und das Thema intensiv diskutiert. Ärzt*innen, die über Schwangerschaftsabbrüche informieren, werden durch den § 219a StGB kriminalisiert, weil sie angeblich Werbung betreiben. Diese Situation verurteilen wir ver.di Frauen scharf. Das Recht der Frauen, eine selbstbestimmte Entscheidung über ihren Körper zu treffen, wird dadurch massiv beschnitten.

Am internationalen Frauentag und am Equal Pay Day beteiligten sich ver.di Frauen in ganz Hessen an Aktionen. So wurde die strukturelle Benachteiligung bei der Entlohnung von Frauen skandalisiert und sichtbar gemacht, es wurden aber auch die Erfolge gefeiert.

Frauen sind immer noch überproportional von Altersarmut betroffen. Sie bekommen nach dem Gender Pension Gap nur knapp die Hälfte dessen, was Männer an Alterszuwendungen erhalten. Als gewerkschaftspolitisches (Frauen-) Thema wird uns die niedrige Rente von Frauen in den nächsten Jahren weiter beschäftigen. Wir kämpfen für ein deutlich höheres Rentenniveau der Frauen. Auch die (unentgeltliche) Sorgearbeit wird immer noch hauptsächlich von Frauen übernommen. Das muss sich ändern!

Eine ständige Herausforderung ist der Kampf für gute Arbeit und die Beseitigung prekärer Arbeitsverhältnisse sowie des Niedriglohns: drei Viertel der Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich sind von Frauen besetzt, viele haben nur einen Mini-Job. Um gegen Altersarmut zu steuern und um sie zu verhindern, muss die Arbeitsmarktpolitik stärker auf ökonomische und soziale Eigenständigkeit von Frauen ausgerichtet werden. Vorschläge dazu gibt es und Geld ist genug da, es muss nur besser verteilt werden. Daher fordern die ver.di-Frauen einen Kurswechsel der Regierungen in Land und Bund. Wir brauchen Investitionen in einen sozial-ökonomischen Umbau, ein faires Teilen!

In den vergangenen Jahren haben sich die ver.di-Frauen für die Einführung eines Entgelttransparenzgesetzes stark gemacht. Inzwischen ist es möglich, Löhne und Gehälter in Betrieben und Dienststellen offenlegen zu lassen. Die Entgeltlücke liegt bei konstant 22 Prozent. Was die Politik als Lösungsansätze bietet, reicht bei Weitem nicht aus. Die Einführung der Brückenteilzeit hat noch viele Schwächen, da durch die Einschränkungen (gilt erst ab 45 Beschäftigten etc.) nur ein Drittel der berufstätigen Frauen überhaupt davon profitieren könnten.



Die Zusammenarbeit mit den hessischen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten FuG ist ein weiterer Baustein unserer Arbeit. Regelmäßige Netzwerktreffen und ein vertrauensvoller Austausch gehören dazu. Bildungsangebote für FuG organisiert von ver.di b+b ergänzen das Angebot. In Zukunft möchten wir die Arbeit durch die Unterstützung von Frauenversammlungen in Betrieb/Dienststelle vor Ort stärken und als Ansprechpartnerin von ver.di präsent sein.

Wir haben uns mit der Nachwuchsentwicklung der Frauenpolitik in ver.di auseinandergesetzt. Im Rahmen eines Dialogprozesses haben sich bundesweit Frauen getroffen und an Lösungsansätzen gearbeitet. In Hessen haben wir mit einem Perspektivangebot ein Seminar für junge Frauen organisiert, in dem mit rhetorischem Training junge Kolleginnen in ihrer betrieblichen und gewerkschaftspolitischen Arbeit unterstützt wurden.

Nicht zuletzt hat uns auch die Neuorientierung der Fachbereiche in ver.di beschäftigt. Für uns ist die Zukunft der Frauen- und Gleichstellungspolitik in der Organisation von großer Bedeutung. Die Strukturen und Themen miteinander zu bringen ist für uns selbstverständlich. Frauenpolitik ist Gewerkschaftspolitik.

Diese Themen haben die Kolleginnen des ver.di-Landesfrauenrates in den letzten vier Jahren begleitet:

- Lebenslauforientierte Arbeitszeitgestaltung (kurze Vollzeit),
- Brückenteilzeitgesetz,
- Entgelttransparenzgesetz,
- junge Frauen in ver.di,
- Aufwertung von sogenannten Frauenberufen,
- das Frauenbild der AfD. ♦

Landesvertrauensleuteausschuss LVLA

Von Angelika Kappe

Im Landesvertrauensleuteausschuss sind leider nicht alle Fachbereiche vertreten. In Süd- und Mittelhessen, in Frankfurt und in MainKinzig-Osthessen gibt es bezirkliche Vertrauensleuteausschüsse bzw. andere gewerkschaftliche Strukturen, in denen fachbereichsübergreifende VL-Arbeit diskutiert, organisiert und gelebt wird.

Bestimmende Inhalte sind die Vernetzung zwischen den Fachbereichen, um gegenseitige Unterstützung zu gestalten und voneinander zu lernen. Die Arbeitsschwerpunkte ergeben sich aus den vielfältigen Anforderungen gewerkschaftlicher Praxis in Betrieben und Dienststellen sowie den Themen, die in die Gesamtorganisation hineingetragen werden. Die Tarifarbeit in den einzelnen Fachbereichen hat eine besondere Bedeutung, da die Auseinandersetzungen damit zu einem besseren Verständnis der vielfältigen Forderungen führen, die in ver.di erarbeitet und erhoben werden.

Mit einer zweitägigen Landesvertrauensleutekonferenz im März 2017 wurden die betriebliche Arbeit und die Vernetzung gestärkt. Zudem wurden die VL-Wahlen und die Aktionswochen vorbereitet sowie die fachbereichsübergreifende Arbeit gefördert.

Die Landesvertrauensleutekonferenz befasste sich in Arbeitsgruppen mit den Themen:

- Planung, Durchführung und Evaluation der Aktionswochen,
- Rolle und Aufgabe der VL während Tarifrunden,
- Vorbereitung der VL-Wahlen,
- aktuelle Themen/Probleme in den Bezirken, Betrieben und Dienststellen/fachbereichsübergreifende VL-Arbeit in den Bezirken.

Wie schon im vorigen Berichtszeitraum musste sich der LVLA wieder mit einer Neufassung der VL-Richtlinie beschäftigen, die neue Richtlinie wurde am 9./10. März 2015 im Gewerkschaftsrat beschlossen. Das hessische VL-Handbuch wurde überarbeitet und neu aufgelegt. Die 15 Thesen zur betrieblichen Gewerkschaftsarbeit hat der LVLA überarbeitet und beschlossen.

Die Mitarbeit im Bundesvertrauensleuteausschuss unterstützt die systematische Förderung der Vertrauensleutearbeit im Landesbezirk Hessen. Der Erfahrungsaustausch mit Beispielen aus der betrieblichen VL-Arbeit (best practice) ist fester Bestandteil der LVLA-Sitzungen. ♦



Sozialpolitik - Selbstverwaltung

Von Angelika Kappe

Die Selbstverwaltung ist Teil der Mitbestimmung. Sie ist Ausdruck der Verantwortung, die Beschäftigte und Arbeitgeber als Sozialpartner in Deutschland übernehmen, um die Sozialversicherung zu gestalten. Gewerkschaften sind historisch und gesetzlich die Vertreter der Interessen der Versicherten. Die Selbstverwaltung in den vier Säulen – Renten-, Arbeitslosen-, Unfall- und Krankenversicherung – ist Garant für den Sozialstaat, der eine gute Gesetzgebung und eine gute Selbstverwaltung braucht.

Bei den Sozialwahlen 2017 wurde die Bedeutung der gewählten ver.di-Mitglieder in den Selbstverwaltungen gestärkt. Nach langen Verhandlungen mit den Einzelgewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund DGB, dem Sozialverband VdK und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) wurden Friedenswahlen bei der AOK Hessen, dem DRV Hessen und der Unfallkasse Hessen möglich.

Viele Ehrenamtliche ver.di-Kolleg*innen engagieren sich als Selbstverwalter*innen in allen vier Säulen in den Vorständen, Vertreterversammlungen sowie in Ausschüssen. Sie setzen sich aktiv für die Interessen der Versicherten ein und werden von der hessischen Landesbezirksleitung unterstützt. In der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Hessen hat Kollege Jürgen Bothner als Mitglied der Vertreterversammlung den Vorsitz im Haushalts- und Finanzausschuss übernommen, Kollegin Cornelia Kröll ist Vorstandsvorsitzende der Unfallkasse Hessen und Kollegin Angelika Kappe Mitglied in der Vertreterversammlung und Vorsitzende des Grundsatzausschusses der AOK Hessen.

Ein erster Austausch der gewählten hessischen Vertreter*innen fand im November 2017 statt. Der dort geäußerte Wunsch nach regelmäßigem Austausch wurde aufgegriffen. So wurden zunächst die Versichertenältesten beziehungsweise Versichertenberater*innen und die Mitglieder in Widerspruchsausschüssen zu einem weiteren Treffen im Oktober 2018 eingeladen.

Informationen über neue Entwicklungen in den Sozialversicherungszweigen werden von der ver.di-Bundesverwaltung, Ressort 05, über den digitalen Newsletter sopojetzt angeboten ebenso wie regelmäßige Qualifizierungen.

Die Geschichte der sozialen Selbstverwaltung zeigt uns, dass die Stellung der Gewerkschaften gestärkt werden muss, damit die Interessen der Versicherten gewahrt bleiben. ♦





Landesarbeitskreis Behindertenpolitik

Von Monika Pauly

Der im Jahr 2012 gegründete Landesarbeitskreis LAK Behindertenpolitik wurde 2016 neu konstituiert und es fanden aktive und interessierte Kolleg*innen zusammen, teils durch Benennung von Bezirken oder Fachbereichen. Das entspricht nicht dem in der Richtlinie formulierten Anspruch, wonach auf Landesbezirksebene die Leitungen der bezirklichen Arbeitskreise zusammenkommen. Der LAK versteht sich längerfristig nicht als Ansprechpartner für betriebliche Probleme, sondern hier sollen Forderungen an die Politik und für die Gewerkschaftsarbeit der Schwerbehindertenvertretungen erhoben werden.

Lediglich im ehemaligen Bezirk Hanau gibt es seit ver.di-Gründung einen engagierten Arbeitskreis.

Im Berichtszeitraum gelang die Gründung von Arbeitskreisen in Frankfurt und Region sowie in Südhessen. In diesen Arbeitskreisen werden betriebliche Themen behandelt und es besteht reger Austausch der Kolleg*innen auch außerhalb der Sitzungen. In den anderen Bezirken fehlt noch immer die direkte Anbindung, allerdings gibt es Bewegung in Wiesbaden, hier steht die Gründung eines Arbeitskreises unmittelbar bevor.

In der Regel finden zwei Sitzungen jährlich statt, in denen über die Schwerpunkte des Bundesarbeitskreises informiert wird und unsere politischen oder gewerkschaftspolitischen Themen diskutiert werden. Hier wurde beispielsweise für die Anhörung zum Recht der Schwerbehindertenvertretung bei Kündigungen intensiv gearbeitet. Es erfolgt auch ein ständiger Austausch mit dem Arbeitsbereich Schwerbehinderte beim DGB Hessen-Thüringen. Ein Mitglied des LAK ist zudem vom DGB benanntes Mitglied für Arbeitnehmer*innen im beratenden Ausschuss des Integrationsamtes Hessen.

Die 2018 durchgeführten Wahlen zur Schwerbehindertenvertretung waren ebenso Thema wie die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes in Hessen. ♦



Lohnsteuerservice

Von Luthfa Jungmann

Im Jahr 2018 feierte der Lohnsteuerservice in ver.di sein 50-jähriges Jubiläum. Übernommen aus der Gründungsorganisation Deutsche Postgewerkschaft findet der Lohnsteuerservice in ver.di seine erfolgreiche Fortsetzung.

Der Lohnsteuerservice ist ein fester Bestandteil der Mitgliedergewinnung und -haltung innerhalb des ver.di-Mitgliederservices im Landesbezirk Hessen. Rund 150 gut geschulte ehrenamtliche Lohnsteuerbeauftragte betreuen tagtäglich die Mitglieder der 13 Fachbereiche in den Bezirksgeschäftsstellen.

Die geänderte Lohnsteuerrichtlinie und die Ausführungsbestimmung des ver.di-Bundesvorstandes ermöglichen uns, zur Unterstützung fachlicher Aufgaben Bezirksbeauftragte hinzuzuziehen. Seit 2016 sind in jedem ver.di-Bezirk Kolleg*innen als ehrenamtliche Bezirksbeauftragte und auf der Landesebene ein Landesbezirksbeauftragter benannt. Die organisatorische Unterstützung erhalten sie nach wie vor durch den Landesbezirk.

Die Beratungen sind in den letzten vier Jahren kontinuierlich angestiegen und die erreichten Erstattungssummen ebenso. Die Lohnsteuerbeauftragten werden jährlich im Steuerrecht geschult. Dafür veranstalten wir immer am Anfang eines Jahres eine zweieinhalb-tägige Fortbildung in unserer Bildungsstätte in Gladenbach. Für die neu hinzugekommenen Lohnsteuerbeauftragten werden jährlich Grundlehrgänge angeboten, in der Anfangsphase erhalten sie aktive Unterstützung durch Patenschaften aus dem Kreis der ehrenamtlichen Lohnsteuerbeauftragten.

Wir danken allen Kolleg*innen im ver.di-Lohnsteuerservice Hessen für die hervorragende Arbeit und für die erfolgreichen Beratungen in den letzten Jahren! ♦

Die Statistik stellt den Beratungsumfang der letzten vier Jahre 2015–2018 dar; Er umfasst den Zeitraum vom 1.9. eines Jahres bis zum 31.8. des Folgejahres.

	2015	2016	2017	2018
FACHBEREICH	BERATUNGEN	BERATUNGEN	BERATUNGEN	BERATUNGEN
FB 1	336	279	283	267
FB 2	282	295	269	307
FB 3	924	911	1034	1113
FB 4	92	86	81	82
FB 5	137	125	156	135
FB 6	161	172	202	187
FB 7	753	746	858	900
FB 8	309	268	293	256
FB 9	542	446	464	440
FB 10	1666	1590	1685	1550
FB 11	819	821	955	889
FB 12	638	655	650	754
FB 13	386	468	466	443
Beratungen in ver.di-Geschäftsstellen	4.680	4.663	5.826	5.766
Beratungen mündlich	481	1.092	959	1.010
GESAMTZAHL DER BERATUNGEN	8.486	7.899	8.271	8.333
Summe der Erstattungen	4.984.242,00 €	5.041.096,00 €	5.822.571,00 €	5.576.765,00 €
Zahl der Lohnsteuerbeauftragten	159	148	128	133





2

ver di
ES WERT.
Angestellten der Stadt Schwalbach

WIR
SIND ES
WERT. ver di

SOZIAL- UND ERZIEHUNGSBEREICH
RICHTIG
GUT ✓
AUFWERTEN
JETZT!
ver di

SOZIAL- UND ERZIEHUNGSBEREICH
RICHTIG
GUT ✓
AUFWERTEN
JETZT!
ver di

SOZIAL- UND ERZIEHUNGSBEREICH
RICHTIG
GUT ✓
AUFWERTEN
JETZT!
ver di

ZWEI | Bezirke



entscheidet

Bezirk Nordhessen

Von Axel Gerland

Allgemeines

Der Bezirksvorstand führt regelmäßige Sitzungen durch. Ein fester Bestandteil der Arbeit des Bezirksvorstandes ist es, den Erfahrungsaustausch zwischen unseren Fachbereichen, Personengruppen und Ortsvereinen zu organisieren. Hierzu gehören auch die Berichterstattungen aus übergeordneten Gremien wie dem Landesbezirksvorstand und dem Gewerkschaftsrat.

Die Anzahl der Jubilare ist derzeit leicht rückläufig. Insgesamt finden jährlich derzeit vier Jubilarehrungen statt. In Kassel für Stadt und Landkreis Kassel, und jeweils eine in den Landkreisen Werra-Meißner, Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg.

Die Zusendung der Urkunden mit dem Hinweis auf die Einladung zur Jubilarehrung erfolgt mittlerweile in dem Monat des Jubiläums. Dadurch konnten die Beschwerden und Nachfragen auf fast null reduziert werden.

Bündnis gegen Rechts in Kassel

Als Ableger der Pegida gründete sich in Kassel im Jahr 2014 mit Unterstützung der AfD ein Kagida-Bündnis. Kagida stand für „Kasseler gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Dieses Bündnis hatte jeden Montag zu einer Kundgebung aufgerufen. Mit Unterstützung der Kasseler DGB-Gewerkschaften hat sich daraufhin ein Bündnis gegen Rechts in Kassel gegründet, welches sehr frühzeitig immer dann Gegendemonstrationen organisierte, wenn Kagida aufrief. Mit mehreren Veranstaltungen haben wir es geschafft, dass die von der Kagida erträumte große Bewegung in Kassel ausblieb. Wir haben dann selbst am 2. März 2015 auf einer Abschlusskundgebung die Kagida in Kassel für beendet erklärt, wie es dann auch tatsächlich kam. Kagida ist Geschichte und dazu haben wir als Gewerkschaften und ver.di wesentlich beigetragen.

Konzeption der ver.di-Jugend Hessen/Nordhessen

In zwei Bezirksvorstandssitzungen am 17. September 2015 und am 23. Februar 2017 hat sich der Bezirksvorstand intensiv mit der Konzeption der Jugendarbeit in Hessen und insbesondere in Nordhessen beschäftigt. Dabei hat die ver.di-Jugend in Nordhessen das 3-Stufen-Modell zur dreimaligen Ansprache von Jugendlichen in ausgewählten Betrieben vorgestellt und die Kriterien für die Auswahl von Schwerpunktbetrieben und deren Benennung mit dem Bezirksvorstand diskutiert. Die ver.di-Jugend leistet in Nordhessen eine überaus engagierte Arbeit, die besonders bei den Warnstreiks im öffentlichen Dienst positiv auffällt.

Kampagne „Rente muss reichen“

Im Rahmen der DGB-Kampagne „Rente muss reichen“ fand in Kassel am 25. August 2017 eine Großdemonstration statt. Dort sprachen der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Bsirske und die stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende Annelie Buntenbach. Mit Stolz einerseits, aber auch Nachdenklichkeit andererseits konnten wir feststellen, dass wir die Einzigen bundesweit waren, die eine solche Großdemonstration mit zirka 3.000 Teilnehmern auf die Beine stellen konnten. Letztendlich war die Kampagne dadurch erfolgreich, dass auch im aktuellen Koalitionsvertrag das Thema „Sicherung des Rentenniveaus“ Berücksichtigung fand.

Arbeit 4.0

Die immer weiter fortschreitende Digitalisierung in der Arbeitswelt haben wir mehrmals mit Hilfe von Professor Dr. Wolfgang Schröder von der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt bei der Universität Kassel beleuchtet. In Veranstaltungen auf dem Gelände der Universität Kassel tauschten wir uns aus zu Themen der Digitalisierung der Arbeitswelt sowohl im industriellen Bereich als auch im Dienstleistungsbereich. Als Höhepunkt veranstalteten wir eine Betriebs- und Personalrätekonferenz mit zahlreichen Wissenschaftlern aus der gesamten Republik. Dort wurden unter anderem mögliche Hilfestellungen für die betriebliche Ebene besprochen. In der Folge hat der ver.di-Bezirksvorstand Nordhessen eine gemeinsame Veranstaltung mit den Fachbereichsvorständen für die Zielgruppe Betriebs- und Personalräte durchgeführt.



Kulturwecker der ver.di Nordhessen

Wie auch in den vergangenen Legislaturperioden führt der ver.di-Bezirk Nordhessen eine jährliche kulturelle Veranstaltung durch. Die früher sogenannte Matinee haben wir zwischenzeitlich in „Kulturwecker“ umbenannt. Unter der Federführung des Kabarettisten Bernd Giesecking führen wir jährlich eine mit Kabarett, Musik und Vorträgen gespickte Kulturveranstaltung im Gloria-Kino durch.

Diese Veranstaltung wird von ver.di Nordhessen finanziert und ist für ver.di-Mitglieder kostenfrei. Alljährlich rufen wir die Besucher jedoch auf, für eine soziale Einrichtung zu spenden. So konnten wir in den letzten Jahren das Malala-Mädchenhaus und das Kinderhospiz in Kassel finanziell unterstützen. ♦



Bezirk Mittelhessen

Von Susanne Pitzer-Schild

Sonntagsöffnungen

Im Jahr 2014 fand in Gießen die Landesgartenschau statt. Zu diesem Anlass hatten die Einzelhändler die Idee, an allen Sonntagen während der Landesgartenschau ihr Geschäfte zu öffnen. Durch öffentlichen Druck konnte dies verhindert werden. Gemeinsam mit den Kirchen gründeten wir eine Allianz für den freien Sonntag. 2015 klagten wir dann mit Erfolg gerichtlich gegen eine Sonntagsöffnung. Damit war eine der Sonntagsöffnungen vom Tisch und den Verantwortlichen in den Städten Marburg, Gießen und Wetzlar war klar, dass sie an der Allianz nicht mehr vorbei kommen.

Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst: größte Demonstration aller Zeiten in Gießen

Ein großer Kraftakt war für uns die Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst. Ununterbrochen 4 Wochen streikten zirka 900 Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen in Mittelhessen. Sogar die SPD-Spitze mit Manuela Schwesig und Sigmar Gabriel wagte sich in Dutenhofen ins „Abenteuerland“ und erklärte, sich für die Aufwertung dieser Berufe einzusetzen.

Mit der Überschrift „Zeichen aus Gießen an ganz Hessen“, betitelte der Gießener Anzeiger am 20. Mai 2015 die Kundgebung am Tag zuvor. Am 19. Mai 2015 erlebte Gießen eine der größten Kundgebungen und Demonstrationen. 8.500 streikende Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen aus ganz Hessen kamen auf dem Brandplatz zusammen, um gemeinsam mit dem ver.di-Bundesvorsitzenden Frank Bsirske für ihre Forderungen nach Wertschätzung ihrer Arbeit und für mehr Geld zu streiten. Unterstützt wurden die Beschäftigten sehr oft auch von den Eltern in den Kitas und Familienzentren.

Mittelhessen bleibt bunt

Unter diesem Thema haben wir uns immer wieder mit Rechtsradikalismus und der immer stärker werdenden AfD beschäftigt. Eingeladen hatten wir zu diesem Thema den Referenten Sascha Schmidt vom DGB zu einem Vortrag

über die Strukturen der AfD. In Buchenau und Gladenbach waren wir bei den Gegenveranstaltungen dabei, als dort Frauke Petry aufgetreten ist.

Rente

Das Thema Rente begleitet uns schon, seitdem die schwarz-rote Bundesregierung die demografische Entwicklung als Vorwand benutzte, das Renteneinstiegsalter auf 67 Jahre heraufzusetzen.

Wir haben zum Thema eine wissenschaftliche Studie der Abteilung Arbeits- und Organisationspsychologie der Justus-Liebig-Universität unterstützt. Sie weist nach, dass die Erhöhung des Renteneintrittsalters weder den Wünschen unserer Mitglieder entspricht noch die Begründung Demografie stichhaltig ist. Vielmehr gründet die Anhebung im Wunsch der Arbeitgeber und ihrer Verbände, den Beitragssatz für die Rentenversicherung stabil zu halten.

Demnach handelt es sich bei der Rente mit 67 im Prinzip um ein Rentenkürzungspaket, denn jeder der früher in Rente geht, muss erhebliche Abschläge in Kauf nehmen.

Damit einhergehend haben wir uns auch mit dem Thema Altersarmut beschäftigt und im Rahmen der Kampagnenwochen mit Seminaren und Abendveranstaltungen auf das immer größer werdende Problem der Altersarmut hingewiesen. Darüber hinaus haben wir die Wanderausstellung des Fototeams Hessen „Altersarmut“ nach Gießen geholt. Die Plakate dokumentieren in eindrücklicher Form die realen Auswirkungen von Altersarmut. Wir zeigen sie auch in Betrieben, bei Betriebs- oder Personalversammlungen. Dieses Angebot wurde gut angenommen; so war die Ausstellung schon bei den Stadtwerken in Marburg und Gießen, beim Landkreis Gießen, beim UKGM in Marburg, bei der AWO und sie wurde auf der 1.-Mai-Veranstaltung gezeigt.

Jubilar*innen

In jedem Jahr werden die Jubilar*innen in Mittelhessen würdig geehrt. ♦

Bezirk MainKinzig-Osthessen

Von Berthold Leinweber

Allgemeines

Der Bezirk blickt auf arbeitsintensive Jahre zurück. Nur durch die fachbereichsübergreifende Einsatzbereitschaft und die Mithilfe der Mitglieder, Vertrauensleute sowie Betriebs- und Personalräte konnten die Aufgaben bewältigt werden.

Neben den Tarifaueinandersetzungen haben sich die Bezirksvorstände mit folgenden Themen beschäftigt:

Mindestlohn, Aktionswochen, Rente, Betriebsrats- und Personalratswahlen, Jugendauszubildenden-Vertretungs- und Schwerbehindertenvertretungs-Wahlen (JAV und SBV), Bündnis gegen Altersarmut, Allianz für den freien Sonntag, Zusammenlegung der Fachbereiche in ver.di, Projekt „Perspektive - ver.di wächst!“.

Unsere langjährigen Mitglieder ehren wir jedes Jahr in einer Jubilarfeier in Hünfeld und Hanau.

Fusion der Bezirke Osthessen und Hanau

Die Zusammenlegung der Bezirke Osthessen und Hanau hat beide Bezirksvorstände, die Fachbereiche und Personengruppen in den Bezirken über fast zwei Jahre beschäftigt. Wir haben lange und intensiv darüber diskutiert, bevor die Gremien die Fusion der beiden Bezirke beschlossen haben.

Die ehrenamtlichen Kolleg*innen wollen Ressourcen noch effizienter einsetzen und die Betreuung in der Fläche sichern. Besonders wichtig war deshalb der Beschluss, die Standorte Fulda, Hanau und Bad Hersfeld zu erhalten. Daraufhin entschieden beide Bezirksvorstände, die Bezirke Osthessen und Hanau zusammenzuschließen.

Die Fusion fand zum 1. Januar 2018 statt. Der neue Name lautet „MainKinzig-Osthessen“. Sitz des Bezirks ist Fulda.

Forderung nach Tarifvertrag bei Amazon

Seit April 2013 befindet sich ver.di im Arbeitskampf mit Amazon in Bad Hersfeld und fordert, den Tarifvertrag für den Einzel- und Versandhandel anzuerkennen. Die Kolleg*innen streiken regelmäßig für dieses Ziel. Es ist ein langer und harter Kampf, in dem wir schon einiges erreicht haben. So gab es Gehaltserhöhungen und auch Weihnachtsgeld – aber alles ohne Tarifvertrag. Die Kolleg*innen werden so lange kämpfen, bis sie den Tarifvertrag durchgesetzt haben.

Bündnis gegen Altersarmut - für eine Rente, die zum Leben reicht!

Im September 2012 wurde das Bündnis gegen Altersarmut in Osthessen gegründet. Das Bündnis beauftragte Prof. Unger von der Hochschule Fulda, eine Studie zur Altersarmut in den Landkreisen Fulda, Bad Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg und Main-Kinzig zu erstellen. Die Studie wurde im Februar 2016 bei einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Seither fanden mehrere Diskussionsveranstaltungen mit Politiker*innen zu diesem Thema statt. Die Studie zeigt auf, dass der ländliche Raum besonders betroffen ist und das Risiko Altersarmut vor allem für Frauen hoch ist. Rente und Altersarmut sind in ver.di auch künftig ein wichtiges Thema und wir werden uns weiterhin im Bündnis engagieren. ♦



Bezirk Frankfurt am Main und Region

Von Tanja Hauch, Tiny Hobbs, Rosi Haus und Alexander Klein

Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen

Große Tarifrunden haben wir mit guten Erfolgen auf die Beine gestellt: eindrucksvolle und erfolgreiche Streiks der Wach- und Sicherheitskräfte, 20.000 Streikende beim mehrwöchigen Streik für Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes 2015 auf dem Römerberg und vor der Paulskirche, der massive mehrwöchige Streik der Postbeschäftigten für gute Beschäftigungsbedingungen und gegen die Spaltung des Unternehmens. Erfolgreich waren wir bei Tarifverbesserungen, Streiks und Aktionen insbesondere im öffentlichen Dienst, im Nahverkehr, in der Bewachung, im Handel, bei der Telekom, bei der Post, bei Speditionen, bei Medien, bei Banken, in der Aviation, in der Papier- und Pappe-Industrie.

Ein Highlight ist jedes Jahr der 1. Mai. Hier ist es uns gelungen, in Frankfurt als eigener ver.di-Block im Demozug sowie bei den Infoständen auf dem Römerberg in Frankfurt und auf dem Wilhelmsplatz in Offenbach in Erscheinung zu treten. Da ist es spürbar, dass wir mit unseren zirka 62.000 ver.di-Mitgliedern einer der größten ver.di-Bezirke in der Republik sind.

Steuergerechtigkeit, Mindestlohn, Erhalt der kommunalen Handlungsfähigkeit, Abbau sachgrundloser Befristungen, Sicherung von Arbeitsverhältnissen, Gerechtigkeit und Stabilisierung demokratischer Grundsätze sind die Werte, für die wir uns besonders engagiert haben. Bei den Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt und Offenbach haben wir unsere Anforderungen an die Kandidat*innen eingebracht, sie zu ihren Positionen rund um das Thema Daseinsvorsorge befragt und die Ergebnisse veröffentlicht.

In Frankfurt und Region hat der Bezirk häufig in Zusammenarbeit mit dem DGB aktive Beiträge geleistet, um ein großes Veranstaltungsangebot auf die Beine zu stellen und mit den unterschiedlichsten Organisationen, Gruppen und Gremien zu kooperieren. Eindrucksvoll zeigte sich dies im großen „Rock gegen Rechts“-Konzert am 1. September 2018 auf dem Frankfurter Opernplatz. Über 10.000 Menschen haben an diesem Tag ein Zeichen für Frieden und Solidarität gesetzt.

Wir kooperieren mit Sozialverbänden, Kirchen und Attac, bringen uns in verschiedene Bündnisse ein und sind im Rahmen landes- und bundesweiter ver.di-Aktionen aktiv. Spürbar waren diese Kooperationen insbesondere bei der Unterstützung mit Ordner*innen, die wir als Gewerkschaft bei der großen Anti-TTIP-Kundgebung am 18. September 2016 in Frankfurt leisteten. Über 25.000 Menschen kamen zur Demonstration.

Unsere Frauen haben jedes Jahr die Veranstaltungen zum Welt-Frauentag am 8. März gestaltet und im Jahr 2018 das seit 100 Jahren bestehende Frauenwahlrecht besonders in den Fokus gerückt.

Die ver.di-Jugend hat sich mit der Euro-Krise, Griechenland, Rechtsextremismus und im Jahr 2018 anlässlich seines 200. Geburtstages mit Karl Marx befasst.

Unsere Senior*innen waren zu den Themen Gesundheit, Altersarmut, Rente mit 67, Digitalisierung, Asylpolitik und Anti-Rassismus aktiv.

Der Migrationsausschuss hat sich mit den Ursachen von Flucht beschäftigt, eine Kulturveranstaltung zum Tag des Flüchtlings im Sommer 2017 durchgeführt und im Februar 2018 eine Informationsveranstaltung zu rechten Betriebsratslisten und rechten Gewerkschaftsgründungen aus dem Bereich der AfD organisiert.

Kampf zum Erhalt von Arbeitsplätzen

Hohe Betroffenheit gab es in Betrieben mit massivem Personalabbau und Konkursen. Hier wird immer wieder besonders schmerzhaft deutlich, wie Fehlplanung von Kapitaleseite die Existenz unserer Kolleg*innen bedroht. Viele kritische Veranstaltungen und Gespräche sind notwendig, um ein Umdenken in unserer Gesellschaft zu unterstützen und eine kritische Haltung gegenüber der Macht von Banken und Kapital zu realisieren. Besonders eingesetzt haben

wir uns für den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle Menschen und für den Erhalt der Handlungsfähigkeit unserer Kommunen. Insbesondere der Handel ist hier zu erwähnen, der in den letzten Jahren massiv von der Vernichtung vor allem von Vollzeit-Arbeitsplätzen und Tarifflicht betroffen war.

Ehrenamtliche Mitgliederberatung

In Fragen der Mitgliederberatung gehen wir in Frankfurt und Region seit ein paar Jahren neue Wege und erzielen dabei beachtliche Erfolge.

Hier geht es um unser besonderes Konzept der ehrenamtlichen Mitgliederberatung.

Unser Angebot umfasst:

- Lohnsteuerberatung
- Sozialberatung
- Rentenberatung
- Zeugnisberatung

Weiterhin beteiligen sich Kolleg*innen von uns an der ehrenamtlichen Mobbingberatung des DGB.

Allein im Jahr 2018 wurden fast 4.000 unserer Mitglieder in einem unserer vier Büros beraten. Mehr als 50 ehrenamtliche Berater*innen machen in unserem Bezirk vorbildliche Arbeit, die bei den ver.di-Mitgliedern hohes Ansehen genießt.

Besondere Wertschätzung für Werber*innen

Fast 1.000 Werber*innen sorgen pro Jahr dafür, dass zirka 4.500 neue ver.di-Mitglieder in unserem Bezirk Frankfurt am Main und Region gewonnen werden.

Die besondere Wertschätzung macht der Bezirksvorstand deutlich durch Einladung der Spitzenwerber*innen zum Jahresabschluss, durch Ehrung der Spitzenwerber*innen bei der Bezirksdelegiertenkonferenz und Versand des Bildungsprogramms ver.di Hessen an alle Werber*innen. ♦





Bezirk Wiesbaden

Von Bernd Meffert

Im Bezirk gab es einige Veränderungen. So wechselten vier neue Gewerkschaftssekretär*innen nach Wiesbaden und zwei neue Verwaltungsangestellte.

Im Bezirksvorstand haben wir in 20 Vorstandssitzungen und 5 Klausuren unsere politischen und organisatorischen Ziele besprochen und die dafür erforderlichen Beschlüsse gefasst sowie die Aufträge der letzten Bezirkskonferenz realisiert.

Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen

Inhaltlich waren wir uns im Bezirksvorstand weitgehend einig, lediglich über den richtigen Weg und die Strategie wurde intensiv diskutiert. Aber immer hatten wir das gemeinsame Ziel vor Augen, aus ver.di eine starke Gemeinschaft zu machen.

Es ist vieles auf den Weg gebracht worden. Dabei sind Hürden genommen worden, manche mit Schwung, manche haben wir auch umgerissen und einige haben wir auch noch nicht bewältigt.

Wir haben uns eingemischt und klar Position bezogen bei dem Thema Geflüchtete, Rassismus und Rechts-extremismus. Hierzu haben wir unter anderem eine Veranstaltung unter dem Titel „Fakten statt Populismus“ durchgeführt und bei Demonstrationen gegen Rechts Flagge gezeigt.

Die Missstände in der Horst-Schmitt-Klinik haben wir klar und deutlich angeprangert und uns gegen die Schließung der HELIOS-Klinik in Bad Schwalbach ausgesprochen.

Auf Initiative des Frauenrats haben wir das Projekt „Women need Women“ unterstützt. In Limburg haben wir die Allianz für den freien Sonntag mitgegründet und so dem Recht auf die Sonntagsruhe erfolgreich Geltung verschafft. Am 5. November 2016 haben wir zusammen mit dem Fachbereich 08 „150 Jahre Buchdruckerverband, 15 Jahre ver.di“ gefeiert.

Darüber hinaus haben wir uns bei der DGB-Rentenkampagne eingebracht, uns an den bundesweiten ver.di-Aktionswochen aktiv beteiligt und natürlich auch die Tarifaussensetzungen aktiv begleitet.

Wir haben Öffentlichkeitsarbeit betrieben, auch wenn sich Öffentlichkeit in unserer Medien-Monokultur teilweise sehr schwierig herstellen lässt.

Diskussion über Neuorientierungen in ver.di

Intensiv befassten wir uns mit dem innergewerkschaftlichen Thema „Perspektive – ver.di wächst!“. Es ist ein sehr großer Umbruch für ver.di und damit auch für unseren Bezirk. Nach der Pilotphase in den Landesbezirken Bayern und Niedersachsen/Bremen hat der Gewerkschaftsrat im letzten November den Rollout beschlossen. Wir werden den Rollout in Hessen, was unseren Bezirk angeht, konstruktiv und kritisch begleiten.

Neben diesem Umbruch steht uns allen noch die Fusion der Fachbereiche bevor. Der Bezirksvorstand hat sich auch damit eingehend beschäftigt. Dass sich innerhalb von ver.di etwas verändern muss, ist unstrittig. Dass der Start der Perspektive und die Neuordnung der Fachbereiche gleichzeitig stattfinden müssen, ist bei uns genauso umstritten wie in der ganzen Organisation.

Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit

Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit steht und fällt mit den ehrenamtlichen Aktivitäten. Dabei spielt es keine Rolle, wo wir uns engagieren. Jedes Engagement ist gleich wichtig und lässt in der Summe die Vielfältigkeit unserer Gewerkschaft ver.di erst deutlich werden. Die hauptamtlichen Kolleg*innen im Bezirk könnten rund um die Uhr arbeiten, sie wären dennoch nicht in der Lage, all die individuellen und kollektiven Aufgaben und Interessen unserer rund 13.500 Mitglieder im Bezirk befriedigend wahrzunehmen. Dies, liebe Kolleg*innen, geht nur mithilfe unserer riesigen Solidargemeinschaft an ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern, Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalrät*innen, Jugend- und Schwerbehindertenvertreter*innen. Sie stellen in den Betrieben und Dienststellen unsere Interessen sicher.

Die Kolleg*innen des Ortsvereins Limburg, die ganz ohne hauptamtliche Unterstützung das ver.di-Büro in Limburg betreuen, leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag im Bezirk, ebenso wie die Kolleg*innen der Lohnsteuer- und Rentenberatung. ♦

Bezirk Südhessen

Von Karin Harder

Sitzungen des Bezirksvorstands

Im Berichtszeitraum führte unser 27-köpfiger Bezirksvorstand 18 ganztägige Sitzungen und 4 jeweils zweitägige Klausurtagungen durch. Zu Beginn des Berichtszeitraums wurden Ausschüsse des Bezirksvorstandes gebildet – ausdrücklich mit der Aufforderung zur Mitarbeit an alle südhessischen Mitglieder.

Ausschüsse

Der Bezirksvertrauensleuteausschuss (BVLA) ist seit 2004 aktiv und war der erste BVLA in Hessen. Selbstverständlich arbeiten unsere Kolleg*innen auch im Landes- und Bundesvertrauensleuteausschuss aktiv mit. Sie haben sowohl die ver.di-Vertrauensleuterichtlinien als auch das hessische Vertrauensleutehandbuch entscheidend mit-erarbeitet. Der Seminarmitarbeiter*innenkreis (SMAK) ist bei uns ein Ausschuss des Bezirksvorstandes und hat damit eigene Satzungsrechte. Dies ist bundesweit in ver.di eine einmalige Konstruktion. Der SMAK kann so verantwortlich die südhessische Bildungsarbeit planen und durchführen. Unsere Kolleg*innen im SMAK sind verpflichtet, zweimal jährlich an politischen Fortbildungen teilzunehmen und gewährleisten damit die hohe Qualität in unseren Seminaren. Der Tarifausschuss öffentlicher Dienst (TAöD) ist durch die ver.di-Struktur erforderlich, nach der in 8 Fachbereichen gute Tarifverträge für den öffentlichen Dienst erkämpft werden müssen. Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Tarifrunden sind in Südhessen die Aufgabe des TAöD. Hier arbeiten auch Gewerkschaftssekretär*innen aus den betroffenen Tarifbereichen mit. Im Falle von Arbeitskämpfen ist der TAöD die bezirkliche (ehrenamtlich geführte) Streikleitung. Nicht zuletzt durch die Arbeit unseres TAöD gewinnen wir bei vielen Streiks neue Mitglieder und halten damit unserer Gesamtmitgliederzahl relativ stabil.

Die Finanzkommission besteht aus dem geschäftsführenden Bezirksvorstand. Seit ver.di-Gründung werden bei uns sehr viele Aufgaben durch eine Umlage gemeinsam mit den Fachbereichen finanziert (zum Beispiel Bildungsarbeit). Diese solidarische Form von Finanzierung bringt zum Ausdruck, dass in ver.di Südhessen innergewerkschaftliche Solidarität gelebte Praxis ist.

Fachbereichsübergreifende Verzahnung der Tarifarbeit

Die ver.di-Struktur mit ihren 13 Fachbereichen macht innergewerkschaftliche Solidarität oft sehr schwer. Der Bezirksvorstand hat schon vor elf Jahren darauf reagiert und hierfür eigene südhessische Strukturen geschaffen. Auch im Berichtszeitraum waren in diesen Strukturen viele Kolleg*innen aktiv. Ein Höhepunkt war der fachbereichsübergreifende (Fachbereiche 01, 02, 03, 05, 06, 07, 08, 09) Streiktag am 11. April 2018 mit über 5.000 Kolleg*innen der Telekom und des öffentlichen Dienstes.

Streik macht stark

ver.di Südhessen ist ein aktiver Bezirk bei Streiks. Ob bei der Post, Telekom und T-Systems, im Sozial- und Erziehungsdienst, bei der HEAG – Straßenbahnen und Busse, im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen oder im Einzelhandel – in der Regel ist die Anzahl der streikenden Mitglieder in unserem Bezirk hoch. Dies führt sehr oft zu wachsenden Mitgliederzahlen, aber vor allem zeigen wir damit unseren Gegnern in Wirtschaft und Politik, dass wir selbstbewusst und kämpferisch für unsere Interessen eintreten. Der Bezirksvorstand hat im Berichtszeitraum die streikenden Kolleg*innen nach Kräften unterstützt.

Klare Kante gegen Rechts

Der Bezirksvorstand hat sich im Berichtszeitraum immer wieder klar gegen rechte, ausländerfeindliche und rassistische Auffassungen und Taten gestellt. Initiativen gegen Rechts wurden finanziell, organisatorisch und personell unterstützt.

Gemeinsam mit vielen anderen haben wir klargemacht, dass wir für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben aller Menschen eintreten. Damit unauflöslich verbunden ist für uns Gewerkschafter*innen, dass wir auch die Voraussetzungen schaffen, die ein friedliches Zusammenleben ermöglichen. ♦



3



DREI | Landesbezirkfachbereiche



entscheidet



Fachbereich 01 - Finanzdienstleistungen

Vom Team des Fachbereichs 01

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit

Ein Schwerpunktthema war und bleibt für den Fachbereich die zunehmende Digitalisierung der Arbeitsprozesse in den Branchen. Dies betrifft alle Schwerpunktbereiche des Fachbereiches gleichermaßen. Durch die Veränderung der Arbeitsprozesse findet seit mehreren Jahren ein massiver Stellenabbau statt, unter anderem durch die Zunahme des Internetgeschäftes, die Ausweitung des Selfservice sowie die Informations- und Handelsplattformen Pay Pal/Google im Internet. Zwischenzeitlich sind Finanztechnologien (Fintechs) nicht mehr wegzudenken. Dies geht einher mit dem Rückzug aus der Fläche durch Schließung von Standorten und Filialen. Die damit verbundenen Veränderungen der Arbeitsbedingungen sollten zum Schutz der Beschäftigten tariflich geregelt werden. Dies ist beispielhaft zum wiederholten Male bei der Direktbank ING-DiBa AG durch Abschluss eines Zukunftstarifvertrages gelungen.

Ein weiterer Schwerpunkt war und ist das Thema Outsourcing. In den letzten Jahren hat branchenübergreifend die Auslagerung von Tätigkeiten an Servicegesellschaften zugenommen. Die Folgen davon sind in der Regel der Verlust der Tarifbindung verbunden mit niedrigerem Gehaltsniveau, schlechteren Arbeitsbedingungen und Stellenabbau im abgebenden Betrieb.

Tarifarbeit:

Privates und öffentliches Bankgewerbe

In der Bankentarifrunde 2016 ging es um eine Gehaltserhöhung um 4,9 Prozent, die entsprechende Erhöhung der außertariflichen AT-Gehälter und für Auszubildende um die Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 80 Euro. Schlussendlich konnte nach zähen Verhandlungen ein Ergebnis mit einer Erhöhung der Entgelte um 3,7 Prozent mit einer Laufzeit von 33 Monaten erzielt werden. Gleichzeitig wurden die Auszubildendenvergütungen um 50 Euro erhöht.

Sparkassen/TVÖD

In der Tarifrunde 2016 ist die Mobilisierung bei den teilnehmenden Sparkassen gelungen, denn arbeitgeberseitig war eine Reduzierung bei der Altersvorsorge geplant. Neben der Lohnerhöhung um insgesamt 4,75 Prozent ist es gelungen, die Altersvorsorge ZVK zu sichern. Die Laufzeit betrug 2 Jahre. Die Auszubildendenvergütung stieg um 65 Euro. Die neue Entgeltordnung wurde nach jahrelangem Ringen (seit 2006) geeint.

In der Tarifrunde 2018 war seitens der Arbeitgeber für die Sparkassenbeschäftigten eine geringere Gehaltssteigerung als im restlichen öffentlichen Dienst vorgesehen. Ein Großteil der Gehaltssteigerung des öffentlichen

Dienstes sollte bei den Sparkassenbeschäftigten wieder abgezogen werden. Die Sparkassenvertreter im Arbeitgeberverband VKA begründeten dies mit einer drohenden schlechten Geschäftslage bei den Sparkassen.

Der Kompensationswunsch der Arbeitgeberseite stärkte die Streikbereitschaft der Beschäftigten. Dies galt sowohl für die Anzahl der teilnehmenden Sparkassen als auch für die Zahl der Streikenden in den einzelnen Häusern. Neben Streiks wurden weitere einzelne Aktionen durchgeführt. Durch die gute Mobilisierung – die auch in anderen Bundesländern gelang – erreichten wir eine breite Solidarisierung innerhalb der ver.di-Fachbereiche des öffentlichen Dienstes und die Arbeitgeberforderung konnte abgewendet werden.

Postbank

Nachdem sich die Postbank-Beschäftigten seit 2011 mehrmals erfolgreich dagegen gewehrt hatten, zu schlechteren Bedingungen mit den Servicegesellschaften der deutschen Bank zusammengelegt zu werden, schuf die Deutsche Bank 2018 Fakten und integrierte die Postbank im Mai vollständig. Die POSTBANK AG, die PB Firmenkunden AG und die PB Akademie wurden mit der Privat- und Geschäftskunden AG der Deutschen Bank zur DB Privat- und Firmenkundenbank AG verschmolzen. Diese neue Bank bildet einen eigenen Konzern im Konzern Deutsche Bank. Es gelten zunächst die Tarifverträge für die einzelnen Einheiten weiter. Der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen konnte bis 30. Juni 2021 verlängert werden.

Versicherungen

Die Branche befindet sich im Umbruch. Mit Hilfe von Startups werden Kunden- und Vermittler-Apps programmiert, teilweise übernehmen Roboter und künstliche Intelligenzen Arbeiten, die vorher von Mitarbeiter*innen durchgeführt wurden. Die sogenannte „Dunkelverarbeitung“ wird weiter optimiert. Dadurch wird Arbeit auf den Kunden beziehungsweise auf den zuständigen Außendienstpartner verlagert – sofern vorhanden.

Der Kampf der Beschäftigten um die Sicherung ihrer Arbeitsplätze und gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wurde von ver.di auf mehreren Ebenen unterstützt.

Trotz unbestreitbarer Erfolge der Arbeitnehmer*innen konnte im Ergebnis nicht verhindert werden, dass Arbeitsplätze abgebaut wurden und der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten sich verstärkte.

In der Tarifrunde 2017 hat sich erneut die Problematik gezeigt, dass es an Mitgliedern fehlt, um in der Fläche richtig Druck aufbauen zu können. Die Abschlüsse waren moderat, aber akzeptabel. Insgesamt steigen die Gehälter bis Ende 2018 um 3,7 Prozent. Darüber hinaus konnten erstmals Eckpunkte für die Gestaltung der Digitalisierung tariflich vereinbart werden. ♦

Fachbereich 02 – Ver- und Entsorgung

Von Ralf Stamm

Der Schwerpunkt der Arbeit des Fachbereichs lag in der abgelaufenen Periode in der Tarifarbeit. Neben den zentralen Tarifrunden galt es auch eine Reihe von regionalen oder Haustarifverträgen zu verhandeln und abzuschließen. Hervorzuheben sind hier der Haustarifvertrag bei der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES), der Tarifvertrag Arbeitnehmerüberlassung bei der Mainova AG Frankfurt, der Beschäftigungssicherungs- und Sozialtarifvertrag bei den Städtischen Werken in Kassel sowie die Vergütungstarifverträge in der privaten Energiewirtschaft in Hessen. Hier fand im Oktober 2018 ein erfolgreicher Warnstreik mit hoher Beteiligung und einer Kundgebung in Kassel statt. Auch bei den Warnstreiks der zentralen Tarifrunden TVöD und TV-V war der Fachbereich im Verhältnis zu seiner Mitgliederzahl stark vertreten.

Fachlich prägte die Energiewende unsere Arbeit. Hinzu kam noch der sich ständig verschärfende Wettbewerb in der Branche. Dabei ging es uns um die Sicherung der Beschäftigung und eine stabile Energieversorgung bei bezahlbaren Energiepreisen. Unsere kommunalen Energieversorgungsunternehmen und Stadtwerke haben eine wichtige Aufgabe in der öffentlichen Daseinsvorsorge, da sie auch mit ihren Erträgen natürlich defizitäre Aufgaben der Kommunen – wie Schwimmbäder und Nahverkehr – querfinanzieren. In den Diskussionen mit dem Gesetzgeber und gegenüber der Bundesnetzagentur konnten wir oft unsere Positionen erfolgreich einbringen.

In der Abfallwirtschaft hatten wir uns oft mit den Auswirkungen der ruinösen Ausschreibungspraxis der Kommunen auseinanderzusetzen. Um eine Übersicht über die kommunalen Vergaben zu erhalten, haben wir Kontakt zu etwa 480 Kommunen aufgenommen. Die Praxis zeigt, dass stets bedingungslos der billigste Anbieter den Zuschlag erhält. Dadurch sind tarifungebundene Unternehmen auf dem Vormarsch und verdrängen die tarifreuen Unternehmen vom Markt. Die Folge sind Arbeitsplatzverluste und die kommunalen Betriebe geraten zunehmend unter Druck.

Eine wichtige Aufgabe unseres Fachbereichs ist und bleibt die Nachwuchsgewinnung. Die Zahl der Auszubildenden unter unseren Mitgliedern konnte kräftig gesteigert werden. Das gelang auch durch die Einbindung in unsere Gremien wie Tarifkommissionen. Dies führte wiederum zu einer hohen Beteiligung bei Warnstreikaktionen. ♦



Fachbereich 03 – Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen

Von Georg Schulze-Ziehaus

Der Fachbereich 03 bleibt weiter auf Wachstumskurs. Mit 30.244 Mitgliedern am Jahresende 2017 hatten wir einen Mitgliederzuwachs um rund 7,5 Prozent seit 2013 zu verzeichnen. Besonders erfreulich ist, dass die Zahl der Jugendlichen und der unter 28-jährigen Mitglieder mit über 2.200 auf dem absolut höchsten Stand seit ver.di-Gründung ist. Das gilt auch für die Zahl der im Fachbereich 03 organisierten Auszubildenden. Am Jahresende 2017 waren rund 800 Auszubildende im FB 03 Hessen organisiert.

Allerdings bedeuten steigende Mitgliederzahlen im FB 03 nicht unbedingt auch höhere Organisationsgrade in der Branche Gesundheit und Soziales: Auch die Zahl der Arbeitsplätze in der Branche nimmt zu. Allerdings entsteht die Mehrzahl der neuen Arbeitsplätze nicht unbedingt dort, wo wir unsere gewerkschaftlichen Organisations-schwerpunkte haben. Traditionell sind wir überdurchschnittlich gut in Kliniken organisiert, dort allerdings stagniert die Beschäftigung in weiten Teilen oder nimmt sogar durch Schließung von Kliniken ab. Die Mehrzahl der neuen Arbeitsplätze in der Branche entsteht in den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen und in den ambulanten Behindertendiensten, in denen – wenn überhaupt – Betriebsrats- und betriebliche Gewerkschafts-

strukturen erst noch aufgebaut werden müssen. >



entscheidet

Von unseren vielfältigen gewerkschaftlichen Aktivitäten der letzten 4 Jahre in allen Bereichen unserer Branche haben die Auseinandersetzungen um die Personalsituation in der Pflege die größte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit bekommen. Hier haben wir in einer vernetzten Strategie von betrieblichen Aktionen (bundesweiter Personalcheck Nachtdienst, Aktion 152.000 fehlen, Ultimaten), politischer Arbeit und Kämpfen um Tarifverträge



zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht, dass die Belastungen der Beschäftigten in der Pflege zu einem der Topthemen der aktuellen Politik geworden sind. Ein großer Erfolg in der Bewegung war der Abschluss eines Tarifvertrags zum Aufbau von über 100 zusätzlichen Stellen am bundesweit einzigen privatisierten Universitätsklinikum Gießen-Marburg, den die Kolleg*innen dort in mehreren Streiktagen durchsetzen konnten. Aktiv und bisher auch erfolgreich sind die Kolleg*innen in den psychiatrischen Einrichtungen – der landesweit größte Betreiber ist der kommunale Vitos-Konzern – um dort das geltende Personalbemessungssystem (PsychPV) zu verteidigen gegen die Einführung von Fallpauschalen PEPP. PEPP ist ein pauschalisierendes Abrechnungssystem, ein sogenanntes DRG-System (diagnose-related-system), das dem Vergütungssystem in den Akutkliniken entspricht mit den vermutlich gleichen dramatischen Folgen für Beschäftigte und Patienten.



Auch in anderen Bereichen unserer Branche sind wir aktiv zur Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen. Im Tarifvertrag des Deutschen Roten Kreuzes DRK konnte nach einem Warnstreik mit Beteiligung von hessischen Kolleg*innen die Senkung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit im Rettungsdienst von 48 auf maximal 45 Stunden durchgesetzt werden. In der Arbeiterwohlfahrt AWO Hessen Süd konnten wir die Tarifbindung an den TVöD verteidigen – nicht zuletzt durch einen Streik der Kolleg*innen in den Altenpflegeeinrichtungen der AWO. Im Bereich der Diakonie, einem der größten Arbeitgeber der Branche, versuchen manche Arbeitgeber verzweifelt, den sogenannten „dritten Weg“ zu verteidigen, mit dem die diakonischen Arbeitgeber bisher Arbeitsbedingungen außerhalb von Tarifverträgen festlegen. Eine Reihe von großen diakonischen Unternehmen aus der Altenpflege haben sich dementsprechend in einem Arbeitgeberverband zusammengeschlossen, um ab 2019 mit ver.di Tarifverhandlungen aufzunehmen und aus dem System der kirchlichen Arbeitsrechtsverordnung auszusteigen.



Einen historischen Erfolg konnte ver.di im Herbst 2018 erreichen: Auszubildende in den sogenannten schulischen Gesundheitsberufen (zum Beispiel Physio- oder Ergotherapeut*innen und Medizinisch Technische Assistent*innen), bekommen in kommunalen oder landeseigenen Einrichtungen ab dem 1. Januar 2019 Ausbildungsvergütungen. Bisher gab es dort keine Ausbildungsvergütung und insbesondere in privaten Ausbildungseinrichtungen muss zum Teil auch heute noch Schulgeld gezahlt werden. Dieser Erfolg war möglich, weil sich gerade auch in Hessen viele Azubis aus den schulischen Gesundheitsberufen an den Streiks in der TVöD-Runde 2018 beteiligt hatten.

Die aktive Arbeit im FB 03 bedeutet, dass wir einen großen Teil unserer hauptamtlichen Ressourcen auf die kollektiven Aktionen und Auseinandersetzungen

in den Einrichtungen und Betrieben des Fachbereichs konzentrieren müssen. Trotzdem fällt im FB 03 ein hoher Bedarf an Beratungen von Mitgliedern in Einzelfällen an. Das war nur zu bewältigen, indem wir seit inzwischen 3 Jahren innerhalb des hauptamtlichen Sekretär*innenteams des hessischen FB 03 die Arbeiten stärker aufgeteilt haben in ein für ganz Hessen zuständiges Sekretär*innenteam ausschließlich für die Individualberatung und zwei weitere Teams für die kollektive Arbeit in der nördlichen und südlichen Landeshälfte. Wir sehen aufgrund unserer bisherigen Erfahrungen das Organisationsmodell aus „Perspektive – ver.di wächst!“ als große Chance für den gesamten Landesbezirk. ♦



Fachbereich 04 – Sozialversicherung

Von Cornelia Kröll

Die Arbeitsbedingungen bei den Sozialversicherungsträgern werden stark von bundespolitischen Entscheidungen geprägt. Zusätzlich greifen seit einigen Jahren Digitalisierungsprozesse stark in die Arbeitsabläufe ein. Wir haben einen weiteren Umbau der Bundesagentur für Arbeit und in den Jobcentern erlebt, der dazu führte, dass personalvertretungsrechtliche Strukturen völlig zersplitterten – dies machte die gesetzliche Interessenvertretung vor Ort zum Teil zu einem Abenteuer. Darüber hinaus hatten wir uns mit Fusionen in der gesetzlichen Krankenversicherung, Umorganisationen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung und weiteren Schritten in der Organisationsreform der Rentenversicherungsträger auseinanderzusetzen. Alle diese Veränderungen haben wir beratend, tarifpolitisch und durch Weiterbildung begleitet.

„Die Musik spielt in den Landesfachgruppen“, lautet ein häufiger Satz, wenn es um die Frage geht, wer im Fachbereich 04 wo aktiv ist. In Hessen arbeiten die Landesfachgruppen Bundesagentur für Arbeit, Rentenversicherung und gesetzliche Krankenversicherung engagiert an der Unterstützung der Interessenvertreter*innen in ihrem Bereich und an den berufsfachlichen, sozialpolitischen und tariflichen Fragestellungen. Innerhalb der Fachgruppe GKV sind die Landesbetriebsgruppen AOK, Barmer-GEK und DAK-Gesundheit aktiv.

Der Landesfachbereichsvorstand tagt zwei- bis dreimal pro Jahr, er berät und beschließt die Arbeitsplanung für den gesamten Fachbereich. Hier werden alle grundsätzlichen sowie nach der Satzung erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Daneben ist ver.di in einigen Dienststellen der Sozialversicherungsträger durch Betriebsgruppen und Vertrauensleute vertreten, die ver.di dort ein Gesicht geben. In vielen Aktionen, insbesondere während der ver.di-Aktionswochen, machen sie inhaltlich auf ver.di aufmerksam. Im Berichtszeitraum konnten wir mit Ansprachetrainings wichtige Unterstützung leisten.

Tarifverhandlungen im Fachbereich Sozialversicherung werden größtenteils durch den Bundesfachbereich oder durch das Bundestarifsekretariat öffentlicher Dienst (DRV, BA) geführt. Dennoch hat sich die Tarifarbeit im Fachbereich in den vergangenen 4 Jahren weiter verändert. Insbesondere im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung sind fast überall Haustarifverträge zu verhandeln. Wir haben die anstehenden Tarifverhandlungen in der BA und in der DRV (im Nachgang zu TVöD) aktiv begleitet. Ebenso haben wir bei der AOK (Gesundheitsmanagement/Demografie, Altersversorgung), BARMER (Gehalt), DAK (Eingruppierung, Fusion mit der BKK-Gesundheit – einheitlicher TV, Gehalt) – mithin in allen Fachgruppen – aktiv vor Ort mit Aktionen wie „Mehr in die Tüte“, rote Karte“ oder „wir sind sauer“ unterstützt und begleitet.

Besondere Herausforderungen waren bei den weiteren Fusionen der Krankenkassen aufgrund von Zusatzbeitrag und Digitalisierungsprozessen (zum Beispiel die sogenannte Dunkelverarbeitung) zu meistern. Hier konnten wir zum Teil hervorragende Tarifverträge aushandeln (Beurlaubungsmöglichkeiten). Leider hatte dies auch zur Folge, dass viele Beschäftigte von dieser Möglichkeit Gebrauch machten und im Anschluss ver.di verließen. Das hat unsere Mitgliederentwicklung sehr belastet. ♦

Fachbereich 05 - Bildung, Wissenschaft und Forschung

Von Thomas Winhold

Die Arbeit im Fachbereich 05 war in den letzten 3 Jahren vor allem durch die teilweise langen, teilweise langwierigen Tarifeinsetzungen im öffentlichen Dienst geprägt, stärker als in den Jahren zuvor. Darüber hinaus drehte sich vieles um die Erhöhung der betrieblichen Präsenz und die beiden nunmehr gleichzeitig laufenden internen Reorganisationsmaßnahmen.

Der Vorstand tagte jeweils dreimal im Jahr, die erste Sitzung im Jahr fand als zweitägige Klausur im ver.di-Bildungszentrum Gladenbach statt, die übrigen Sitzungen eintägig freitags im Gewerkschaftshaus in Frankfurt.

Arbeitskreis Hochschule

Ebenfalls regelmäßig dreimal jährlich tagte der Arbeitskreis Hochschule mit wechselnder Teilnehmerzahl zwischen 15 und 25 Mitgliedern. Der AK beschäftigte sich mit folgenden Themen: Novellierung des hessischen Hochschulgesetzes, Tarifrunde TV-Hessen, Hochschul-Personalratswahl, Wissenschaftszeitvertragsgesetz.

Vertrauensleutekonferenzen

Auf Beschluss des Landesbezirksfachbereichsvorstands fanden zur Intensivierung der Zusammenarbeit der Fachbereiche des öffentlichen Dienstes mehrere gemeinsame Vertrauensleutetagungen zu verschiedenen Schwerpunktthemen statt, die unterschiedlich stark aus den jeweils veranstaltenden Fachbereichen 05 (Bildung, Wissenschaft und Forschung), 06 (Bund und Länder) und 07 (Gemeinden) besucht wurden.

Personalrätetagungen

Seit 2016 veranstaltet der Fachbereich einmal jährlich in den Räumen der Justus-Liebig-Universität Gießen einen Personalrätetag für Gremienmitglieder aus Hochschulen und Forschung zum Austausch über aktuelle Themen wie Tarifpolitik, Hessisches Personalvertretungsgesetz HPVG, EU-Datenschutzverordnung DSGVO.

Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H)

Der Fachbereich 05 hat sich an den zwei Entgelttarifrunden zum TV-H in den Jahren 2015 und 2017 beteiligt. Vor allem die Vertrauensleute der Universitäten sowie einiger Fachhochschulen führten im Vorfeld intensive Debatten über die Forderungsaufstellung, wobei sich als verbindendes Glied eine soziale Komponente in Form eines Festbetrages herauskristallisierte. An den Warnstreiktagen beider Tarifrunden haben sich Kollegen*innen der 5 Universitäten sowie der (Fach-)Hochschulen beteiligt. In der Landestarifkommission arbeiteten 5 Kollegen*innen mit Stimmrecht sowie 4 mit beratender Stimme aus dem Fachbereich 05 mit.

In Anlehnung an die Tarifrunden TV-H fanden eigene Tarifrunden an der Goethe-Universität und der TU Darmstadt

jeweils unter Führung von Tom Winhold mit eigenen betrieblichen Tarifkommissionen statt.

Hervorstechende Themen neben der allgemeinen Entgelttrunde waren in der Tarifrunde 2015 die erfolgreiche Abwehr der arbeitgeberseitig geforderten Einschnitte in die Versorgungszusage der VBL, in der Tarifrunde 2017 die Einführung des Hessentickets und die Auseinandersetzung um das sogenannte Burka-Verbot. Insbesondere die Aufnahme der Freifahrtberechtigung führte an den beiden tarifeigenständigen Universitäten aufgrund lange ungeklärter Finanzierungsfragen zu erheblichen Verzögerungen im Abschluss und zu Warnstreikaktivitäten über die Tarifrunde des Landes hinaus.



entscheidet



Haustarifverträge

In der Weiterbildungsbranche strebt der Fachbereich wegen der fehlenden Tarifbindung in vielen Betrieben den Abschluss von Haustarifverträgen an, wobei die Ausgangslage hierfür ausgesprochen schwierig ist. In solchen Einrichtungen, die überwiegend im SGB II/III-Bereich tätig sind, werden häufig Vergütungen deutlich unter TVöD-Niveau gezahlt, teilweise liegen die letzten Erhöhungen mehrere Jahre zurück. Wie in den vergangenen Jahren wurden in den Bezirken Nord- und Mittelhessen erfolgreiche Entgelttarifrunden bei den Betrieben JAFKa gGmbH, Arbeit und Bildung e.V. und Praxis GmbH geführt. Auch war der Landesbezirksfachbereich beteiligt an der bundesweiten Tarifierungskampagne bei der DAA, die im Jahr 2017 zu einer Entgeltvereinbarung „sui generis“ führte. ♦



entscheidet

Fachbereich 06 – Bund und Land

Von Thomas Schenk

In den zurückliegenden Jahren haben wir den bei uns gepflegten Gleichklang zwischen berufsfachlicher Arbeit und Tarifentwicklung nicht mehr fortführen können. In den letzten 4 Jahren ist es zur Störung der berufsfachlichen Entwicklung durch eine Strukturdiskussion im Fachbereich gekommen. Eine Änderung des Fachbereichsstatus führte zur Abschaffung der bestehenden Fachgruppen mit den Organisationswahlen auf der jeweiligen Ebene. Als besonders nachteilig hat sich diese Entwicklung erwiesen, als der Vorschlag des Bundesvorstandes zur Strukturänderung der Fachbereiche und Bildung neuer Blöcke vorgelegt wurde. In der Diskussion mit anderen Fachbereichen haben diese stets betont, dass die identitätsstiftende Arbeit in den Fachgruppen fortgeführt werden könne. Diese Kompensation in den Fachgruppen ist im anstehenden ver.di-Umstrukturierungsprozess nicht mehr möglich im Fachbereich 06.

Für die Neuordnung der Finanzbeziehungen des Bundes und der Länder wurde ein Konzept vorgelegt, auf das sich Bund und Länder verständigt hatten. Im Oktober 2016 nahm die Diskussion richtig Fahrt auf. Es folgte eine intensive Begleitung und Befassung mit dem Konzept zu den Grundgesetzänderungen und damit verbundenen Begleitgesetzen. Neben dem gefundenen Kompromiss für einen Finanzkonsens zwischen Bund und Ländern ist dabei auch das Vorhaben eingebracht worden, die Bundesautobahnen und gegebenenfalls Bundesstraßen aus der Auftragsverwaltung der Länder direkt und unmittelbar an den Bund abzugeben und die bisher von den Ländern wahrgenommenen Aufgaben künftig durch die Gründung einer privatrechtlichen Infrastrukturgesellschaft GmbH wahrnehmen zu lassen.

Landesfachbereichsvorstand, Landesfachgruppe sowie der Bundesfachbereich haben – auch mit Unterstützung der Landesbezirksleitung – eine erfolgreiche Lobbyarbeit betrieben. Sie war Voraussetzung dafür, dass ver.di auf Bundesebene im Gesetzgebungsverfahren zu den umfassendsten Grundgesetzänderungen in der Geschichte der Bundesrepublik und den damit zusammenhängenden Begleitgesetzen Leitplanken gegen die Privatisierung der Bundesautobahnen bei der Bildung der Infrastrukturgesellschaft durchsetzen konnte. Dadurch sind entsprechende Nachteile für Beschäftigte bundesweit und speziell von Hessen mobil (1.100 von 3.500) bei einem Betriebsübergang zum Bund verhindert worden.

Durch das oben genannte Gesetzspaket ist die rechtliche Voraussetzung dafür geschaffen worden, dass es einen vom Bund über die Länder bis in den Kommunalbereich hineinwirkenden Durchgriff für ein Verwaltungsportal geben wird und die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungsleistung auf allen drei Ebenen ab spätestens 2022 realisiert sein muss. Die Auseinandersetzung zur Digitalisierung der Verwaltung hat 2018 in Hessen erheblich an Fahrt gewonnen, durch das Gesetzspaket zur Förderung der digitalen Verwaltung in Hessen, das die Landesregierung vorgelegt hat. Seitdem die drei Regierungspräsidien zu Modellbehörden für digitale Verwaltung erklärt wurden, befasst sich der Fachbereich auch bereits mit konkreten Umsetzungsprojekten.

Die intensive Auseinandersetzung mit Tarifthemen und Tarifrunden war wesentliches Arbeitsfeld im Berichtszeitraum. In der Tarifrunde mit dem Land Hessen 2015 konnte die Umsetzung der zuvor verhandelten Entgeltordnung vereinbart werden. Darüber hinaus wurde ein Tarifergebnis erzielt, das mindestens das Niveau des Abschlusses in den übrigen Ländern erzielte, partiell sogar besser ausfiel. Die Folgearbeit im Fachbereich war geprägt durch die Umsetzung der Entgeltordnung und deren betriebliche Anwendung mit Beratung von Vertrauensleuten und Mitgliedern bei der Durchsetzung der Tarifrechte.

Diskussionen zum Ergebnis des TVöD in der Tarifbewegung 2016 sind ebenfalls wichtig gewesen für die Forde- rungfindung zur Tarifrunde TV-H 2017, für die wir erhebliche Strukturverbesserungen eingefordert hatten.

Das Tarifergebnis TV-H 2017 hat uns in Hessen das beste Ergebnis seit der Vereinbarung des TV-H erbracht. Dies betrifft die deutliche Steigerung beim Entgelt und strukturelle Verbesserungen analog TVöD 2016. So konnte mit dem Land vereinbart werden, dass Höhergruppierungen seit dem 01. März 2018 stufengleich vorgenommen werden; eine Tarifregelung, die nur in Hessen besteht, nicht in den übrigen Ländern. Auch weitere

Strukturmaßnahmen wurden erreicht, wie Fachkräftezulagen für bestimmte Beschäftigtengruppen, die für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst des Landes Hessen schwer zu rekrutieren sind. Als besonderen Erfolg stellt sich die tarifvertraglich vereinbarte Freifahrtberechtigung in Form des Hessentickets dar, mit dem wir tarifpolitisches Neuland betreten haben. Eine Bewertung ist mit Blick auf die Tarifrunde 2019 erforderlich, zumal sich im Jahr 2018 die Mobilitätsentwicklung in der Bundesrepublik erheblich verändert hat.



Bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit – GIZ GmbH gilt es, auf eine Tarifherausforderung einzugehen, die aus unserer Sicht Bedeutung für die Tarifentwicklung außerhalb des Fachbereiches haben kann. Auf Druck des alleinigen Gesellschafters der GIZ GmbH, der Bundesrepublik Deutschland, musste diese den bestehenden Tarifvertrag zur betrieblichen Altersversorgung aufkündigen. Bei den Neuverhandlungen konnte ver.di durchsetzen, dass nicht nur die Betriebsrentenregelung für neu eingestellte Beschäftigte berücksichtigt wird, sondern auch eine Mitgliedervorteilsregelung vereinbart wird. Diese wiederum hat der alleinige Gesellschafter Bundesrepublik Deutschland abgelehnt und Neuverhandlungen gefordert.

Die Auseinandersetzung um die betriebliche Altersversorgung und entsprechende tarifvertragliche Bestimmungen haben vor allem in der ver.di-Betriebsgruppe in Eschborn zum Konflikt zwischen Alt- und Neubetriebsrentenversicherten geführt und tiefe Risse hinterlassen, sodass trotz positiver Tarifergebnisse sich die sehr positive Mitgliederentwicklung seit Ende 2016 nicht fortsetzen ließ. ♦

Fachbereich 07 - Gemeinden

Von Gerhard Abendschein

Mitgliederentwicklung

Im Oktober 2018 liegt die Mitgliederzahl des Fachbereichs in Hessen mit 22.448 höher als die Mitgliederzahl im Januar 2015 mit 21.142. Zwischen diesen Zahlen verbergen sich heftige Ausschläge. Insbesondere die Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst S+E hatte zunächst erhebliche Gewinne gebracht, die seitdem kontinuierlich abschmelzen.

Sozial- und Erziehungsdienst

2015 votierten 93,44 Prozent der abstimmenden ver.di Kolleg*innen für einen unbefristeten Streik zur Erzwingung ihrer Aufwertungsforderungen. Es zeichnete sich schon im Vorfeld ab, dass es zu einer beeindruckenden Mobilisierung kommen würde. Diese Mobilisierung war insgesamt widersprüchlich gekennzeichnet von

- großer Begeisterung bei den Kolleg*innen,
- von mindestens ebenso großer Unklarheit, was eigentlich die Forderungen sind, und
- von fehlen den Vorstellungen, wie ein solcher Erzwingungsstreik funktionieren könnte,

und vor allem wie er zu beenden sei.

Es stellte sich für die Verantwortlichen schnell heraus, dass die Arbeitgeberseite sich auch von einer sehr großen Mobilisierung nicht beeindrucken lassen wollte. Es entstand nach einigen Wochen eine sehr schwierige heterogene Situation in der Bundesrepublik, die zwischen ersten örtlichen Streikzusammenbrüchen und dem Neueinstieg von Kolleg*innen schwankte. Die trägerbezogene Zerklüftung der Branche tat ein Übriges.

Der Abbruch der Auseinandersetzung hat viele Kolleg*innen vollständig unerwartet getroffen und dazu geführt, dass zum ersten Mal die Möglichkeit erkennbar wurde, keinen großen Sieg einfahren zu können. Die damit verbundenen Emotionen wurden schuldhaft der ver.di-Spitze zugewiesen, die vorher positiven Projektionen schlugen in ihr Gegenteil um.

Daraus ergab sich zunächst die Ablehnung des ersten Verhandlungsergebnisses in der Mitgliederbefragung. In der dann folgenden Phase von Gesprächen und Diskussionen zeichnete sich ab, dass die Wiederaufnahme des Streiks auch mit veränderter Streikstrategie nicht mehr möglich war. Dies führte zu einer Haltung bei vielen Kolleg*innen, die sich weniger als Abkühlung, sondern mehr als Resignation beschreiben lässt.



Am Ende steht der riesige Verlust von Vertrauen in die Organisation und in die sie vertretenden Personen, von der bezirklichen Ebene aufsteigend.

Durchsetzungsfähigkeit in der Tarifarbeit

Aus den Erfahrungen dieser Auseinandersetzung und im Kontext des bei der Post geführten Erzwingungsstreiks nahm der Fachbereich seine bereits vorher begonnene Diskussion über wirksame Streikstrategien wieder auf. Aktuell bewegt sich die Diskussion zwischen den Positionen „Wir müssen im kommunalen Bereich monetären Schaden anrichten“ und „Monetär können wir in einem überschaubaren Zeitraum(!) nichts ausrichten, sondern müssen unsere politischen und öffentlichkeitsbezogenen Handlungsfelder konsequent ausbauen“. Die erste Einschätzung entspringt aus entsprechenden Impulsen der Bundesebene, die zweite wird eher von den betrieblichen Kolleg*innen bezogen.

Die von der Bundesebene vorgeschlagene „Chaosstrategie“ mit kurzfristigen Aktionen wurde in diesem Jahr erstmals im Kita-Bereich ausprobiert. Dabei wurden durchaus Möglichkeiten sichtbar, viele Kolleg*innen stehen diesem Ansatz aber nach wie vor skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Genderperspektiven

In der öffentlichen Diskussion versuchte ver.di, die Tatsache deutlich hervorzuheben, dass es beim Sozial- und Erziehungsdienst auch um die grundsätzliche Aufwertung von Frauenberufen geht. Bei den Kolleg*innen selbst spielt diese Perspektive eine deutlich geringere Rolle als in der öffentlichen Debatte.

Der politische Kontext

Die von der Hessischen Landesregierung durchgesetzten Instrumente zur angeblichen Haushaltskonsolidierung der hessischen Kommunen (Schuldenbremse, Schutzschirm) entfalten in der aktuell positiven Wirtschaftssituation ihre negativen Auswirkungen nicht im befürchteten Umfang.

Die Situation kommunaler Haushalte stellt sich relativ positiv dar und tatsächlich haben eine Reihe von Kommunen mehr Spielraum als in der Vergangenheit. Die Neigung, durch PPP-Projekte Kosten nach außen zu verlagern und dann zeitversetzt zu höheren Preisen zurückzukaufen, hat sich aktuell deutlich verringert. Entsprechend haben sich die Abwehraktivitäten verringert. Nicht verändert hat sich die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen. ♦



Fachbereich 8 – Medien, Kunst und Industrie

Von Manfred Moos

Ein großes Thema war die Entwicklung im Bereich der Zeitungen und ihrer Druckereien, die Konzentration auf dem Zeitungsmarkt, die Reduzierung von Personal, Tarifflicht oder auch die Schließung von Druckereien. Gleich zu Beginn 2015 traf es das Darmstädter Echo, wo zirka 180 Kollegen ihren Arbeitsplatz verloren, anschließend wurde das „sanierte“ Echo an die Verlagsgruppe VRM in Mainz verkauft. Die Zeitungsgruppe Ippen breitete sich in Nordhessen mit der Übernahme der Waldeckischen Landeszeitung und der Frankenberger Zeitung aus.

Mittlerweile hat die FAZ-Gruppe die Frankfurter Neue Presse und die erst 2013 übernommene Frankfurter Rundschau an die Zeitungsholding Hessen verkauft, in der die Ippen-Gruppe und die Gießener Verlegerfamilie Rempel das Sagen haben.

Die Frankfurter Societäts-Druckerei ging ebenfalls an Ippen, erste Maßnahme war der Austritt aus dem Tarif, also eine OT-Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband. Die Kolleg*innen haben im Oktober 2017 deshalb den Arbeitskampf aufgenommen.

Die VRM hat in den letzten Jahren neben dem Darmstädter Echo bereits den Gießener Anzeiger übernommen und möchte über den Einstieg bei Wetzlar Druck nun Einfluss auf weitere fünf Tageszeitungen gewinnen.

Die aus der ehemals gewerkschaftseigenen Union-Druckerei hervorgegangene apm produktions GmbH in Darmstadt durchläuft nach einem Insolvenzantrag ein Insolvenzverfahren mit 30 Entlassungen und hofft auf einen neuen Eigentümer, der den Betrieb wieder zum Erfolg führt.

Auch einige kleinere Druckereien mussten im Berichtszeitraum schließen, so zuletzt die Druckerei des Gießener Anzeigers und die Druckerei Alt in Niederdorfelden. Nach den Austritten der Arbeitgeber und der Kündigung des Manteltarifvertrages in der Druckindustrie wird die tarifliche Lage zunehmend schwieriger.

Auch in der Papier-, Pappe- und Kunststoffverarbeitung gab es zahlreiche betriebliche Konflikte. Bei STI in Grebenhain sollten 2015 zirka 100 Kolleg*innen entlassen werden, durch massive Streiks wurde neun Monate später eine Beschäftigungsgarantie bis 2018 erreicht.

Politische Themen inner- und außerhalb der eigenen Gewerkschaft haben den Fachbereich immer wieder beschäftigt. Erinnerung sei an die Diskussion um das Tarifeinheitsgesetz, das engagierte Eintreten unseres Landesfachbereichs gegen die Schließung der gewerkschaftseigenen Bildungsstätte Lage-Hörste, die Diskussion über die Notwendigkeit der Erhöhung des Streikfonds. Es gab Solidaritätserklärungen für Gewerkschafter in Europa, unter anderem in Frankreich.



Wir haben zum 150-jährigen Bestehen des Deutschen Buchdruckerverbandes, der allerersten Vorläuferorganisation von ver.di, gemeinsam mit den Kollegen aus Rheinland-Pfalz Veranstaltungen und eine Ausstellung organisiert.

Auch auf den Klausuren wurde politisch diskutiert, 2015 gab es ein Referat von Professorin Dr. Ursula Schumm-Garling mit dem Thema „Gender Pay Gap“. 2016 haben wir ein Referat des Kollegen Hermann Schaus zu Rechts extremismus und dem NSU-Untersuchungsausschuss im Hessischen Landtag gehört und uns mit dem neuen Landesbezirksleitungsmitglied Angelika Kappe über Finanzen und die Budgetierungsrichtlinien unterhalten. 2017 war der Kollege Frank Werneke eingeladen, um über das Papier des Bundesvorstandes zur Fachbereichszusammenlegung zu diskutieren.

Die Fachbereichszusammenlegung, 2017 angestoßen durch das genannte Papier mit dem Titel „Aus dreizehn werden vier“ hat uns in fast allen Sitzungen seitdem beschäftigt. Wir haben in den Sitzungen die Zusammenlegung der Fachbereiche sehr skeptisch diskutiert. Wir hatten zunächst das Gefühl, dass aufgrund der engen Zeitschienen für die Umsetzung die Hauptentscheidungen vornehmlich in Berlin im Bundesfachbereich getroffen werden und wir sie im Landesverband nur noch nachvollziehen, aber nicht mehr entscheidend beeinflussen können. Gleichwohl war uns klar, dass bei geschrumpften Mitgliederzahlen um ein Drittel seit Gründung von verdi gerade ein kleiner Fachbereich wie unserer auf Dauer nicht alleine lebensfähig sein wird, beziehungsweise nicht mehr ausreichend Personal zur Betreuung haben wird. Wir haben uns deshalb schon auf der Klausur entschieden, den Prozess kritisch zu begleiten.

Eine zweite Organisationsfrage, die uns beschäftigte, war das ehemals Perspektive 2015 genannte Projekt „Perspektive – ver.di wächst!“. Die Umsetzung für Hessen ist 2021 geplant, der neue Vorstand wird sich dann bereits im neuen Jahr mit den Vorplanungen und Auswirkungen auseinandersetzen müssen.

Es fanden 14 Sitzungen des Landesfachbereichsvorstandes statt, 3 davon als zweitägige Klausuren. Auf allen Sitzungen haben wir unter anderem aus den Bezirken, Fach- und Personengruppen, aus den Betrieben und von den jeweiligen Tarifeinsetzungen berichtet. Auch die Sekretär*innen haben über ihre Arbeit gesprochen. Jedes Jahr lag uns ihre Arbeitsplanung vor. Thema war immer auch die Mitglieder- und Einnahmentwicklung im Fachbereich und in ver.di.

Die Größe des Vorstands mit 23 Mitgliedern spiegelt auch die Vielfalt unseres Fachbereichs wider, der ganz unterschiedliche Berufe zu vertreten hat mit entsprechend vielen Tarifverträgen. Neben den verschiedenen Druckereien, Papier-, Pappe- und Kunststoffverarbeitung, Verlagen, den Journalist*innen in der dju, Beschäftigten im Rundfunk, Autor*innen im VS, Beschäftigten der Industrie, in Kinos auch im öffentlichen Dienst, zum Beispiel an den Theatern, Musikschullehrer*innen, aber auch Freie Journalist*innen und Bildende Künstler*innen. ♦



Fachbereich 09 – Telekommunikation/Informationstechnologie TK/IT

Von Dr. Thomas Müller

Es war wieder viel los im FB TK/IT in den letzten 4 Jahren. Ein ganz wesentlicher Ort für Diskussion und Austausch der hessischen Vertrauensleute im FB 09 sind die Aktivenkonferenzen, die jährlich stattfinden. Hier werden gewerkschaftliche Positionen, unsere Aktivitäten in der Tarifpolitik und Möglichkeiten zur Verbesserung unserer Gewerkschaftsarbeit im Betrieb diskutiert; ein Beispiel aus dem Herbst 2016:

„Selbst gesteuert ins Burn-out?“

Bei dieser Aktivenkonferenz ging es darum, gemeinsam mit Dr. Eva Bockenheimer von der Initiative „Meine Zeit ist mein Leben“ einen genauen Blick auf die Methode der indirekten Steuerung zu werfen.

Die Jugendarbeit im Fachbereich TK/IT in Hessen wird vom Landesbezirksfachbereichs-Jugendfachkreis verantwortet und zusammen mit der Auszubildendenvertretung und den Vertrauensleuten an den hessischen Ausbildungsstandorten mit viel Engagement vorangetrieben. Thematische Schwerpunkte waren immer wieder die Tarifpolitik und die Qualität in der Ausbildung und dem dualen Studium sowie die Reduzierung der Quote und der Standorte.

Im Jahr 2016 hat der Landesfachbereichsvorstand das Netzwerk Nachwuchs ins Leben gerufen, da in den nächsten Jahren viele Funktionär*innen aus ihren Ämtern – betrieblich wie auch aus den Gewerkschaftsgremien – ausscheiden werden. In dem Netzwerk haben wir unseren Fokus vor allem auf der Zielgruppe der Generation X ff. gelegt, um deren Positionen zu stärken und ein großes Netzwerk zu schaffen.

Zielgruppe sind ehemalige Auszubildendenvertreter*innen und (Jugend-)Vertrauensleute. Bei diesen Personengruppen ist eine zeitnahe Unterstützung und Aktivierung besonders wichtig, da sie häufig nach der Übernahme im Betrieb verschwinden, weil sie keinen Anschluss an den Betriebsrat finden. Des Weiteren zählen Auskunftspersonen, Betriebsratsmitglieder und Nachrücker im Betriebsrat zu dieser Zielgruppe.

In den bisher fünf Veranstaltungen hat sich das Netzwerk mit folgenden Themen beschäftigt: Mitgliederwerbung, Erhalt guter BR-Arbeit, Beteiligungsorientierung im Betrieb(-srat), Fokusgruppen im Arbeitsleben (4. Ebene), Chancen und Risiken der Digitalisierung, Tarifrunde, BR- und Orga-Wahlen, Robotics vs. Personalpolitik.

Die einzelnen Betriebsgruppen, Bezirksfachbereiche sowie der Landesbezirksfachbereichsvorstand haben es sich zur Aufgabe gemacht, Konzepte stetig weiterzuentwickeln, um den aktuellen betrieblichen und gewerkschaftlichen Gegebenheiten gerecht zu werden. Das bestehende Vertrauensleutenkonzept wurde überarbeitet. Es bildet



entscheidet

die Grundlage für die tägliche Arbeit der Aktiven. Aufgrund von Veränderungen sowohl in betrieblichen als auch in unseren gewerkschaftlichen Strukturen (Umstrukturierungen in Betrieben, Organisationsänderungen, „Perspektive – ver.di wächst!“, anstehende Fachbereichsfusionen sowie die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt) war es notwendig, bestehende Konzepte neu zu denken und zu evaluieren. Dies fand im Rahmen einer Befragung der hessischen Betriebsgruppen statt und soll helfen, die Arbeit in den Gremien zu vereinfachen und neue Formen der gewerkschaftspolitischen Arbeit zu finden.

Die Auswertung ergab, dass insbesondere im Bereich der Weiterbildung einheitliche Konzepte helfen würden, die Arbeit vor Ort zu stärken. Auf Grundlage der Ergebnisse wurde mit zwei hauptamtlichen Kollegen das „Projekt 4. Ebene“ ins Leben gerufen.

Nach einer intensiven Konzeptionsphase im Jahr 2016 starteten 2017 in den einzelnen Landesbezirksfachbereichen die ersten Schulungen für Multiplikator*innen, für die wir in Hessen viele engagierte Kolleg*innen gewinnen konnten, um die Inhalte weiterzutransportieren. Anfang 2018 begannen die ersten VL-Grundlagenseminare.

Die IT-Vernetzung stellt einen festen Bestandteil der Arbeit des Landesfachbereichs dar. Viermal im Jahr kommen Beschäftigte und Betriebsräte aus unterschiedlichen Unternehmen der IT-Branche zusammen, um aktuelle Themen zu diskutieren. Dabei geht es in erster Linie um einen Erfahrungsaustausch und darum, voneinander zu lernen. Es wird deutlich, dass bestimmte Themen prägend für die gesamte Branche sind, darunter Verlagerungen nach Near- und Offshore, Chancen und Risiken der Digitalisierung, veränderte Formen der Steuerung und damit einhergehende Probleme, wenn es um die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeitvorschriften sowie Arbeitsbelastungen geht.

Nicht mehr zum Kerngeschäft der Telekom gehört das T-online-Portal, es wurde an den Werbekonzern Ströer verkauft. Der freute sich erst über diese Akquisition, nach kurzer Zeit aber entschied Ströer sich für die Schließung der Redaktion in Darmstadt. Mit kreativen Aktionen, unter anderem auf www.stoerfeuer.org, machten die Beschäftigten ihrem Unmut Luft. Immerhin war mit dem Verkauf die Zusage für die Tarifierung für den Rest der Belegschaft verbunden.

2018 setzte sich bei den BR-Wahlen im Telekom-Konzern das fort, was sich in den Vorjahren angedeutet hatte: Verbunden mit hohem Koordinierungsaufwand bei den Telekom-Betrieben mit ihrer bundesweiten oder landesfachbereichsübergreifenden Aufstellung erhöhten sich die Anteile von unabhängigen Listen und der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM). Es ist nicht mehr selbstverständlich, ver.di zu wählen, die Bindungskraft von ver.di in den Betrieben verringert sich. Wir sind aber noch nicht fertig mit der Auswertung und der Identifizierung von Faktoren und Ursachen. ♦



entscheidet

Fachbereich 10 – Postdienste, Speditionen und Logistik

Von Andreas Jung

Tarifarbeit

Die Tarifarbeit des Fachbereichs 10 unterteilen wir in zwei Bereiche. Einmal in Tarifverhandlungen, die bundesweit geführt werden, und in Tarifverhandlungen, deren Verantwortungsbereich in unserem Landesbezirksfachbereich liegt.

Bei den Tarifverhandlungen, die bundesweit geführt wurden, sind die entsprechenden Tarifkommissionen vom Bundesfachbereichsvorstand eingerichtet worden. In der Regel sind sowohl in den Tarifkommissionen als auch in den Verhandlungskommissionen hessische Gewerkschaftsfunktionäre Mitglied. ver.di Hessen leistet bei notwendiger Arbeit vor Ort, wenn es zu Arbeitskämpfen oder anderen nötigen Aktionen kommt, unterstützende Arbeit. Dies trifft zum Beispiel auf das Unternehmen Deutsche Post AG, einige Tochterunternehmen des Konzerns Deutsche Post DHL und FedEx zu.

Bei den Tarifverhandlungen im eigenen Verantwortungsbereich fallen nahezu alle Entscheidungen in den hessischen Gremien; von der Kündigung eines Tarifvertrages, der Erstellung der Forderung bis zum Abschluss.



Im Berichtszeitraum haben wir uns ab April 2015 aktiv an den mehrwöchigen Auseinandersetzungen bei der Deutschen Post AG mit einer enormen Streikbeteiligung beteiligt. Auch am 23. Februar 2018 haben sich erneut mehrere Kolleg*innen am Warnstreik in der Tarifaussensatzung bei der Deutschen Post AG beteiligt.

Für unseren Flächentarifvertrag im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe in Hessen (VdV) haben wir zwei Abschlüsse erzielen können. In den Tarifaussensatzungen konnten wir an die positiven Ergebnisse der vorherigen Jahre anknüpfen und den erfolgreichen Weg weiterverfolgen. Insbesondere die Streikbereitschaft der Beschäftigten in den Betrieben wurde in der Tarifrunde 2017 deutlich erhöht.

Neben den erfolgreichen Tarifrunden unseres Flächentarifvertrages haben wir verschiedene Betriebe zu Haustarifverhandlungen aufgefordert und einige Ergebnisse erzielen können, zum Beispiel bei Distributions GmbH 44 und Neovia Logistics Germany GmbH; mit der Rudolph Logistik Gruppe und Celibi sind wir noch in Verhandlungen.

Frauenarbeit

Die Frauen im Fachbereich 10 bilden einen eigenen Fachbereichsfrauenvorstand. Die jeweilige Vertreterin der Frauen, in den Bezirksfachbereichsvorständen und in den Netzwerken der Frauen tragen mit ihrem Einsatz dazu bei, dass die Arbeit der Frauen- und Gleichstellungspolitik möglich wird.

Als Schwerpunkte unserer Arbeit haben wir folgende Themen festgelegt: Gute Arbeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz, altersgerechte Arbeit, Altersarmut bei Frauen, Anhebung des Rentenniveaus, frauenspezifische Themen, Internationaler Frauentag.



Jugendarbeit

Der Landesbezirksfachbereichs-Jugendfachkreis (LBzFBJK) trifft sich regelmäßig. Er arbeitet eng mit der Fachbereichsjugend aus Rheinland-Pfalz-Saarland zusammen. Themen waren der Übergang Ausbildung – Beruf, Generationenvertrag, Tarifrunden bei der DP AG, Kündigungen in der Probezeit, Positionierung zur KBV FKEP-verbundenen selbstständigen Einsätzen, Übernahme nach der Ausbildung, Ausbildungsquote und Mitgliederwerbung. Ein- bis zweimal jährlich werden Berufsanfänger*innenseminare durchgeführt. Die Seminarinhalte sind Rechte und Pflichten der Auszubildenden, Gründung der JAV – Durchführung von JAV-Wahlen und Praxiserfahrungen zum Ablauf von Streiks. In Rollenspielen erleben die Auszubildenden, welche Möglichkeiten eine mitgliederstarke Gewerkschaft zum Durchsetzen der Interessen der Beschäftigten hat.

Senior*innenarbeit

Für die VE/Senior*innen haben Themen aus der Fachbereichsarbeit von Postdiensten, Telekom, Postbank Filialvertrieb und Postbank sowie gesellschaftspolitische Themen einen hohen Stellenwert. Auch der Austausch über die Arbeit in den einzelnen Betriebsgruppen VE/Senior*innen ist wichtig. Die Vernetzung der hauptamtlichen Betreuung für Referate bei den Jahreshauptversammlungen zur Mitgliederinformation und Diskussion wird geschätzt und in Anspruch genommen. Die Aktivitäten der Betriebsgruppen VE/Senior*innen sind vielfältig in der Gestaltung eigener Veranstaltungen, Betreuung der Mitglieder und auch Unterstützung bei Arbeitskämpfen in ihren Regionen. Die Vernetzung bei Rechtsfragen zu den Betriebsgruppen und für Mitglieder durch den Betreuungsekretär ist Bestandteil der Senior*innenarbeit im Landesfachbereich. Viele ehrenamtliche Kolleg*innen sind darüber hinaus in der Lohnsteuerberatung und auch in bezirklichen Gremien eingebunden und sehr aktiv. ♦

Fachbereich 11 - Verkehr

Von Ronald Laubrock

Der Fachbereich Verkehr besteht aus den Fachgruppen Luftverkehr, Busse und Bahnen und maritime Wirtschaft. In Hessen gibt es aktive Mitgliederstrukturen in den Fachgruppen Luftverkehr sowie Busse und Bahnen.

Der Fachbereich Verkehr hat in Hessen zirka 12.500 Mitglieder, davon 69 Prozent in der Fachgruppe Luftverkehr und 31 Prozent in der Fachgruppe Busse und Bahnen. Die Mitgliederanzahl in der Fachgruppe maritime Wirtschaft ist gering. Es gibt insgesamt eine sehr hohe Anzahl von Tarifverträgen im Fachbereich Verkehr, was einen ent-

sprechend hohen Aufwand für Verhandlungen und Pflege der Tarifobjekte zur Folge hat. Die Fachgruppe Luftverkehr ist in Hessen geprägt vom Frankfurter Flughafen. Hier arbeiten täglich über 80.000 Beschäftigte. Wichtige Betriebe sind der Flughafenbetreiber Fraport mit vielen Tochterunternehmen und insgesamt über 20.000 Beschäftigten und die Deutsche Lufthansa mit einem bedeutenden Standort in Frankfurt. Die Bodenverkehrsdienste werden in Frankfurt vom Betreiber Fraport inklusive seiner Tochter FraGround sowie von Wisag erbracht. Im Bereich der Passage ist neben der Fraport-Tochter FPS auch AHS bedeutend. Neben Lufthansa gibt es eine Vielzahl von weiteren, teils kleinen Airlines.

Darüber hinaus gibt es eine sehr große Anzahl von Betrieben, die dem Fachbereich Verkehr zugehörig sind und von den Gewerkschaftssekretär*innen des ver.di-Flughafenbüros sowohl kollektivrechtlich als auch individuell betreut werden.

Hierfür sind drei Gewerkschaftssekretäre zuständig, die im ver.di-Flughafenbüro auf dem Flughafengelände zentral arbeiten und damit kurze Wege zu den zahlreichen Betreuungsbetrieben nutzen können.

Die Fachgruppe Busse und Bahnen ist geprägt von zwei Flächentarifverträgen, dem kommunalen Tarifvertrag TV-N in Hessen und dem Tarifvertrag des privaten hessischen Omnibusgewerbes LHO. Bedeutende Betriebe im TV-N in Hessen sind die VGF Frankfurt, KVG Kassel und ESWE Wiesbaden. Darüber hinaus gibt es eine Anzahl von kleineren bis mittleren Verkehrsunternehmen unter TV-N Hessen. Unter den LHO fallen sowohl Töchter der kommunalen Nahverkehrsunternehmen als auch kleine und mittlere private Omnibusunternehmen des Mittelstandes. Gerade im Bereich der Mobilität sehen wir eine Zeit des Aufbruchs. Während die letzten Jahrzehnte gekennzeichnet waren von neoliberalen Ansätzen und Restrukturierungstarifverträgen, die häufig Arbeitsplatzsicherheit



durch Verzicht auf tarifliche Errungenschaften erkaufen, hat sich dieses Bild in den letzten Jahren gewandelt. Dazu hat auch die veränderte Arbeitsmarktsituation mit einem großen Fachkräftemangel beigetragen, insbesondere im Bereich des Fahrpersonals.

Die größte Herausforderung der Zukunft im Fachbereich Verkehr ist die Ausgestaltung der unter dem Stichwort Arbeit 4.0 verstandenen technologischen Veränderungen, die Produktivitätssprünge größeren Ausmaßes zur Folge haben werden. Hier gilt es, die Veränderungen im Sinne der Beschäftigten so zu begleiten, dass negative Auswirkungen nicht auftreten.

Die Politik hat den Stellenwert der öffentlichen Mobilität erkannt und ist bereit, diesen Bereich finanziell und strategisch zu unterstützen. Diese positive Situation muss von ver.di zugunsten der Beschäftigten genutzt werden. Schon jetzt sind die Weichen zu stellen, damit Arbeit 4.0 im Verkehrsbereich sozial umgesetzt wird. ♦

Fachbereich 12 - Handel

Von Bernhard Schiederig

Tarifrunden

Die Arbeit des Fachbereichs 12 ist geprägt von der Tarifarbeit im Handel. Im Berichtszeitraum wurden in Hessen erfolgreich zwei Tarifabschlüsse für die Bereiche Einzel- und Versandhandel, Groß- und Außenhandel/Verlage und für den genossenschaftlichen Großhandel in den Jahren 2015 und 2017 für jeweils 24 Monate abgeschlossen. Die Tarifrunden wurden begleitet durch zahlreiche Streikaktivitäten der Betriebe der unterschiedlichen Vertriebsformen. An den jeweiligen Streiktagen wurden die Streikenden zu zentralen Streikversammlungen zusammengeführt und anschließend wurden sogenannte „Flashmob“-Aktionen in den Betrieben am Versammlungsort veranstaltet. Es ist mit diesen Aktionen gelungen, nicht am Streik Beteiligte über die Tarifrunde und die Aktivität der Beschäftigten zu informieren. Die Tarifabschlüsse wurden von den Beschäftigten als positiv bewertet.

Für das Unternehmen Karstadt wurde aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein Zukunftstarifvertrag mit einer Standort- und Beschäftigungssicherung für alle bestehenden Filialen und Beschäftigten abgeschlossen. Als Gegenleistung verzichten die Beschäftigten auf Entgelterhöhungen in den Tarifabschlüssen und auf Teile der tariflichen Sonderzahlungen (Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld). Der Zukunftstarifvertrag sieht vor, dass Karstadt im Jahre 2021 wieder die vollen Tarifentgelte zahlen muss. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt auch die Standort- und Beschäftigungsgarantie.

Für das Unternehmen real,- wurde ebenfalls ein Zukunftstarifvertrag abgeschlossen. Dieser wurde durch die Geschäftsführung im Frühjahr 2018 aufgekündigt. Das Unternehmen ist aus der Tarifbindung ausgestiegen und hat einen Tarifvertrag mit der „Pseudo“-Gewerkschaft DHV abgeschlossen, der Entgelte regelt, die bis zu 30 Prozent unter denen der Branche des Einzel- und Versandhandels liegen. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass ver.di nicht bereit sei, „wettbewerbsfähige Entgelte“ zu vereinbaren, die für das Unternehmen dringend notwendig seien. Wir fordern weiterhin die Anerkennung der regionalen Flächentarifverträge und werden diese Forderung auch mit dem nötigen Druck aus den Betrieben heraus versuchen durchzusetzen.

Der Kampf um die Tarifbindung bei Amazon geht weiter. Es gelingt, immer mehr Kolleginnen und Kollegen gewerkschaftlich zu organisieren, und es beteiligen sich zunehmend mehr Beschäftigte an unseren Streiks. Die Auseinandersetzung um eine bessere Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen wird getragen von einem Kreis aktiver Vertrauensleute und einer weitgehend selbstständig arbeitenden betrieblichen Streikleitung. Bei den Betriebsratswahlen 2018 hat die Liste der aktiven ver.di-Mitglieder die höchste Anzahl der Stimmen erhalten. Aktive sind in verantwortlicher Funktion jetzt im Betriebsrat vertreten.

Insgesamt ist im Handel feststellbar, dass die Tarifbindung deutlich zurückgeht. Die Forderung nach einer Vereinfachung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen wird immer lauter und muss mit Unterstützung anderer Fachbereiche, aber auch anderer DGB-Gewerkschaften deutlich an die Politik gerichtet werden.

Erfreut können wir feststellen, dass es zunehmend in filialisierten Einzelhandelsbetrieben mit kleinteiliger Struktur, wie zum Beispiel Esprit, Parfümerie Douglas, Zara und Primark gelingt, Mitglieder zu werben und Betriebsräte zu wählen.



Sonntagsschutz/Allianz für den freien Sonntag

Als Mitglied der Allianz für den freien Sonntag in Hessen konnte durch gerichtliche Verfahren vor den Verwaltungsgerichten, dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof und nicht zuletzt durch das Bundesverwaltungsgericht der Schutz des arbeitsfreien Sonntags gestärkt werden. Es ist gelungen, zahlreiche verkaufsoffene Sonntage, die mithilfe von Alibiveranstaltungen durchgeführt werden sollten, in Hessen zu verhindern. Nach der gefestigten Rechtsprechung in Hessen ist es nicht mehr möglich, Großveranstaltungen in Frankfurt, wie beispielsweise das Museumsuferfest, die internationale Automobilausstellung oder die Buchmesse, zum Anlass zu nehmen, Sonntagsöffnungen durchzuführen. Darüber hinaus konnte eine Ausweitung von Sonntagsarbeit im Rahmen der Hessischen Bedarfsgewerbeverordnung verhindert werden. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel hatte durch Klage von ver.di einen Teil dieser Bedarfsgewerbeverordnung für rechtswidrig erklärt. So darf zum Beispiel in Callcentern, öffentlichen Bibliotheken, Lotto- und Toto-Gesellschaften und Videotheken an Sonntagen nicht mehr gearbeitet werden. Der Schutz des arbeitsfreien Sonntags ist aufgrund der immer stärker zunehmenden Ausweitung und Flexibilisierung der Arbeit wichtiger denn je. Wir wünschen uns eine stärkere Beteiligung anderer Fachbereiche in der Allianz für den freien Sonntag.

Ausführliche Informationen zur Arbeit des Fachbereichs sind dem Geschäftsbericht des Landesbezirksfachbereiches 12 Handel Hessen 2015 – 2018 zu entnehmen. ♦



Fachbereich 13 - Besondere Dienstleistungen

Von Mathias Venema

Deutlich aufwändigere, aber erfolgreiche Tarifverhandlungen und ein immens gesteigener Aufwand im Rechtsschutz kennzeichnen die letzten 4 Jahre im Fachbereich 13.

Touristik, Freizeit, Wohlbefinden [TFW]

Der bundesweite Flächentarifvertrag in der Touristik konnte nach 4 Jahren in der Nachwirkung von 2015 wieder abgeschlossen werden. Trotz aktiver Betriebsgruppen in Hessen konnten wir nicht den nötigen Druck für deutlichere Tarifsteigerungen aufbauen.

Im Bereich des Friseurhandwerks profitierten wir von der bundesweiten Azubikampagne „Besser abschneiden“. Bei damit verbundenen Besuchen in 7 Berufsschulen hessenweit konnten wir 2017 zirka 80 Friseurazubis von ver.di überzeugen. Im Nachgang der Kampagne begannen 2018 die Tarifverhandlungen mit der Friseurinnung. Wir konnten uns dabei von einem „Oldie“ verabschieden. Der Tarifvertrag des Friseurhandwerkes datierte aus dem Jahr 2003. Seitdem gab es auch keine Tarifsteigerungen mehr. Zum 1. Juli 2018 war es nun so weit. Ein neuer Tarifvertrag sichert teilweise mehr als 30 Prozent Lohnsteigerungen. Sie waren überfällig. Auch die Azubis konnten von deutlichen Steigerungen profitieren. Bis zu 800 Euro Ausbildungsvergütung sind nicht viel – für das Friseurhandwerk aber bundesweit eine ganz neue Dimension.

Immobilien, Sicherheit, Facilitymanagement [ISF]

Die Sicherheitswirtschaft hat ihren tarifpolitischen Elan aus der Vorperiode mitgenommen. Im Bereich Geld- und Werttransporte haben wir uns in zwei Tarifrunden führend an bundesweiten Streiks beteiligt. In der allgemeinen Bewachung haben wir erreicht, dass ab dem 1. Dezember 2018 keine Sicherheitsmitarbeiter*in in Hessen mehr unter 10,15 Euro pro Stunde arbeiten muss. Wir haben uns hier deutlich vom Mindestlohn entkoppelt. Im Bereich Luftsicherheit haben wir die erfolgreiche Entwicklung fortsetzen können, zwischen 2015 und 2018 sind die Löhne nochmals um mehr als 15 Prozent gestiegen. Heute werden in der Fläche bis zu 17,13 Euro pro Stunde gezahlt.

Seit 2016 sind wir mit der Seite „www.wasi-hessen.de“ am Start. Wir können damit unabhängig von anderen Medien Kampagnen führen, zum Beispiel im Zusammenhang mit Union Busting am Flughafen oder skandalösen Arbeitsbedingungen in Flüchtlingsunterkünften. Wir haben bewusst entschieden, dort die aktuellen Tarifverträge

der Branche einzustellen. Die Kolleg*innen merken teilweise erst dadurch, was ihnen vorenthalten wird. Auch dies hat die Zahl unserer Rechtsanfragen deutlich ansteigen lassen.

In der Wohnungswirtschaft betreuen wir insgesamt fünf Haustarifverträge. Noch sichern sie ein Niveau deutlich über dem Flächentarifvertrag ab. Aber auch wir bekommen nichts geschenkt. Verhandlungen werden schwieriger und die Früchte hängen höher.

Das Thema Wohnen hat in den letzten 4 Jahren immer mehr an politischer Bedeutung gewonnen. Die Zahl der politischen Initiativen und Anfragen ist immens gestiegen. Der Fachbereich 13 hat sich hier als kompetenter Ansprechpartner inner- und außerhalb der Gewerkschaften etabliert.

Forschung, Kommunikation und Sachverständige, Verbände und Parteien, Dienstleistungen für Unternehmen [Fokus]

Im Juli 2015 haben wir für eine bundesweite Premiere gesorgt: Streik der Beschäftigten des SPD-Bezirks Hessen-Süd. Wir mussten der zahlreich versammelten Presse erklären, dass die SPD wie ein normaler Arbeitgeber agiert. Letztendlich konnten wir einen guten Tarifabschluss erzielen.

Die von der DGB-Tarifgemeinschaft bundesweit verhandelten neuen Zeitarbeitstarifverträge haben Verbesserungen gebracht. Es hat sich aber deutlich gezeigt, dass die geringe Durchsetzungsfähigkeit die Zeitarbeit von der tariflichen Entwicklung anderer Niedriglohnbranchen abgekoppelt hat. Das neue Arbeitnehmerübernehmerlassungsgesetz hat mit den neuen Höchstüberlassungszeiten, den Neuregelungen zu Equal Pay und den darin versteckten Tücken zu einem immensen Beratungsaufwand im Fachbereich geführt.

Für unseren Fachbereich ist in allen Fachgruppen die individuelle Rechtsberatung von herausragender Bedeutung. Die Arbeitskraft von mehr als einer Gewerkschaftssekretär*innenstelle wird hier gebunden. Gerade im Bereich des Sozialrechts sind die Beratungszahlen geradezu explodiert. Der Fachbereich ist durch viele Kleinst- und Filialbetriebe geprägt, in denen die gewerkschaftliche Organisation oder Vertrauensleutearbeit schwierig ist.

Trotz aller Herausforderungen konnten wir in den letzten 4 Jahren einen kontinuierlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Dies macht uns stolz und bildet einen Ansporn für die kommenden Jahre. ♦

4



VIER | Gruppen

ver.di

entscheidet

Jugend

Von Ferhat Taysi

Der Landesbezirksjugendvorstand LBJV hielt jährlich fünf Sitzungen ab und zusätzlich eine Klausur. Jährliche Klausuren waren erforderlich, um die häufig wechselnden Ehrenamtlichen zu betreuen und neuen Mitgliedern ein Ankommen zu ermöglichen. Außerdem hatten wir im Laufe der Jahre auch zwei Wechsel in der Betreuung durch die Landesjugendsekretär*innen, mit denen wir die Arbeitsweisen in Klausuren vereinbaren wollten.

Ob auf hessischen JAV-Konferenzen, auf Tarifaufaktveranstaltungen oder bei Veranstaltungen des ver.di-Landesbezirks; der LBJV hat sich stets beteiligt und die Sicht der hessischen Jugend und ihre Forderungen eingebracht.

Tarif- und Kampagnenarbeit

Auch im Rahmen der Umsetzung der bundesweiten Tarifikampagne der Jugend mit dem Titel „besser unbequem“ hat sich der LBJV durch Vertreter*innen auf Bundesebene im Kampagnenrat eingebracht. Wir haben viel und kritisch mitdiskutiert und an vielen Stellen gute Lösungen und praxisorientierte Ansätze einbringen können. Vor allem die Umsetzbarkeit konkret in Hessen konnte sichergestellt werden.

Wie im Kampagnenkontext üblich und auch vorher klar abgesteckt, sollte die Kampagne nach 2 Jahren enden und nach einer umfangreichen Evaluation entschieden werden, ob eine neue Kampagne gestartet werden soll.

Auf der Tarifstrategiekonferenz 2016 hat Hessen sich klar für die Weiterführung der Tarifikampagne „besser unbequem“ ausgesprochen, anstatt eine neue Kampagne aufzusetzen. Der Bundesjugendvorstand hat sich mit einer breiten Mehrheit für eine neue Kampagne entschieden. In der Folge wurde, ebenfalls mit der Beteiligung hessischer Vertreter*innen, die Tarifikampagne „#tarifdeluxe“ geplant und durchgeführt.

Auch diese Kampagne konnte mit vielen Erfolgen aufwarten: Neben guten Ergebnissen in verschiedenen Tarifrunden konnte im Bereich der betrieblich-schulischen Gesundheitsberufe Tarifgeschichte geschrieben werden: Von null Euro auf 965,24 Euro monatliche Ausbildungsvergütung im ersten Lehrjahr – das kommt in die Geschichtsbücher!

Jugendbildungsarbeit in Hessen

Bereits vor unserer Amtszeit wurde der Landesteamendenarbeitskreis LTAK ins Leben gerufen. Er stellt die gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit in Hessen sicher. Besonders zu erwähnen ist hier der Bildungsplanungsprozess: In den Bezirken, Landesbezirken und Fachbereichen werden die Bedarfe für Bildungsangebote gesammelt. So entsteht unser regionales und fachbereichsbezogenes Bildungsprogramm (hier plant der LTAK als Arbeitskreis des LBJV das Jugendbildungsprogramm Hessen). Alles, was wir in den Landesbezirken und Fachbereichen nicht realisieren können oder wollen, wird dann an das bundesweite Bildungsplanungstreffen BiPlaTre geschickt. So entsteht dann das zentrale Jugendbildungsprogramm. Für diese Vorgehensweise ist wichtig, dass eine realistische Bewertung aus den einzelnen Gremien kommt.

Aktivenforum in der hessischen ver.di-Jugend

Als besondere Aktivität des LBJVs sei noch das Aktivenforum genannt. Dieses erfolgreiche Treffen von Interessierten ver.di-Jugend-Mitgliedern fand mit 35 Teilnehmer*innen in Naumburg statt. Wir beschäftigten uns 3 Tage lang mit der Geschichte von ver.di und wie die Organisation sich im Einzelnen strukturiert. Thema dort auch: Mitgliederleistungen.



Viele der Teilnehmer*innen sind über das Aktivenforum in der ver.di-Jugend ehrenamtlich aktiv geworden. So konnten neue Funktionär*innen gefördert und eingebunden werden.

Wir haben im Vorfeld der Bundestags- und der Landtagswahl verschiedene Kampagnen unterstützt, die gewerkschaftliche Positionen formulierten. In etlichen Zusammenhängen haben wir uns gegen die AfD positioniert.

Mit dem Tarifeinheitsgesetz hat sich der LBJV intensiv auseinandergesetzt. Wir haben zusammen mit anderen Aktiven aus den Bezirken die jeweiligen Bundestagsabgeordneten angesprochen.

An Blockupy in Frankfurt 2016 haben wir uns friedlich beteiligt und halten die Proteste gegen die Eröffnung der EZB in Frankfurt und gegen die Politik der europäischen Zentralbank für wichtig und gewerkschaftlich notwendig. Auch zu den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg haben wir aufgerufen. Die Themen waren vielseitig: Krieg, Hungersnöte auf der Welt, Umweltschutz und viele weitere. Auch hessische Kolleg*innen waren vor Ort.

Wir stehen in der Tradition der antifaschistischen Arbeit und haben im Berichtszeitraum verschiedene Aktionen, Bündnisse und Veranstaltungen unterstützt. Beispiel: Die „Wir sind mehr“-Bewegung als Antwort auf die Chemnitzer Vorkommnisse. Auch in den eigenen Reihen haben wir uns kritisch mit Äußerungen und Regelungen auseinandergesetzt. Zum Abschluss im Tarifbereich TV-H hat sich der LBJV in die Diskussionen um ein Vollverschleierungsverbot lautstark eingebracht und dagegen positioniert. ♦





Landesbezirkssenioren*innenausschuss

Von Monika Weltken

Am 21. Januar 2015 wählte die Landesbezirkssenioren*innenkonferenz 19 Mitglieder in den Landesbezirkssenioren*innenausschuss:

Nordhessen:	Hilmar Burkhardt, Helmut Depta, Karin Weymann
Osthessen:	Rolf Eisenburger
Mittelhessen:	Brigitte Lauhues, Dieter Schepp, Willi Wagner
Wiesbaden:	Horst Kleinschmidt, Hermann Schönbach
Hanau:	Marlene Spiller-Krauß
Südhessen:	Heidi Arlt-Koch, Herbert Nowak, Ursula Schwarz
Ffm und Region:	Emma Gros, Bernd Metzger, Christel Petersen, Fred Radon, Hildegard Schermuly, Monika Weltken

In der konstituierenden Sitzung am 21. Januar 2015 wählte der neue Ausschuss Monika Weltken einstimmig zur Vorsitzenden und am 5. März 2015 einen Vorstand/Präsidium mit Hilmar Burkhardt, Brigitte Lauhues, Ursula Schwarz und Christel Petersen.

Im November 2015 legte Marlene Spiller-Krauß (Hanau) aus persönlichen Gründen ihr Amt im Landesbezirkssenioren*innenausschuss nieder und im März 2016 wählte der Bezirkssenioren*innenausschuss Hanau Uta Grimm als Vertreterin in unseren Ausschuss.

In den 4 Jahren beschäftigten wir uns in 11 Sitzungen und 4 zweitägigen Klausurtagungen mit gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Themen, wobei die Sozialpolitik eine besondere Rolle spielte.

Mit unseren Themen wollen wir für die Bezirkssenioren*innenausschüsse Anregungen geben und in jeder Sitzung tauschen die Mitglieder ihre vielfältigen Aktivitäten untereinander aus, um Ideen für die Mitgliederhalterarbeit zu sammeln.

2015

- Sparpolitik in Europa – Wege aus der Krise.
- Flüchtlingspolitik – neues Einwanderungsgesetz.
- Neuerungen in der Pflegeversicherung – Modell Pflegevollversicherung.

2016

- Kommunalwahl in Hessen – Forderungen des DGB.
- Fluchtursachen.
- Sozialwahlen 2017.
- Rente muss für ein gutes Leben reichen.
- AfD – eine Alternative für Arbeitnehmer?

2017

- Was wird aus Europa – nach Brexit und Trumps Wahl?
- Erwerbstätigkeit im Alter von 60 bis 67 Jahren – aktuelle Entwicklung auf dem hessischen Arbeitsmarkt.
- Zukunft der Senior*innen-Arbeit in ver.di.
- AfD: nicht nur rassistisch, auch arbeitnehmerfeindlich.

2018

- Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung.
- Bedeutung der „Groko“ und ihres Koalitionsvertrages für Arbeitnehmer und Gewerkschaften.
- Darüber hinaus beteiligten wir uns an Kundgebungen, Demonstrationen und unterstützten unsere aktiven Kolleg*innen bei Streiks. Wir waren dabei am 17. September 2016 in Frankfurt für ganz Hessen bei der Großdemonstration „CETA und TTIP stoppen“ und am 25. August 2017 in Kassel bei „Deine Stimme für eine gute Rente“.

Und jedes Jahr sind die hessischen Senior*innen am 1. Mai auf der Straße.

Bei den harten Tarifeinsetzungen 2015 bei der Post/DHL und im Sozial- und Erziehungsdienst halfen wir, neue Mitglieder aufzunehmen und auch bei der Streikgelderfassung.

ver.di-Senioren*innen in Hessen sind aktiv, mischen sich ein und wollen die Gewerkschaftspolitik mitgestalten, unterstützen und begleiten. ♦



Landesbezirksbeamt*innenausschuss

Von Rebecca Liebig

Abschluss der altersdiskriminierenden Besoldung

Seit 2012 hatten allein in der hessischen Landesverwaltung rund 30.000 Beamt*innen einen Anspruch auf Besoldungsanpassung geltend gemacht. Grund war die verspätete Umstellung der Besoldungstabelle. Diese war bis Februar 2014, also bis zum Inkrafttreten des zweiten Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes, abhängig vom Lebensalter statt von Erfahrungsstufen. Die Verfahren wurden im April 2017 durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts beendet. Wir haben über den gesamten Zeitraum immer wieder berichtet und waren bei der Urteilsverkündung in Leipzig zugegen.

Ende 2017 wurde den Beamt*innen für den erlittenen Schaden ein Ausgleich gezahlt.

Besoldungsanpassung 2014 bis 2018

Die nächste Tarif- und Besoldungsrunde im Bereich des Landes steht wegen der Laufzeit der tariflichen Entwicklung 2019 an, also in diesem Frühjahr.

Besoldungserhöhungen fanden im Zeitraum 2014 bis 2018 wie folgt statt:

- 2014:** ab 01. April 2014 2,6 Prozent
- 2015:** Nullrunde
- 2016:** ab 01. Juli 2016 1 Prozent, mindestens 35 Euro
- 2017:** ab 01. Juli 2017 2 Prozent, mindestens 75 Euro
- 2018:** ab 01. Juli 2018 2,2 Prozent

Schmerzhaft war die Nullrunde im Jahre 2015, die trotz vieler Aktionen wie Mahnwache, Postkartenversand, Plakatdialog und mehr von der schwarz-grünen Landesregierung durchgesetzt wurde. Im Jahr 2016 konnten wir mit viel politischem Engagement der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen 1-Prozent-Besoldungserhöhung die Stirn bieten und einen Mindestbetrag von 35 Euro erkämpfen.

Nach den Landtagswahlen im Oktober 2018 ist es noch nicht absehbar, welche Richtung die zukünftigen Koalitionspartner*innen für die kommenden Besoldungserhöhungen favorisieren werden oder ob sie in die Tarifgemeinschaft der Länder TdL zurückkehren werden. Unabhängig davon, wie die neue Landesregierung sich aufstellen wird, muss die Entscheidung vom Bundesverfassungsgericht BVerfG von Mai 2015 zur amtsangemessenen Alimentation beachtet werden. Das BVerfG hat 5 Kriterien entwickelt, um zu prüfen, ob eine Alimentierung auch amtsangemessen im Sinne von Art. 33 Abs. 5 GG ist. Zu den Prüfmerkmalen gehören der



entscheidet

Vergleich mit den Tarifergebnissen im öffentlichen Dienst des Landes Hessen, der Vergleich mit dem Verbraucherindex und der Quervergleich mit der Besoldung anderer Gesetzgeber in der Bundesrepublik.

Neuregelung der Arbeitszeit in Hessen

Seit dem 1. August 2017 gilt eine neue Arbeitszeitverordnung in Hessen. Nach § 1 HAZVO beträgt die regelmäßige Arbeitszeit der hauptamtlich tätigen Beamtinnen und Beamten bei Vollzeitbeschäftigung im Durchschnitt bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres 41 Stunden pro Woche, ab Beginn des 61. Lebensjahres 40 Stunden pro Woche.

Unser Ziel bleibt weiterhin die Angleichung der Arbeitszeit an diejenige der Tarifbeschäftigten.



Streikverbot für Beamt*innen

Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juni 2018 wurde das Streikverbot für Beamt*innen als eigenständiger hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums manifestiert.

Aus gewerkschaftlicher Sicht hat sich der Status quo nicht verändert.

Beamt*innen dürfen sich weiterhin für ihre Belange in Gewerkschaften stark machen; der Streik als Ultima-Ratio-Instrument ist nicht erlaubt. ♦





Landeskommission Selbstständige LKS

Von den Mitgliedern

Mitglieder der LKS Hessen im Wahlzeitraum 2014-2018 waren:

Anja Bayer (FB 08, Texterin), Jacqueline Engelke (BZ Nordhessen, Journalistin), Britta Glaß (BZ Wiesbaden, Statistikerin), Peter Kümmel (FB 13, Bildungsreferent), Katharina Möller (BZ Osthessen alt, Lektorin), Alexander Mühlentburg (BZ Frankfurt und Region, Journalist), Rose Nabinger-Teitge (BZ Mittelhessen, Jazzsängerin), Armin Pahl (FB 09, Trainer und Coach), Harald Römer (FB 03, Sozialpädagoge), Jeannette Staudte (BZ Südhessen, Sprech-erziehung), Uwe Wagner (verstorben; ehemals Bezirk Hanau alt, bildender Künstler), Andreas Zimmermann (FB 01, Versicherungsmakler).

Veränderungen in der LKS ergaben sich traurigerweise dadurch, dass unser langjähriges, aktives LKS-Mitglied Uwe Wagner am 1. Dezember 2017 verstarb. Ein zusätzlicher Verlust war der Wechsel von Anja Bayer aus der freien Honorararbeit in ein festes Beschäftigungsverhältnis. Nichtsdestotrotz können wir im bundesweiten Vergleich in Hessen, auf eine strukturelle Basis bei der Selbstständigenarbeit zurückgreifen und auch in Zukunft weiter darauf aufbauen.

Die Mitgliederzahl der bei ver.di Hessen erfassten Soloselbstständigen (Selbstständige ohne Beschäftigte) ist im Vergleich zu den vergangenen Organisationswahlen etwas gesunken. Derzeit sind es knapp 2.200 Kolleg*innen, die in nahezu allen Bezirken und in allen Fachbereichen vertreten sind. Im Berichtszeitraum waren die Bezirke Frankfurt und Region, Nord- und Mittelhessen, Südhessen, Hanau, Osthessen sowie die Fachbereiche 01, 03, 08, 09 und 13 vertreten. Der Fachbereich 08 Medien ist aus der Tradition der Vorgängerorganisationen immer noch überproportional vertreten, aufgrund dessen bleibt die Aktivierung und Einbeziehung weiterer Fachbereiche respektive zukünftig verstärkt Fachgruppen auch eine der Hauptaufgaben der im Dezember 2018 neu gewählten Landeskommission.

Akquise und Organisation, um sich auf einem umkämpften Markt zu behaupten und dabei die eigene soziale Absicherung im Auge zu behalten, sind die Herausforderungen, denen sich speziell die Soloselbstständigen stellen müssen.

Die besondere Situation Selbstständiger hinsichtlich ihrer Erwerbstätigkeit zeigt sich in fehlender Planbarkeit von Auftragsspitzen und in differierenden Zeitschienen, in denen Arbeiten ausgeführt werden müssen. Dies bringt es mit sich, dass die ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit nicht optimal zu planen und zu organisieren ist. Trotz dieser misslichen Voraussetzungen ist es uns in den vergangenen 4 Jahren gelungen, jährlich mindestens drei Sitzungen der LKS durchzuführen.

Vertreter*innen der LKS in der Bundeskommission Selbstständige BKS und im Landesbezirksvorstand berichteten regelmäßig aus diesen Gremien auf Bundes- und Landesebene. In der Landeskommission Selbstständige bietet sich die Gelegenheit des effektiven Austauschs der Bezirke und der Fachgruppen untereinander. Die Mitglieder der LKS werden diese Möglichkeit auch weiterhin intensiv zu nutzen wissen. ♦

Landeserwerbslosenausschuss

Von Angelika Kappe

Im Landesbezirkserwerbslosenausschuss LEA waren im Berichtszeitraum die Erwerbslosenausschüsse aus den Bezirken Frankfurt und Region, Südhessen, Mittelhessen und Nordhessen vertreten. In den Bezirken MainKinzig-Osthessen und Wiesbaden sind keine Erwerbslosenausschüsse eingerichtet.

Die Themen, mit denen sich der LEA in den vergangenen 4 Jahren beschäftigt hat, resultierten aus der Anwendung des Sozialgesetzbuchs zwei SGB II beziehungsweise aus Änderungen im SGB II und politischen Forderungen, die sich auf die materielle Absicherung von – auch potenziell – Erwerbslosen ausrichten, wie beispielsweise das Thema bezahlbarer Wohnraum.

Zum SGB II hat sich der LEA mit den Themen Übernahme der Wohnkosten, mit den Arbeitsgelegenheiten, mit den Bedarfsgemeinschaften und dem Regelbedarf beschäftigt.

Im Berichtszeitraum wurde die Beratungsarbeit in einigen Bezirken stabilisiert. Es wurde eine gut besuchte Informationsveranstaltung für die Berater*innen im Landesbezirk Hessen durchgeführt, die sich mit den Schwierigkeiten in der Beratung vor Ort und den jeweils aktuellen Sozialrechtsänderungen befasst hat.

Durch zusätzliche Fortbildungsangebote auf Bundesebene wurden die Beratungsarbeit stabilisiert, neue ehrenamtliche Berater*innen qualifiziert, Beratungsteams aufgebaut und die Vernetzungsarbeit ausgebaut. Je nach Bedarf gab es – ausgehend vom LEA – Informationstreffen der ehrenamtlichen Berater*innen.

Mitglieder des LEA sind beim bundesweiten Team der Erwerbslosenberatung aktiv tätig und nehmen regelmäßig an Fortbildungen teil.

Ein Ziel des LEA in diesem Berichtszeitraum war die Schaffung von weiteren bezirklichen Ausschüssen. Dies ist nicht gelungen, ebenso ist es nicht möglich gewesen, in allen Bezirken ein Beratungsangebot zu schaffen.

Der Erfahrungsaustausch zwischen den bestehenden bezirklichen Erwerbslosenausschüssen wird von allen Teilnehmenden geschätzt und schlägt sich in der Übernahme/ Nachahmung von gelungenen Aktionen nieder. Als Beispiel sei hier die von den Erwerbslosen aus Südhessen durchgeführte Aktion zum „Sozialticket in Darmstadt“ genannt. ♦



Migrationsausschuss

Von Prof. Dr. Dr. Gerhard J. Graf Swars von Seckenburg

Der Migrationsausschuss auf Landesbezirksebene trifft sich zirka viermal im Jahr und arbeitete in der Legislatur 2014 bis 2018 zu den folgenden Themen:

- Antidiskriminierung im Arbeitsleben,
- Auseinandersetzung zu der Kampagne des Bundesmigrationsausschusses zum Wahlrecht für alle,
- Diskussion über die neue Migrationsrichtlinie.

Veranstaltungen in der Wahlperiode 2014–2018

Im Rahmen der Antidiskriminierungsarbeit des Ausschusses wurde vom Ausschussmitglied Prof. Dr. Graf Swars von Seckenburg ein gewerkschaftsöffentlicher Vortrag zum Allgemeinen Gleichstellungsgesetz AGG gehalten, der in die rechtliche Materie einführt.

Am 27. Mai 2017 führte der Ausschuss von 14 bis 16.30 Uhr zusammen mit dem Bundesmigrationsausschuss eine Aktion an der Frankfurter Hauptwache durch zum Wahlrecht für alle.

Übrige Arbeit

Während der gesamten Legislaturperiode nahmen die Mitglieder des Ausschusses an zahlreichen Sitzungen und Veranstaltungen der übrigen ver.di-Ebenen teil, so durch den Vertreter im Landesbezirksvorstand an den Vorstandssitzungen und Vorstandsklausuren und vor allem mittels ganztägiger Standbesetzung am zentralen ver.di-Stand jeweils am 1. Mai auf dem Römerberg.

Ein Antrag des Landesmigrationsausschusses zu diskriminierenden und ausforschenden Antragsformularen für ALG II in den Optionskommunen des Main-Taunus-Kreises wurde von anderen Ebenen übernommen und auf der Landesbezirkskonferenz angenommen und an den Landesbezirksvorstand verwiesen.

Trotz dieser Einbindung wurde der Ausschuss bei der Debatte um das sogenannte Burka-Verbot im Tarifvertrag mit dem Land Hessen vollständig übergangen, was zu einer entsprechenden schriftlichen Beschwerde an den Landesbezirksvorstand führte.

Für die Infostände des Migrationsausschusses und jene, an denen der Ausschuss sich beteiligte, wurde vom Bundesmigrationsausschuss zahlreiches aktuelles Material in mehreren Sprachen besorgt. Auch wurden per E-Mail Informationen, rechtliche Hinweise und Checklisten des Mieterbundes zur Aufnahme von Geflüchteten in die eigene Wohnung verbreitet.

Einen großen Raum in der Ausschussdiskussion nahmen die Befassungen mit der Verlagerung der Bundesmigrationsarbeit auf einen sogenannten geschäftsführenden Vorstand innerhalb des Bundesmigrationsausschusses ein sowie das Verhalten des neuen für Migration zuständigen Bundesvorstandsmitgliedes Dagmar König.

Auch protestierte der Ausschuss über seinen Vertreter im Landesbezirksvorstand gegen die Unterversorgung des Ausschusses mit Finanzmitteln, da diese bei Teilnahme der auswärtigen Ausschussmitglieder nicht einmal für die Durchführung der laufenden Sitzungsarbeit ausreichen. ♦



5

STREIKWEST

3000 STÜCK



10730

FÜNF | Zahlen, Daten, Fakten



entscheidet



Zusammensetzung des Landesbezirksvorstandes der ver.di Hessen in der Wahlperiode 2015–2019

- 38 ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen und 3 Hauptamtliche (= Mitglieder der Landesbezirksleitung) sind im Landesbezirksvorstand vertreten.
- Die Verteilung auf die Geschlechter: 23 Frauen, 15 Männer.
- Alle Bezirksvorsitzenden sollen im Landesbezirksvorstand vertreten sein.
- Wenn die Ebene 2 und mehr Vertreter*innen entsendet, muss mindestens eine Frau dabei sein.

Präsidium des Landesbezirksvorstandes:

Jürgen Bothner
 Tanja Hauch
 Angelika Kappe
 Simone Koch
 Cornelia Kröll
 Ellen Maurer (Vorsitzende des Landesbezirksvorstandes)
 Bernd Meffert
 Ralph Stiepert

Der Landesbezirksvorstand nach § 34 der ver.di-Satzung im Überblick:

Funktion Ressort	Vorname, Name
Landesbezirksleiter Ressort 1	Jürgen Bothner
Stellvertretende Landesbezirksleiterin Ressort 2	Cornelia Kröll
Stellvertretende Landesbezirksleiterin Ressort 3	Angelika Kappe



Ebene / Fachbereich / Gruppe	Name, Vorname Unternehmen / Dienststelle
Frankfurt am Main und Region	Horst Blaschko Deutsche Telekom AG, Civil Cervant Services CSS, Frankfurt Vertreterin: Veronika Stumpf Deutsche Telekom AG, Vivento, Frankfurt
	Martina Chatzis Marplan Forschungsgesellschaft mbH, Offenbach Vertreterin: Mathilde Mayer Stadt Frankfurt
	Tanja Hauch MAINOVA AG, Frankfurt Vertreterin: Christel Petersen Seniorin FB 09, Frankfurt
	Tiny Hobbs Deutsche Post AG, NL BRIEF Frankfurt Vertreter: Michael Fritz Stadt Butzbach
	Ekkehard Prengel BARMER, Frankfurt Vertreter: Rudolf Schoen Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt
Mittelhessen	Marianne Wölk Deutsche Post AG, NL Brief Gießen Vertreterin: Irene Hahlgans Lahn-Dill-Kliniken, Wetzlar



Ebene / Fachbereich / Gruppe	Name, Vorname Unternehmen / Dienststelle
Nordhessen	Fazilet-Aydan Karakas-Blutte Stadt Kassel Vertreterin: Petra Feldner Landeswohlfahrtsverband Hessen, Kassel
	Ralph Stiepert Klinikum Kassel GmbH Vertreter: Klaus Umbach DT Technischer Service GmbH, Field Service Mitte, Kassel
Südhessen	Cornelia Becker T-Systems International GmbH, Darmstadt Vertreterin: Karina Amrhein Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg, Darmstadt
	Jürgen Johann Stadt Rüsselsheim Vertreter: Rainer Lach Stadt Griesheim
Wiesbaden	Bernd Meffert ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Wiesbaden Vertreterin: Sandra Schmitt DT Technischer Service GmbH, Field Service Mitte, Wiesbaden
MainKinzig-Osthessen	Margarete Habouria VR Bank Fulda eG, Fulda Vertreter: Matthias Wunsch Senior FB 09, MainKinzig-Osthessen
	Disser, Peter AOK Hanau Vertreterin: Philipps, Kathrin Eigenbetrieb-Kindertagesbetreuung Hanau

Ebene / Fachbereich / Gruppe	Name, Vorname Unternehmen / Dienststelle
Fachbereich 01 Finanzdienstleistungen	Brigitte Berle Landesbank Hessen-Thüringen, Frankfurt Vertreterin: Brigitte Bach-Grass Städtische Sparkasse, Offenbach
Fachbereich 02 Ver- und Entsorgung	Claudia Kettenbeil Die Stadtreiniger Kassel Vertreter: Rainer Fitzek Stadtentwässerung Frankfurt
Fachbereich 03 Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen	Britta Brandau Asklepios Klinik Langen GmbH Vertreterin: Ute Saake Krankenhaus Bad Arolsen
Fachbereich 04 Sozialversicherung	Gabriele Ullrich-Hörnlein DAK, Frankfurt Vertreterin: Petra Dippel DAK, Kassel
Fachbereich 05 Bildung, Wissenschaft und Forschung	Sabine Leib Justus-Liebig-Universität, Gießen Vertreterin: Petra Becker Justus-Liebig-Universität, Gießen
Fachbereich 06 Bund und Land	Josef Hergenröder Finanzamt Gelnhausen Vertreterin: Miriam Mohr Regierungspräsidium Darmstadt
Fachbereich 07 Gemeinden	Claudia Schell Stadt Offenbach Vertreterin: Margarete Unkhoff Stadt Wiesbaden

Ebene / Fachbereich / Gruppe	Name, Vorname Unternehmen / Dienststelle
Fachbereich 08 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion	Matthias Holz Staatstheater Darmstadt Vertreterin: Ursula Königstein Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt
Fachbereich 09 Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung	Veronika Stumpf Deutsche Telekom, Telekom Placement Services, Frankfurt Vertreterin: Brigitte Eisenbach Deutsche Telekom Technik GmbH, Frankfurt
Fachbereich 10 Postdienste, Speditionen und Logistik	Stefan Schneider Deutsche Post AG, NL BRIEF Wiesbaden Vertreter: Hubertus Starsinski DPD Deutschland GmbH, Raunheim
Fachbereich 11 Verkehr	Mehmet Özdemir Fraport AG, Frankfurt Vertreter: Gerhard Gröber Fraport AG, Frankfurt

Ebene / Fachbereich / Gruppe	Name, Vorname Unternehmen / Dienststelle
Fachbereich 12 Handel	Brigitte Schott (verstorben) Rewe Markt GmbH Vertreter*in: N.N.
Fachbereich 13 Besondere Dienstleistungen	Ellen Maurer American Express Int. Inc, Frankfurt Vertreterin: Sabine Mies Securitas Power Service GmbH & Co., Biblis
Frauen	Mathilde Meyer Stadt Frankfurt Vertreterin: Vera Reinbold Stadt Kassel Barbara Strohmayer Klinikum Frankfurt Höchst, Frankfurt Vertreterin: Makbule Atak Stadt Rüsselsheim
Jugend	Simone Koch Philips-Universität Marburg Vertreterin: Mareike Rieckmann Deutsche Telekom Technik GmbH, Frankfurt Ralph Heeke selbstständig, Freiberufler Vertreter*in: N.N.



Ebene / Fachbereich / Gruppe	Name, Vorname Unternehmen / Dienststelle
Senior*innen	<p>Monika Weltken (Frankfurt und Region)</p> <p>Vertreterin: Heidi Arlt-Koch (Südhessen)</p> <p>Brigitte Lauhues (Mittelhessen)</p> <p>Vertreter: Hilmar Burkhardt (Nordhessen)</p>
Arbeiter*innen	<p>Marie Pozimski Deutsche Post AG, NL BRIEF Frankfurt</p> <p>Vertreter*in: N.N.</p>
Beamt*innen	<p>Werner Bork Stadt Frankfurt</p> <p>Vertreter: Michael Wanka DRV Hessen, Frankfurt</p>
MTI	<p>Bernhard Adler Hess. Landesamt für Bodenmanagement, Wiesbaden</p> <p>Vertreter: Stefan Markl Landesbetrieb Bau- u. Immobilien Hessen (LBIH), Kassel</p>
Selbstständige	<p>Rose Nabinger selbstständige Jazzsängerin, Marburg</p> <p>Vertreterin: Ute Kaiser selbstständige Bildhauerin, Ratingen</p>

Ebene / Fachbereich / Gruppe	Name, Vorname Unternehmen / Dienststelle
Erwerbslose	<p>Helga Röller Frankfurt</p> <p>Vertreterin: Dörte Pareick Bad Karlshafen</p>
Migrant*innen	<p>Prof. Dr. Dr. Graf Gerhard J. Swars v. Seckenburg Selbständig-Freiberufler</p> <p>Vertreter: Ibrahim Cakir Deutsche Post AG, NL BRIEF Frankfurt</p>





Erledigungsvermerke zu den Beschlüssen der 4. Landesbezirkskonferenz in Seeheim-Jugenheim 2015 und der außerordentlichen Landesbezirkskonferenz 2016

Anträge, die – auch – an den Landesbezirksvorstand weitergeleitet wurden

Stand 13. Dezember 2018

Außerordentliche Landesbezirkskonferenz 4. Juni 2016

Lfd. Nr.	Antr. Nr.	Antragstitel Antragsinhalt	Antrag- steller	Erledigt durch/ wie
1	Antrag 1	DGB-Rechtsschutz Die ver.di-Landesbezirksleitung stellt in Verhandlungen mit der DGB-Rechtsschutz GmbH sicher, dass ver.di-Mitgliedern in Rechtsschutzverfahren zeitnah bzw. rechtzeitig vor arbeits- oder sozialgerichtlichen Verfahren nach Eingang der Unterlagen bei der DGB-Rechtsschutz GmbH persönliche Beratungstermine angeboten werden.	Landesbe- zirksvor- stand des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie	Landesrechtsschutzleiter hat mit dem Regionalleiter der DGB RS GmbH Gespräche geführt. Im Ergebnis wird mitgeteilt, dass bei Rechtsvertretung durch den DGB dem Mitglied grundsätzlich ein persönliches Gespräch mit dem DGB-Rechtssekretär angeboten wird.
2	Antrag 2	Ab dem Haushaltsjahr 2017 muss die Budgetierungsrichtlinie dahin gehend verändert werden, dass sich die Budgets der Ebenen und Fachbereiche, die durch Mitgliederwachstum positiv verändern würden, einen Anreiz erhalten, um von Beitragseinnahmesteigerungen zu profitieren. Dies bedeutet, dass die Gliederungen auch zukünftig von Mehreinnahmen einen Anreiz nach den Mechanismen der derzeitigen Budgetierungsrichtlinie erhalten.	Bezirks- vorstand Nordhessen	Die Überarbeitung der Budgetierungsrichtlinie durch das vom Gewerkschaftsrat eingesetzte Gremium soll bis 31.12.2018 erfolgen. Die Forderung wurde der Arbeitsgruppe mitgeteilt.

4. Landesbezirkskonferenz ver.di Hessen, 13./14. März 2015 in Seeheim-Jugenheim

Lfd. Nr.	Antr. Nr.	Antragstitel Antrags- Inhalt	Antrags- steller	Erledigt durch/ wie
1	A 045	Bessere betriebliche Verankerung und mehr Rechte für Frauenbeauftragte ver.di Hessen setzt sich dafür ein, bei einer Verlängerung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes HGIG über den 31.12.2015 hinaus folgende Veränderungen aufzunehmen: <ul style="list-style-type: none"> das Verfahren zur Bestellung der Frauenbeauftragten im § 14 HGIG wird ersetzt durch das Verfahren zur Wahl der Frauenbeauftragten analog § 16 Bundesgleichstellungsgesetz; der Dienststellenbegriff in § 2 HGIG wird ergänzt um die Möglichkeit der Erklärung von Teilen der Dienststelle zu selbstständigen Dienststellen analog § 7 (3) HPVG; die Zahl der zu wählenden Frauenbeauftragten entspricht der Freistellungsstaffel in § 40 (4) HPVG; das Widerspruchsrecht der Frauenbeauftragten nach § 17 HGIG wird ergänzt um das Recht, das Verwaltungsgericht mit aufschiebender Wirkung anzurufen. 	Bezirks- konferenz Frankfurt am Main und Region	Das Gesetz ist seit 1. Januar 2016 in Kraft. ver.di hatte zu den Gesetzentwürfen im Vorfeld Stellung genommen.

Lfd. Nr.	Antr. Nr.	Antragstitel Antragsinhalt	Antrag- steller	Erledigt durch/ wie
2	A 051	Qualifizierte Betreuung an Schulen in Hessen verbessern und sichern ver.di Hessen fordert die Landesregierung, die Landkreise und Städte des Landes Hessen auf, die Betreuung an allen Grundschulen flächendeckend an allen Schultagen bis mind. 17 Uhr sicherzustellen. Auch weiterführende Schulen sind in sog. Ganztagschulen zu überführen. Die Betreuung hat ausschließlich durch hauptberufliches pädagogisch qualifiziertes Personal zu erfolgen, der Einsatz von Ehrenamtlichen ist auf den nichtpädagogischen Aufgabenbereich zu beschränken. Lehrkräfte sind nicht einzubeziehen. Die Schulen sind flächendeckend zügig in sog. Ganztagschulen zu überführen, um allen Schüler*innen sowie deren Eltern einen qualifizierten Betreuungsbedarf zu bieten, der an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtet ist. Grundsätzlich muss in den Schulen eine Betreuung in der Ferienzeit ermöglicht werden.	Bezirks- konferenz Südhausen	Forderung wird im Vorfeld der LTW 2018 bei den politischen Parteien eingebracht. Forderung von Landesbezirksleitung auch erhoben bei KiföG-Veranstaltung mit Landespolitiker*innen im Sommer 2017. Positionspapier FB 07 dazu hatte LBV aufgefordert, hier politische Forderungen gegenüber Landesregierung aufzustellen sowohl für Beschäftigte als auch für Eltern. Betreuung für Schulkinder muss Betriebsurlaub nach KiföG haben, Mindeststandards dürfen nicht unterschritten, Bedarfe müssen dem hessischen Bildungs- und Erziehungsplan angepasst werden. Höherer Personalschlüssel, Hort soll als eigenständiges Angebot erhalten bleiben. Betreuung muss nach TVöD VKA bezahlt werden.
3	A 055	Ein wirksames hessisches Gleichberechtigungsgesetz ver.di Hessen wird aufgefordert, bei der Hessischen Landesregierung auf die zügige Vorlage eines neuen Gesetzentwurfs zu dringen. Wir brauchen ein wirksames Gesetz, das die Rechte der Frauenbeauftragten stärkt, präzisere Vorgaben an Frauenförderpläne und deren Controlling macht und jede Dienststelle zu einer transparenten und geschlechtergerechten Personalplanung verpflichtet. Neu brauchen wir eine fachkundige, unabhängige Stelle in Hessen, die z. B. Frauenförderung in der Verwaltung evaluiert, Best-Practice-Beispiele veröffentlicht und Ansprechpartnerin für Frauenkreise sein sollte.	Landesbe- zirksfrauen- konferenz Hessen	Gesetz ist seit Januar 2016 in Kraft. Weitere Änderungen sind perspektivisch auf der Agenda.
4	B 003	Verhältnis von Leiharbeiter*innen zur Stammbesetzung nicht über 10 Prozent Das Verhältnis von Leiharbeiter*innen zur Stammbesetzung darf 10 Prozent nicht überschreiten, ver.di unternimmt Anstrengungen, gesetzliche Regelungen hierfür herbeizuführen.	Bezirks- konferenz Frankfurt am Main und Region	Liegt politisch bei ver.di-Bundesebene und DGB. Wird auf Bundesebene behandelt.
5	B 004	Befristete Beschäftigung ver.di setzt sich für eine Regelung ein, die die Möglichkeit zur befristeten Beschäftigung beschränkt. Ziel muss die Dauerbeschäftigung als Regelfall sein. Weiterhin werden die Landesregierungen aufgefordert, die frei werdenden Mittel aus dem BaföG für mehr Dauerstellen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich einzusetzen.	Landesbe- zirksfach- bereichs- konferenz 05 Hessen	In Tarifrunde ÖD 2016 gescheitert. Wird auf Bundesebene thematisiert. Befristungen auch Thema in Verhandlungen TVH.
6	B 005	Qualitätsanforderung für Maßnahmen in der Beschäftigungsförderung und Weiterbildung ver.di setzt sich im Bereich der Maßnahmen der Beschäftigungsförderung und Weiterbildung für folgende Punkte ein: <ul style="list-style-type: none"> Rücknahme der erfolgten Kürzungen im Eingliederungsbereich. Freiwilligkeit bei Teilnahme an Maßnahmen. Keine beschäftigungsfördernden Maßnahmen für Langzeitarbeitslose unter einer Dauer von 6 Monaten. Sozialpädagogische Begleitung als zwingender Bestandteil. 	Bezirks- konferenz Mittelhessen	Die Forderung wurde dem VR der BA übermittelt.

Lfd. Nr.	Antr. Nr.	Antragstitel Antragsinhalt	Antrag- steller	Erledigt durch/ wie
7	B 018	Keine Diskriminierung und Ausforschung über die Antragsformulare für Arbeitslosengeld ver.di fordert diskriminierungs- und ausforschungsfreie sowie überschaubare Antragsformulare für die Arbeitslosengeldbeantragung.	Bezirkskonferenz Frankfurt am Main und Region	Die bundesweit einheitlichen Antragsformulare entsprechen den Vorgaben des SGB III.
8	B 019	Wochenarbeitszeit für Beamt*innen ver.di fordert die Hessische Landesregierung auf, die wöchentliche Arbeitszeit für Beamt*innen auf 40 Wochenstunden zu reduzieren.	Landesbezirksfachbereichskonferenz 06 Hessen	Die Forderung wurde der Landesregierung übermittelt.
9	B 025	„Rente mit 63“ in das Hessische Beamtenversorgungsgesetz übernehmen Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die rentenrechtlichen Neuregelungen der „Rente mit 63“ in das Versorgungsrecht übernommen werden. 1. Für Beamt*innen, die vor dem 1. Januar 1953 geboren sind, muss die Möglichkeit geschaffen werden, bei Vorliegen von 45 Jahren ruhegehaltfähiger Dienstzeit mit Ablauf des Monats, in dem sie das 63. Lebensjahr vollenden, ohne versorgungsmathematische Abschläge auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt zu werden. 2. Als Übergangsregelung für Beamt*innen, die nach dem 31. Dezember 1952 und bis zum 31. Dezember 1963 geboren sind, kann analog zu den Regelungen des § 236 b Abs. 2 Satz 2 SGB VI die Altersgrenze schrittweise angehoben werden.	Landesbezirksbeamt*innenkonferenz Hessen	Die Forderung wurde der Landesregierung übermittelt.
10	B 027	Der Besoldungsdeckel muss weg! ver.di fordert die Hessische Landesregierung sowie die Koalitionsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen auf, ihr Vorhaben einer „Deckelung“ der Besoldungserhöhung für die Beamt*innen von jährlich 1 Prozent ab dem 1. Juli 2016 aufzugeben. Die Besoldungsentwicklung folgt stattdessen den Tariferhöhungen auf der Grundlage des TV-H. ver.di macht in allen Gremien, die den Beamt*innenbereich in Hessen betreffen, ihren Einfluss geltend, damit dieses Ziel erreicht wird.	Bezirkskonferenz Südhessen	Die Forderung wird gegenüber der Landesregierung vertreten. Aktionen, Gespräche etc. werden laufend fortgeführt mit dem DGB.
11	C 020	Chancengleichheit in der Gesellschaft für alle Kinder, Jugendlichen, Azubis, Praktikant*Innen und Studierende ver.di setzt sich dafür ein, dass öffentliche Einrichtungen – wie z. B. Schwimmbäder, Bibliotheken, Kultureinrichtungen (Museen etc.) sowie Kulturveranstaltungen – kostenfrei von allen Menschen, insbesondere aber von Kindern, Jugendlichen, Azubis, Praktikant*Innen und Studierenden genutzt werden können. Ebenso soll die Nutzung des ÖPNV für Kinder kostenfrei sein.	Landesbezirksfachbereichskonferenz 09 Hessen	Antragsbegehren war Teil der Wahlprüfsteine für die hessischen Kommunalwahl 2016 zum Thema Daseinsfürsorge.
12	C 021	Chancengleichheit in der Gesellschaft ver.di setzt sich dafür ein, dass in Ausbildung befindliche Personen finanziell mehr unterstützt werden. Dazu zählt mindestens, dass öffentliche Einrichtungen, wie Schwimmbäder, Bibliotheken, Kultureinrichtungen (Museen, Veranstaltungen) kostenfrei genutzt werden können. Ebenfalls soll die Nutzung des ÖPNV für in Ausbildung befindliche Personen kostenfrei erfolgen, eine Erstattung der Kosten ist durch die Kammern (welche die Ausbildung organisieren) denkbar.	Landesbezirksjugendkonferenz Hessen	Antragsbegehren war Teil der Wahlprüfsteine für die hessischen Kommunalwahl 2016 zum Thema Daseinsfürsorge.
13	C 022	Soziale Situation von Rentner*innen Die Hessische Landesregierung und die Kommunen werden hiermit aufgefordert, umgehend gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die es ermöglichen, dass Rentner*innen gegen Vorlage ihres Rentenausweises, ein allgemein ermäßigter Eintritt gewährt wird, z. B. nach Vorbild des Studienausweises, sofern ihre Rente 1.200,00 Euro nicht übersteigt.	Landesbezirksfrauenkonferenz Hessen	Antragsbegehren war Teil der Wahlprüfsteine für die hessischen Kommunalwahl 2016 zum Thema Daseinsfürsorge.

Lfd. Nr.	Antr. Nr.	Antragstitel Antragsinhalt	Antrag- steller	Erledigt durch/ wie
14	C 023	Qualifizierte Betreuung an Schulen in Hessen verbessern und sichern ver.di fordert die Landesregierung, die Landkreise und Städte des Landes Hessen auf, die Betreuung an allen Grundschulen flächendeckend bis mind. 17 Uhr sicherzustellen. Auch weiterführende Schulen sind in Ganztagschulen zu überführen. Die Betreuung hat ausschließlich durch hauptberuflich pädagogisch qualifiziertes Personal zu erfolgen, der Einsatz von Ehrenamtlichen ist auf den nichtpädagogischen Aufgabenbereich zu beschränken. Lehrkräfte sind nicht einzubeziehen. Die Schulen sind flächendeckend zügig in verbindliche Ganztagschulen zu überführen, um allen Schüler*innen sowie deren Eltern ein qualifiziertes Betreuungsangebot zu bieten, das an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtet ist. Grundsätzlich muss in den Schulen eine Betreuung in der Ferienzeit ermöglicht werden. Neben der Einführung der flächendeckenden und verbindlichen Ganztagschule setzt sich ver.di Hessen für Erhalt und Sicherung der Horte und der Schulkinderbetreuung, gegebenenfalls durch Rechtsanspruch, ein.	Landesbezirksfrauenkonferenz Hessen	Forderung wird im Vorfeld der LTW 2018 bei den politischen Parteien eingebracht. Forderung von Landesbezirksleitung auch erhoben bei KiföG-Veranstaltung mit Landespolitiker*innen im Sommer 2017. Positionspapier FB 07 dazu fordert LbV auf, hier politische Forderungen gegenüber Landesregierung aufzustellen sowohl für Beschäftigte als auch für Eltern. Betreuung für Schulkinder muss Betriebserlaubnis nach KiföG haben, Mindeststandards dürfen nicht unterschritten, Bedarfe müssen dem hessischen Bildungs- und Erziehungsplan angepasst werden. Höherer Personalschlüssel, Hort als eigenständiges Angebot erhalten. Betreuung muss nach TVÖD VKA bezahlt werden.
15	E 017	Gemeinsame Vor- und Nachbereitung der Tarifrunden TVöD/TVV/TVN Die Tarifrunden TVöD/TVV/TVN werden auf der Ebene des Landesbezirks Hessen gemeinsam vor- und nachbereitet. Zu entsprechenden Veranstaltungen sind zumindest die Tarifausschüsse öD bzw. die Arbeitskämpfleitungen der Bezirke einzuladen.	Bezirksfachbereichskonferenz 05 Wiesbaden	Erledigt durch Praxis.
16	E 019	Laut Beschlussdokumentation erledigt durch E 017 /da wortgleich	Bezirkskonferenz Südhessen	
17	E 031	Fortsetzung und Vertiefung der fachbereichsübergreifenden Verzahnung der Tarifarbeit in Hessen Im Bezirk Südhessen soll die erfolgreiche Arbeit fortgesetzt werden. Auf Landesbezirksebene muss die fachbereichsübergreifende Verzahnung der Tarifarbeit noch ausgebaut werden. Die Landesbezirksleitung, die Bezirke und die Fachbereiche werden aufgefordert, in diesem Sinn aktiv zu werden und die Beteiligung sicherzustellen.	Bezirkskonferenz Südhessen	Die angebotene Veranstaltung wurde nicht nachgefragt.
18	E 045	Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder Die Landesbezirkskonferenz fordert die Landesregierung in Hessen zur Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder auf. Die hessischen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes leisten keine schlechtere Arbeit als die Beschäftigten der Länder, die der Tarifgemeinschaft angehören. Deshalb ist es nur gerecht, wenn die Hessische Landesregierung endlich wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehrt.	Bezirkskonferenz Frankfurt am Main und Region	Die Forderung wurde der Landesregierung übermittelt. Vor, während und nach der Tarifrunde 2017 war sie ständiges Thema, auch in der Öffentlichkeit. ver.di thematisiert die Forderung weiter.
19	E 053	Unterstützung der tarifpolitischen Offensive bei privaten sozialen Vereinen ver.di unterstützt die Beschäftigten der öffentlich bezuschussten privaten Vereine in ihrem Kampf für die flächendeckende Anwendung des TVöD.	Landesbezirksfachbereichskonferenz 03 Hessen	Die privaten sozialen Vereine werden in ihrem Kampf um Einbeziehung in den Flächentarifvertrag TVöD durch die ver.di-Gesamtorganisation unterstützt.

Lfd. Nr.	Antr. Nr.	Antragstitel Antragsinhalt	Antrag- steller	Erledigt durch/ wie
20	G 001	Transparenz bei Drittmittelforschung an hessischen Hochschulen ver.di Hessen setzt sich aktiv für die Festlegung einer Pflicht zur Transparenz bei Drittmittelforschung an hessischen Hochschulen im neuen Hessischen Hochschulgesetz (HHG) ein. Offengelegt werden müssen die Identität des Drittmittelgebers, Projekttitle und -ziele, Laufzeit und Förderumfang. Ebenso sind die Forschungsergebnisse offenzulegen.	Landesbe- zirksfach- bereichs- konferenz 05 Hessen	HHG wurde 2015 novel- liert. Im Vorfeld hat sich der Fachbereich 05/ver.di im Gesetzgebungsver- fahren für die Inhalte des Beschlusses bei den Parteien eingesetzt. Grüne und Linke zeigten Sympathie für das Thema, CDU, FDP und SPD reagierten nicht auf Gesprächsersuchen. Inhalte sind nicht einge- flossen ins Gesetz. Thema bleibt bestehen, soll aber voraussichtlich lediglich auf Berichtsebene weiter behandelt werden.
21	H 002	Kein weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens Der ver.di-Bezirks-FB 09 wendet sich gegen den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens (z. B. Terminal 3) und für die Einführung eines ausnahmslosen Nachtflugverbotes von 22:00 bis 06:00 Uhr.	Landesbe- zirksfach- bereichs- konferenz 09 Hessen	Runder Tisch Flughafen, gegründet auf Initiative von Rosi Haus, beschäf- tigt sich mit dem Thema.
22	(H) I 001	Flughafenausbau – Terminal 3 1. ver.di Hessen spricht sich gegen den geplanten Baubeginn des Terminals 3 am Frankfurter Flughafen im Sommer 2015 aus. 2. Die „Arbeitnehmerbank“ im Aufsichtsrat der Fraport AG wird aufgefordert, sich bei entsprechenden Entscheidungen und Vorlagen neutral zu verhalten und sich der Stimme zu enthalten.	Brigitte Bach-Grass	Erledigt durch Zeitablauf.
23	J 003	Änderung der derzeitigen Regelung im Hess. Personalvertretungs- gesetz (HPVG) bezüglich des aktiven und passiven Wahlrechts für geringfügig Beschäftigte bei PR/BR-Wahlen Der Landesbezirksvorstand soll Druck auf die Gesetzgeber ausüben bezüglich der Änderung im HPVG.	Bezirks- konferenz Wiesbaden	Änderung des aktiven und passiven Wahlrechts im HPVG bezüglich ger- ingfügig Beschäftigter: Diese haben nach dem nun in Kraft getretenen HPVG ein Wahlrecht. Geringfügig Beschäftigte gelten als im Betrieb ein- gegliederte Mitarbeiter, sodass ihnen ein passives und aktives Wahlrecht zusteht.
24	J 005	„Digitale Arbeit“ geht nur mit humaner Gestaltung und Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung Die zunehmende Durchdringung nahezu aller Bereiche der Arbeitswelt mit Elementen der Informationstechnik, die komplexer werdenden Verfahren, Programme, Systeme stellen Beschäftigte und Personalräte in den Dienststellen und Betrieben vor immer neue Herausforderungen. Wir wollen eine praxistaugliche Gestaltung der personalrätlichen Beteiligungsrechte und Beteiligungsverfahren. Das bestehende Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) wird der Komplexität der Materie, der Dauer der Einführungsprozesse und deren oft projekthaftem Charakter nicht gerecht. Der Fachbereich Gemeinden hält es daher für notwendig, die rechtlichen und gesetzlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen personalrätlicher Tätigkeit den umfassenden Veränderungen in der Arbeitswelt anzupassen.	Bezirkskon- ferenz Wiesbaden	Bei der Änderung des HPVG wurde dies von uns als Forderung einge- bracht, jedoch leider nicht von der Landesregierung umgesetzt.
25	K 001	Kein Rückzug aus der Fläche/Kein Personalabbau in der Justiz ver.di fordert das Hessische Ministerium der Justiz und die Hessische Landesregierung auf, den Rückzug von Gerichtsstandorten aus der Fläche zu stoppen und ab sofort keinen Personalabbau im Bereich der Justiz mehr zuzulassen.	Bezirks- konferenz Mittelhessen	Ständige Aufgabe der Fachbereiche, sich damit zu befassen.

Lfd. Nr.	Antr. Nr.	Antragstitel Antragsinhalt	Antrag- steller	Erledigt durch/ wie
26	L 003	Verlängerung des Bildungsurlaubsgesetzes in Hessen Der Landesbezirksvorstand Hessen soll sich für die unbefristete Ver- längerung des hessischen Gesetzes über den Anspruch auf Bildungs- urlaub über das Jahr 2017 hinaus einsetzen.	Bezirks- konferenz Süd Hessen	Gesetz ist verlängert.
27	L 007	Einführung eines Bildungsforums in Hessen Abhängig von der Kooperation mit den Jugend- und Erwachsenen- bildungsgremien ist ab 2015 in Hessen alle zwei Jahre ein Bildungs- forum einzuführen.	Landesbe- zirksjugend- konferenz- Hessen	Es wurde zwischen Landesbezirksleitung, Landesjugendsekretärin und Bildungszentrum vereinbart, eine gemein- same Teamorentagung durchzuführen. Vorhaben ist weiter in Arbeit.
28	L 008	Sicherung und Ausbau des gewerkschaftspolitischen und gesell- schaftspolitischen Seminarangebotes der ver.di-Jugend in Hessen Es soll mindestens 5 allgemeinpolitische sowie 5 gewerkschaftspolitische Seminare von der ver.di Jugend Hessen angeboten werden.	Landesbe- zirksjugend- konferenz- Hessen	Für 2017 waren sieben Seminare geplant. Drei weitere wurden per Antrag an LBV gefordert; jedoch standen keine Mittel dafür zur Ver- fügung. Die Planung für 2018 wurde ausführlich im LBV diskutiert. Das Gremium beschloss einstimmig, dass sich alle Mitglieder des Landes- bezirksvorstandes in ihren Fachbereichen für die Umsetzung des Antrages L 008 einsetzen und für die Finanzierung, wie in der Beschlussvorlage (Sitzung 12.9. 2017) näher erläutert, persönlich werben. Die Mitglieder und stell- vertretenden Mitglieder des Landesbezirksvor- standes wurden mit Schreiben vom 12.10.2017 entsprechend informiert und an die Absprachen erinnert. Bis jetzt gibt es zwei Rückmeldungen aus den Fachbereichen.
29	L 009	Betriebliche Gewerkschaftsarbeit durch mehr Bildungsarbeit stärken Der Landesbezirksvorstand und die Landesbezirksleitung werden be- auftragt, gemeinsam mit Fachbereichen und Bezirken, umgehend eine hessenspezifische Bildungskonzeption für Vertrauensleute und aktive Mitglieder zu erarbeiten, sodass ab 2016 ein bedarfsgerechtes Angebot von Bildungsmaßnahmen zum Aufbau und zur Unterstützung betrieb- licher Strukturen (VL-Arbeit) existiert. Dabei sollen die bestehenden, leider nur vereinzelt Ansätze (Kerngruppenseminare, Betriebsgrup- penseminare etc.) einbezogen werden.	Landesbe- zirksfach- bereichs- Konferenz 07 Hessen	ver.di b&b hat Vorberei- tungsseminare für die Betriebsratswahlen 2018 veranstaltet. Landesbezirksleitung, Fachbereiche und Bezirke planen eine Veranstat- tung, bei der die Bedarfe im Bereich der gesell- schafts-/gewerkschaftspo- litischen Bildungsarbeit erhoben, bewertet und gewichtet werden. Themen und Ziele sind identifiziert (Generations- wechsel im ehren- und hauptamtlichen Bereich gestalten/mehr Ehren- amtliche für betriebliche und tarifliche Fragen gut qualifizieren).

Lfd. Nr.	Antr. Nr.	Antragstitel Antragsinhalt	Antrag- steller	Erledigt durch/ wie
30	M 019	Verdienstaustausch für Schöffen Auf Vorschlag des DGB oder der Einzelgewerkschaften gewählte Selbstständige als Schöffen unterschiedlicher hessischer Gerichte sollen entsprechend der Zahlung für Angestellte für vom DGB organisierte Fortbildungen Verdienstaustausch und Fahrkarten erstattet bekommen.	Landesbe- zirkskonfe- renz Freie und Selbst- ständige Hessen	Eine Regelung wurde erreicht. Bundesgesetz. Auf Bundesebene gibt es Möglichkeiten, abzu- rechnen.
31	M 020	Stellenwert von Frauen- und Gleichstellungspolitik in ver.di in „Perspektive 2015“ Frauen sind in „Perspektive 2015“ als Zielgruppe formuliert und stellen in Hessen ca. die Hälfte der Mitglieder mit steigender Tendenz. Deshalb muss der Stellenwert von Frauen- und Gleichstellungspolitik in ver.di mit eigenen Budget- und Stellenanteilen erhalten und weiterentwickelt werden. Frauen- und Gleichstellungspolitik betrifft die individuelle und kollektive Mitgliederbetreuung, solange die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt nicht erreicht ist und Frauen strukturell benachteiligt werden.	Landesbe- zirksfrauen- konferenz Hessen	FuG in ver.di hat eine eigene Vision erarbeitet und Workshops zu PVW durchgeführt.
32	N 003	Unterstützung von NSU-Watch Hessen ver.di Hessen und die ver.di-Jugend Hessen unterstützen das Projekt NSU-Watch Hessen finanziell und nach Möglichkeit personell.	Landesbe- zirksjugend- konferenz Hessen	Im Dezember 2015 wur- den 500 Euro gespendet.
33	O 001	Unbefristete Stellen für unser hauptamtliches Jugendteam – Thomas muss bleiben! Aktiv in allen Fachbereichen und Bezirksvorständen für die Entfristung unserer Jugendbildungsreferenten in ver.di Hessen eintreten und aktiv hierfür werben.	Landesbe- zirksjugend- Konferenz Hessen	Erledigt – Thomas ist entfristet.
34	T 005	Zahl der Ausbildungsplätze zum/zur Justizfachangestellten in der hessischen Justiz erhöhen ver.di Hessen wird aufgefordert, sich weiterhin für eine Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze zum/zur Justizfachangestellten in der hessischen Justiz einzusetzen.	Landesbe- zirksfach- bereichs- konferenz 06 Hessen	Ständige Aufgabe.
35	T 006	Entschiebung – ver.di fordert eine angemessene Personalausstattung der Justiz In der hessischen Justiz besteht, bedingt durch die Personaleinsparungsmaßnahmen der Landesregierungen, ein nicht hinnehmbarer Personal-mangel, der eine verantwortliche Aufgabenerfüllung nur noch unter nicht mehr zumutbaren Belastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich macht. Die stetig zunehmende Arbeitsverdichtung fordert schon heute Tribut bei den Beschäftigten und lässt für die Zukunft stressbedingte Ausfälle und Qualitätsmängel für die Bürger*innen befürchten. Dies betrifft alle Bereiche der Justiz: die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und den Justizvollzug. Wir fordern daher eine angemessene Personalausstattung in der Justiz!	Landesbe- zirksfach- bereichs- konferenz 06 Hessen	Inhaltlich im Ministeri- um eingebracht und in Fachbereichspublika- tionen veröffentlicht. Thema bleibt. Die Antragsteller wünschen jedoch ausdrücklich eine fachbereichsübergreifen- de Auseinandersetzung im ver.di-Landesbe- zirksvorstand zu den Aufgaben der Justiz und der Personalausstattung. Der Landesfachbereich wird die Begehren auch weiterhin verfolgen.



Brief „Wilhelm-Leuschner-Medaille“



An die

Ministerpräsidenten des Landes Hessen

Herrn Volker Bouffier
Herrn Tarek Al-Wazir

Frankfurt am Main, den 15.11.2017

Offener Brief an Ministerpräsidenten Volker Bouffier und den stellvertretenden Ministerpräsidenten Tarek Al-Wazir anlässlich der Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille an Roland Koch

Sehr geehrter Ministerpräsident Bouffier,
sehr geehrter stellvertretender Ministerpräsident Al Wazir,

wir, die Vorsitzenden der unterzeichnenden Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund Hessen-Thüringen, sind empört darüber, dass Sie Roland Koch mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille auszeichnen wollen. Wir können keineswegs die Auffassung teilen, Roland Koch habe sich diese höchste Ehrung des Landes Hessen verdient.

Wilhelm Leuschner wurde, wie viele andere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, im Zuge der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 von den Nationalsozialisten erstmals verhaftet. Nach seiner Entlassung engagierte er sich im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur. Im Zusammenhang mit dem Attentat des 20. Juli 1944 wurde er erneut verhaftet und am 29. September 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Sein Name ist für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter untrennbar mit dieser Biographie und der Überwindung des Nationalsozialismus nach 1945 verbunden. Entsprechend dieser Biographie zählen unter anderem Ignatz Bubis, Otto Brenner, Robert Kempner, Eugen Kogon und Martin Niemöller zu denen, denen die Medaille in der Vergangenheit überreicht wurde. Sie und viele andere stehen für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, für seine Aufarbeitung und für die Wiederaufbau einer lebendigen Demokratie nach 1945.

Roland Kochs Name dagegen erinnert uns an die Zerschlagung der Tarifgemeinschaft der Länder, an ein beispielloses Sozialabbau-Programm und an seine

schmutzige rassistische Unterschriftenkampagne im Landtagswahlkampf 1999. Diese Unterschriftenaktion richtete sich gegen die doppelte Staatsbürgerschaft für Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, also gegen eine damals längst überfällige Form der Integration. Auch CDU-Mitglieder kritisierten seinerzeit die Aktion als populistisch und unverantwortlich. In ihrem Windschatten führte die NPD ebenfalls eine Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsangehörigkeit durch und entlarvte damit ungewollt den ideologischen Hintergrund des Landtagswahlkampfes der CDU.

Eine Politik wie diese ist für uns unvereinbar mit einer Auszeichnung, die den ehrbaren Namen Wilhelm Leuschners trägt. Wenn rassistisches Handeln Jahrzehnte später mit einer Auszeichnung der antifaschistischen und widerständigen Traditionen im Sinne Leuschners gekrönt werden soll, dann ist das ein Schlag in die Gesichter all jener, die sich aufrecht gegen soziale Ungerechtigkeit und gegen Rassismus in unserer Gesellschaft engagieren.

Roland Kochs Name ist darüber hinaus untrennbar mit einer beispiellosen Politik des sozialen Kahlschlags und der sozialen Ungerechtigkeit in Hessen verbunden. Mit der zynisch als „Operation sichere Zukunft“ bezeichneten Politik ließ er vielen Einrichtungen, die sich um benachteiligte Menschen kümmern und ihnen in Notlagen helfen, die Landeszuschüsse streichen oder erheblich kürzen.

Nicht zuletzt war Roland Koch auch derjenige, der maßgeblich die Zerschlagung des einheitlichen Tarifrechts des Öffentlichen Dienstes der Länder betrieb. Den Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen wurde mit 42 Stunden die längste Wochenarbeitszeit der neueren Geschichte der Bundesrepublik aufgebürdet, ihre Bezüge erheblich gekürzt.

Angesichts der Lebensleistung Wilhelm Leuschners können wir nicht erkennen, warum die höchste Auszeichnung des Landes Hessen, die in ehrender Erinnerung an diesen antifaschistischen Widerstandskämpfer vergeben wird, an Roland Koch gehen soll. Mit dieser Verleihung verletzt die Hessische Landesregierung aus unserer Sicht die Ehre und Würde Wilhelm Leuschners. Zumindest nimmt sie diese Ehrverletzung billigend in Kauf.

Hochachtungsvoll

gez. Jürgen Bothner
Landesbezirksleiter
Ver.di Hessen

gez. Maike Wiedwald
Landesvorsitzende
GEW Hesse

gez. Jörg Köhlinger
Bezirksleiter
IG Metall Mitte

ZUKUNFTS GERECHT



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
Landesbezirksverwaltung Hessen
Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt

ver.di

entscheidet